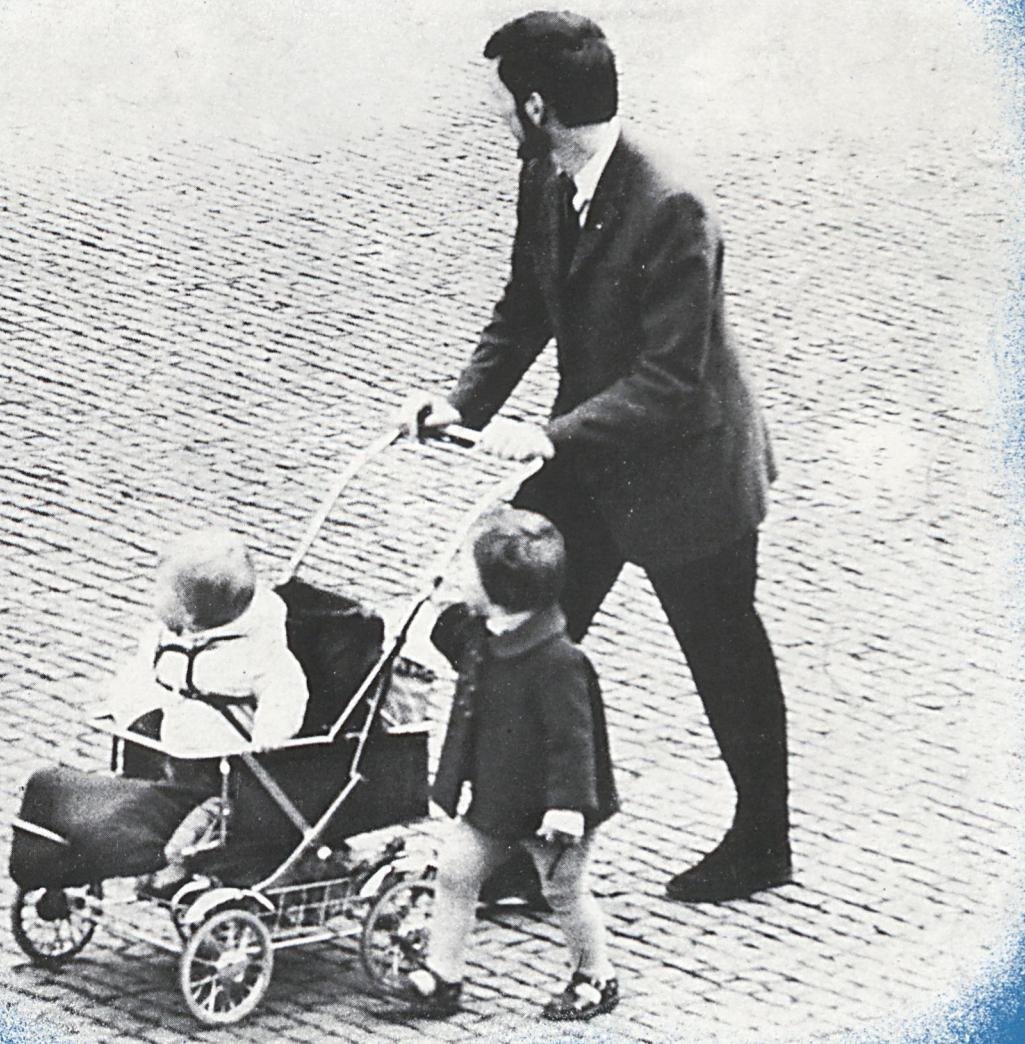
die darmstädter studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt
November 1968 16. Jahrgang Nr. 96 DM 0,60 1 F 2824 F



DEMAG

DEMAG ist in allen Teilen der Welt ein Begriff für bedeutende Leistungen. Den Ruf unseres Unternehmens und unsere wirtschaftlichen Erfolge verdanken wir der Vielseitigkeit unseres Produktionsprogrammes und persönlichem Einsatz unserer Mitarbeiter. Die Qualität unserer Erzeugnisse, die permanent dem Wandel der Märkte und Marktbedürfnisse angepaßt werden, der Ideenreichtum unserer Ingenieure und die Erfahrungen unserer Kaufleute haben dem Namen DEMAG seine heutige Bedeutung gegeben. Wir stehen täglich vor neuen Aufgaben. Um sie lösen zu können, brauchen wir die Mitarbeit des jungen technischen und kaufmännischen Nachwuchses.

Sie haben den festen Willen, nach dem Studium Ihr erworbenes Wissen und Ihr Können zu beweisen und beides ständig zu erweitern. Sie wollen etwas leisten — etwas werden. Sie wollen, daß Ihr Fleiß, Ihre Mühe, Ihre Einsatzbereitschaft sich auszahlen.

Sprechen Sie mit uns. Geeigneten jungen Ingenieuren bieten wir eine Fülle interessanter Tätigkeiten in Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Fertigung, Vertrieb, Verwaltung, betriebswirtschaftlicher Disposition und — wenn sie sich bewähren — die Chance für Ihre Zukunft. Eine Fülle von interessanten Aufgaben erwartet Sie.

ing

DEMAG Aktiengesellschaft Duisburg

Helmut Dreßler

Plötzlich in diesem Sommer

Braucht die THD einen numerus clausus?

Inhalt

3 Informatikstudium an der THD
4 dds stellt den neuen Rektor vor
6 In Zukunft nicht mehr „Magnifizenz“
7 Wer einmal lügt
8 Sittlich nicht gerechtfertigt
11 Andere Maßstäbe als die Kirche
14 Lexikon
16 Hätten Sie es gewußt?
16 Maschinenbauer proben die Öffentlichkeit
17 Ein alter Hut für die Fakultät
18 Serie: Presse
20 Ausflug ins Engagement
20 Gestreiftes
21 Protesthörige
22 Ein duftes Fest?
25 Komödie
26 Bahnhof
27 Sport
28 Menschen ohne Unterleib
28 Hohe Schule der Polizei
28 Gastfreundschaft
29 Leserbrief
29 Impressum
29 Die Hohe Schule der Polizei
30 Bücher
31 Schallplatten
32 Die letzte Seite: ondits, Tratsch, Kalender

Das Papier des Innenteils ist eine Spende der Papierfabrik Felix Schoeller jr., Lüstringen, Kreis Osnabrück.
Der Umschlagkarton wurde von der Firma August Koehler AG, Oberkirch (Baden) gespendet.

Bilder: do Seite 9, 12; fari Seite 14, 19, 21, 22, 23, 24.
Titel: do, Rückseite: K. Gims.

die darmstädter studentenzeitung
Nr. 96

Es ging ganz plötzlich. Keiner ahnte etwas davon: Auf einmal in diesem Wintersemester stieg die Zahl der an der THD eingeschriebenen Studenten so sehr, daß sich die Repräsentanten der Hochschule souverän verstört einfallen lassen wollen, wie man die große Aufgabe, Studenten weiterhin auszubilden, in Zukunft erfüllen kann.
Das Darmstädter Echo schrieb nach einer Pressekonferenz des Rektors am 4. September einen Artikel unter der Überschrift „Studenten-Lawine: Numerus clausus ein Ausweg?“. Einen Monat vorher hatte der damalige Rektor Schultz erwogen, einen Kinosaal für Grundvorlesungen zu mieten. Die Rektoren gaben zuversichtlich zu verstehen, daß die Drohung, an der THD müsse der numerus clausus eingeführt werden, das Kultusministerium in Wiesbaden aus dem Schlaf schrecken werde, denn wegen des Anspruchs „Hessen vorn“ sei diese Drohung durchschlagskräftig genug, endlich die maßgeblichen Politiker zum Handeln zu zwingen.

Fast 7000 Studenten im WS 68/69

Es muß sich innerhalb eines Jahres herumgesprochen haben, daß man in Darmstadt mit Studienbedingungen rechnen konnte, die sich (nur relativ) von denen der meisten anderen Technischen Hochschulen positiv abhoben. So stieg die Zahl der Neuimmatrikulierten von 1389 im WS 67/68 auf über 1600 in diesem Wintersemester, die Zahl der Studenten auf beinahe 7000 an.
Für neuimmatrikulierte Chemiker sind in Darmstadt 66 Studienplätze vorhanden. Da sich jedoch etwa 140 Bewerber zum Studium angemeldet haben, hat die Fakultät beschlossen, alle aufzunehmen, dafür aber im Sommersemester den Neuzugang zu sperren.
Am 18. Oktober teilte Prof. Kohlschütter — berühmt wegen seiner effektvollen Chemie-Grundvorlesung — dem Dekan der Fakultät Maschinenbau mit, es werde auch in Zukunft diese Vorlesung nur zweimal pro Woche gelesen, für Physiker und Chemiker, auf Kosten von etwa 600 Maschinenbauern, denn für 1750 Studenten, die die Vorlesung hören müssen, steht nur ein Hörsaal mit 600 Plätzen zur Verfügung.

Wissenschaftlicher Wasserkopf

Dabei ist es auf den ersten Blick vollkommen unverständlich, wie es zu diesen Verhältnissen kommen konnte. Der Aufwand an Geld und Wissenschaftlern ist zwischen 1960 und 1966 viel schneller gestiegen als die Zahl der Studenten; während die Anzahl der Hochschulstudenten von 206 000 (1960/61) auf 284 000 (1965/66) stieg, also eine Zunahme um 39%, wuchsen die finanziellen Aufwendungen im selben Zeitraum von 1,2 Md. DM auf 3,5 Md. DM (190%) und die Zahl des wissenschaftlichen Personals von 15 552 auf 31 831 (112%). Die Studienverhältnisse hätten sich bessern müssen. Jedoch mit wachsendem Aufwand ist irgendwo in den zentralen Instituten die Effektivität spurlos verloren gegangen. Der Grund dafür muß die Organisation der Hochschule selbst sein. Folglich muß die Struktur der Universität grundlegend reformiert werden.
Es muß neu durchdacht werden, welche Aufgaben die Universitäten in einem demokratischen Land haben sollen, und mit dieser Erkenntnis ist dann die Arbeitsweise der Universitäten und Hochschulen neu festzulegen, so daß ihr Wirkungsgrad dem Aufwand angemessen ist. Vorschläge dafür gibt es genug, doch für das Beharrungsvermögen, die Lethargie und die Einseitigkeit nur fachbezogener Hochschullehrer blieben sie bedrucktes Papier.

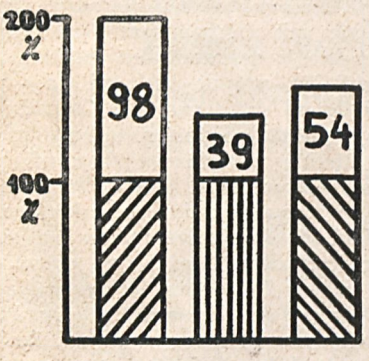
„Schöne Aussichten“

Seit Jahren ist bekannt, daß die Studentenzahlen immer schneller zunehmen würden. Es gibt zwei Gründe. Der erste: Geburtenstarke Jahrgänge lassen auch die Abiturientenzahlen anwachsen. Der zweite: Durch die etwas verbesserte Förderung steigt auch der Anteil der Abiturienten eines Jahrgangs; inzwischen machen in Hessen 10% aller Jugendlichen das Abitur. Im Bundesdurchschnitt ist die Rate niedriger, sie beträgt etwa 7%. Der Kultusminister von Baden-Württemberg, Hahn, rechnet jedoch für spätestens 1980 mit einem Satz von 14% für das ganze Bundesgebiet. Die Folge wird sein, daß sich auch die Studentenzahlen an den deutschen Hochschulen verdoppelt (!) auf etwa 600 000. Um zu illustrieren, was das heißt: Wir benötigen in der Bundesrepublik, um den augenblicklichen (mangelhaften) Stand der Studienverhältnisse zu bewahren, noch einmal so viele Universitäten und Hochschulen, wie wir heute haben. Und um gute, sinnvolle Arbeits-

bedingungen zu schaffen, wird auch nach einer Hochschulreform eine Verdoppelung nicht ausreichen.

Schöne Aussichten in Darmstadt

Die beiden notwendigen Bedingungen für eine Verbesserung der Situation lassen sich mit zwei Schlagworten andeuten: Hochschulreform und Änderung der Finanzpolitik in Bund und Ländern.



Zuwachs der Assistentenstellen (links), der Studentenzahl (Mitte), der Lehrstühle (rechts) von 1960 (100%) bis 1966

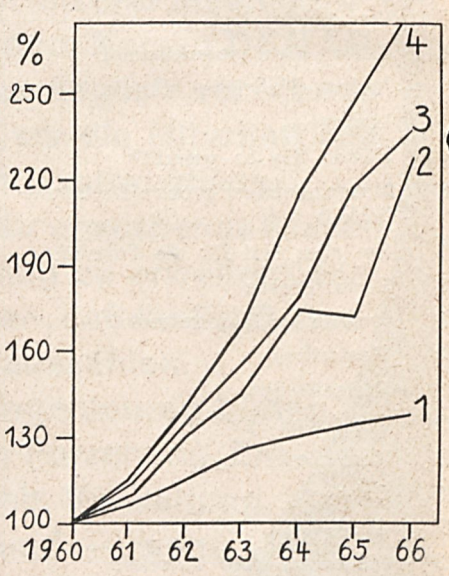
Einmal müßte ein Konzept für die radikale Änderung der Universitätsstruktur, wie sie seit Jahren diskutiert wird, schon längst von den Hochschulen bearbeitet sein; zum anderen hält die föderalistische Ideologie der Länder jeden bedeutsamen Fortschritt, die Universitäten besser zu finanzieren, auf.
Bisher darf der Bund nur jeweils die Hälfte der Investitionen aufbringen, die für Erweiterungen und Neubauten notwendig sind. Und er zahlt nur dann, wenn die Länder ihre Hälfte zur Verfügung stellen. So werden in Darmstadt insgesamt pro Jahr heute 30 Mio DM verbaut (90 Mio DM wären erforderlich, um im Blick auf die künftige Entwicklung vorzusorgen). Für die Bauvorhaben auf der Nachtweide (Lichtwiese) sind in 15 Jahren etwa 500 Mio DM zu investieren. Dann, Anfang der 80er Jahre, wird die THD etwa 8000 Studenten Platz bieten können — nach den Vorstellungen des Wissenschaftsrates.

Laufende Kosten

An den laufenden Kosten ist wegen des Föderalismus (Kulturhoheit) der Bund nicht beteiligt. Die Länderparlamente wehren sich dagegen, daß der Bundesregierung ein größeres Mitspracherecht eingeräumt wird. So „müssen" die einzelnen Länder allein und gemeinsam miteinander für den Unterhalt der Universitäten sorgen. Der Kanzler der TH, Dr. Wilke, ist fest davon überzeugt, daß die Länder sehr bald diese Aufgabe überhaupt nicht mehr erfüllen können: Die bewilligten Mittel werden unter dem Existenzminimum der Universitäten liegen. Heute schon ist dieses Minimum erreicht, denn es ist kaum Geld vorhanden, um im Sinne einer Studienreform zusätzliche wissenschaftliche Arbeitskräfte einzustellen.
Es ist sogar nicht auszuschließen, daß von einigen Ländern Investitionen im Bereich der Universitäten verzögert wurden aus Angst vor den neuanfallenden Kosten.
Dr. Wilke führte ein Beispiel der Absurdität an: Vier finanzstarke Länder — Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen — haben sich verpflichtet, das Land Bremen mit 15 Mio DM pro Jahr (das sind $^2/_3$ aller laufenden Kosten) beim Unterhalt der künftigen Universität zu unterstützen, um die Kulturhoheit der Länder zu bewahren.

Numerus clausus

In einer Zeit, da selbst der Staat mit Recht Kindern unterer sozialer Schichten es ermöglicht, das Abitur zu machen, da also die Studentenzahlen mit voller Absicht vergrößert werden, denken manche Politiker ernsthaft an einen numerus clausus. Auch manchen Professoren, deren Elitebewußtsein aus vergangenen Epochen stammt, kommt diese Ansicht entgegen. Was passiert, wenn in zehn Jahren vielleicht hunderttausend Abiturienten keinen Studienplatz erhalten, kann man sich zwar ausmalen, aber das reicht offensichtlich nicht, die Universitätspolitik zu revolutionieren (ein Wort, das an dieser Stelle seine Berechtigung hat).
Innerhalb der Universitäten sind alle diese Tatsachen zwar bekannt, doch Konsequenzen werden selten gezogen. So antworteten die Rektoren auf der Pressekonferenz im September auf die Frage, ob sich der Senat entschließen könne, im Angesicht der Misere den Boden des akademischen Gesprächs zu verlassen und gemeinsam mit den Studenten politische Aktionen durchzuführen, mit einem milden Lächeln und der Versicherung, man werde weiterhin mit aller Entschlossenheit in Wiesbaden Gespräche führen — wie bisher.



Entwicklung der Studentenzahlen (1) von 1960 (=100%) bis 1966 im Vergleich zum Anstieg der Personalausgaben (3), der übrigen fortdauernden Ausgaben (2) und der Gesamtausgaben (4)

Gemeinsame Aktionen von Hochschullehrern, Assistenten und Studenten sind die einzigen Mittel, auf politischem Wege die Verhältnisse grundlegend zu ändern. Gespräche allein werden keine Wirkung haben. Ein Universitätsstreik ist ein denkbares Mittel, um die Parlamente und Regierungen zum Handeln zu zwingen, wenn die Universitäten Konzepte vorgelegt haben werden, die innere Struktur der Hochschulen zu reformieren.
Für eine notwendige Hochschulreform ist jedoch zuerst die aktive Bereitschaft vieler Professoren zu erzwingen, denn ihr Beharrungsvermögen hat in der Vergangenheit nichts als Vorbehalte gegen entscheidende Veränderungen hervorgerufen.
Die Zeit drängt. Dr. Wilke: „In zehn Jahren werden wir sagen, wenn sich nichts grundlegend ändert, daß die Zustände an der Technischen Hochschule Darmstadt im Jahre 1968 paradiesisch gewesen seien."

Falk Rieß

Informatikstudium an der THD

Zulieferdienste für die Industrie statt wissenschaftlicher Forschung

Unter Informatik versteht man einen jungen Wissenschaftszweig, der sich, ausgehend von informationstheoretischen Fragestellungen, mit dem Aufbau, dem Betrieb und der Anwendung von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen beschäftigt. In der Industrie ebenso wie in Wissenschaft und Verwaltung steigt der Bedarf für Fachleute auf diesem Gebiet, auf dem sich bislang umgeschulte Mathematiker, Physiker und Elektrotechniker tummeln. Natürlich wird die Hochschule als Zulieferbetrieb für spezielle Berufsausbildungen gern benutzt, und da das Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung dafür ab 1969 Geld zur Verfügung stellen wird, lassen sich die Hochschulen auch gern benutzen und drängen nach den Bonner Computer-Töpfen, aus denen sie ihre weitere Rechner-Ausstattung zu finanzieren hoffen.

In Darmstadt hat die Fakultät Elektrotechnik auf Betreiben des Direktors des Institutes für Nachrichtenverarbeitung, Prof. Piloty, in aller Eile (wohl um den Anschluß nicht zu verpassen) einen Studiengang „Informatik" geschaffen, der bereits in diesem Wintersemester angeboten wird. Allerdings war es bei diesem Schnellverfahren nur möglich, bereits vorhandene Vorlesungen neu zu kombinieren. Ob das reicht, muß bezweifelt werden. In der vorliegenden Form jedenfalls sieht es lediglich danach aus, als solle der Industrie eine teure Spezialausbildung ihrer Fachleute erspart werden, indem diese Ausbildung an die Hochschule verlegt wird. Aber Prof. Piloty, der übrigens auch Mitglied im Fachbeirat Datenverarbeitung im Wissenschaftsministerium ist und der den Vorsitz im Vorstand des Hochschulrechenzentrums innehat, hat noch viel ehrgeizigere Pläne. Er will in Darmstadt ein Großinstitut oder besser eine Kleinfakkultät für Informatik einrichten, die sich um sein Institut bilden soll. In Zusammenarbeit mit der Fakultät Mathematik/Physik sollen drei neue Lehrstühle geschaffen werden; insgesamt ist ein Personalbestand von 45 wissenschaftlichen Mitarbeitern und etwa halb so viel technischen Angestellten und Verwaltungsangestellten geplant. Ebenso imposant soll die Rechner-Ausstattung aussehen: Das Deutsche Rechenzentrum soll dem neuen TH-Institut angegliedert werden; es bringt dann seinen Großrechner TR 440 mit in die Ehe. Außerdem soll ein Nachfolgerechner für die (im DRZ vorhandene) IBM 7094 angeschafft werden. Durch diese üppige personelle und materielle Ausstattung soll das Institut zwei Aufgaben übernehmen können: die der Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Informatik und die eines regionalen Rechenzentrums.

Diese Vorstellungen wurden natürlich in Hinsicht auf die zu erwartenden Gelder vom Wissenschaftsministerium zur Förderung der Datenverarbeitung entwickelt. Danach müßte das Ministerium die Sachaufwendungen tragen sowie für das nicht beamtete Personal aufkommen, während das Land Hessen die beamteten Kräfte zu bezahlen hätte. Wie derartig hohe Summen aber ohne Mauschelei in Bonn „lockergemacht" werden können, ist unklar, zumal im nächsten Jahr für diesen Komplex insgesamt nur 48 Millionen Mark zur Verfügung stehen, womit auch die Industrie noch gefördert werden soll.

Übrigens hat in der THD bis 1966 ein Institut existiert, das sich unter anderem mit den Problemen der Datenverarbeitung beschäftigte: das Institut für Praktische Mathematik (IPM). Nach der Emeritierung des Leiters Prof. Walther hatte die Fakultät Mathematik/Physik es sehr eilig, das IPM aufzulösen. Die vorhandenen Geräte und Apparaturen wurden anderen Instituten überlassen, die Literaturdokumentation wurde weitgehend eingestellt, das Arbeitsgebiet „Operations Research" wurde vom IPM ins Institut für Allgemeine Bertiebswirtschaftslehre verlagert. Bis Anfang der sechziger Jahre war die THD führend auf dem Gebiet der Datenverarbeitung. Die von Prof. Walther initiierte Ausstattung der Gebührenstelle mit einer Lochkartenanlage war lange Zeit einmalig für deutsche Hochschulen; die Einrichtung des Hochschulrechenzentrums war Modell für viele Rechenzentren. Auf beiden Gebieten ist die THD wieder zur Provinz geworden. Es ist begrüßenswert, daß die Datenverarbeitung in Darmstadt wieder an Bedeutung gewinnen soll, allerdings müssen die Pläne, nach denen das geschehen soll, genau überlegt werden. Besonders aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Gedankengänge, die der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Informatik zugrunde liegen und das Berufsbild des Informatikers bestimmen werden.

Als Ausgangsbasis dienen Prof. Piloty die Empfehlungen des Fachbeirates Datenverarbeitung. Bezeichnend für den starken Einfluß der Industrie und der industriebezogenen Hochschulforschung sind die Vorstellungen von den Aufgaben des Informatikers; sie beziehen sich lediglich auf die reinen Zubringertätigkeiten der Datenverarbeitung, wie Planung von neuen Datenverarbeitungsanlagen, Entwicklung von Betriebssystemen, Entwurf benutzerspezifischer Programmsysteme. Es handelt sich also in der Hauptsache um einen akademisch gebildeten Programmierer, der seinen Dienst getrennt von Einsatzplanung und Anwendung seiner Systeme und Maschinen versehen soll.

Ebenso ist die Auswahl der Lehrgegenstände erfolgt: Hauptfächer sind Mathematik (Grundlagen), Programmierung, Daten- und System-Organisation und Automatentheorie, während Statistik, Unternehmensforschung, Spieltheorie und Informationstheorie (!) nur „ergänzend" vorkommen.

Die erkennbaren Möglichkeiten der Datenverarbeitung zur Veränderung der Gesellschaft zwingen die Hochschule, auf keinen Fall die zur Kritik und zu politischem Denken unfähigen Fachidioten zu produzieren. Der Einsatz der Informationsverarbeitung schafft neue Machtstrukturen, deren Kontrolle zur Zeit nicht

---

Anmerkung zu dem Artikel „Defekt" (dds Nr. 95, S. 12)

Professor Piloty, der Vorsitzende des Vorstandes des Hochschulrechenzentrums, hat uns um folgende Anmerkung gebeten: Die Angaben über die Leistungsfähigkeit der TR 4 und der Geschwindigkeit der Telefunken-Bandeinheiten beruhen auf Schätzungen von Benutzern, die sowohl auf der Telefunkenanlage als auch auf der IBM 7040 des Hochschulrechenzentrums gerechnet haben.
Nach einer Veröffentlichung des DRZ oom 15. 12. 1967 hat die TR 4 etwa dieselbe Geschwindigkeit wie die IBM 7040. Nach Auskunft des DRZ sind die Bandeinheiten der Firma Telefunken etwas schneller als die im Hochschulrechenzentrum verwendeten.

gesichert ist. Deshalb muß die Ausbildung des Informatikers die weitreichenden Implikationen beim Einsatz der Datenverarbeitung besonders berücksichtigen. Um einige konkrete Aufgabengebiete des Informatikers zu nennen:

- Entwicklung von Computer-Systemen;
- Einsatz von Computern in der Verwaltung. Das reicht vom elektronischen Buchungssystem (Banken, Fluggesellschaften, Logistik beim Militär) bis zur Vollautomation in der Fertigung, wobei zur Zeit nicht eine Arbeitszeitverkürzung, sondern eine Entlassung von Arbeitskräften die Regel ist;
- Schaffung von Datenbanken;
- Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen im Bereich der Planung (Städtebau, Waffensysteme usw).

Zum vorletzten Punkt gehört zum Beispiel die von der Bundesregierung eingeleitete Schaffung einer Datenbank für politische Informationen. Diese Datenbanken werden, da sie nur der Regierung zugänglich sein werden, das Informations- und damit das Machtgefälle zwischen Exekutive und Kontrollinstanzen ganz erheblich vergrößern. Aus diesem Grund wurde es auch der Regierung der USA vom Kongreß verboten, ein solches Informationssystem einzurichten. Daß sich für die geplanten Datenbanken für Kriminalistik und für Statistik Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst interessieren, kann nach verschiedenen konkreten Informationen nicht bezweifelt werden (nicht nur „Meldebogen für Studierende").

Die Arbeit des Informatikers hat demnach eine über den üblichen Rahmen weit hinausgehende Konsequenz auf die Gesellschaftsstruktur. Die genannten Beispiele zeigen unmittelbar Einwirkungen auf die Sozialstruktur (Arbeitszeitverkürzung, Entlassung) und auf die verfassungsrechtliche Struktur (Verschiebung der Machtverhältnisse). Es ist daher nicht verwunderlich, daß die derzeit Mächtigen sicherstellen müssen, daß mit den Informatikern nicht eine konkurrierende Machtelite entsteht, sondern benutzbare (ausbeutungsfähige) Fachidioten gezüchtet werden. Die vorgeschlagenen Lehr- und Forschungsveranstaltungen des zu schaffenden Ausbildungsgangs Informatik nehmen keinen Bezug auf die außerordentlich großen politischen Folgen der Arbeit des Informatikers. So vermißt man Hinweise darauf, daß folgende Gesichtspunkte bei der Ausbildung überhaupt berücksichtigt werden:

- Theorie der Information: Wissen, Erkenntnis, Bewußtsein, Lernprozeß, Wissenschaft;
- Mechanismen der Informationsgewinnung; programmiertes Lernen;
- Information und gesellschaftliche Macht; Informationsmonopole; Automation und Sozialstruktur;
- Informationsverweigerung und Kontrollmechanismen.

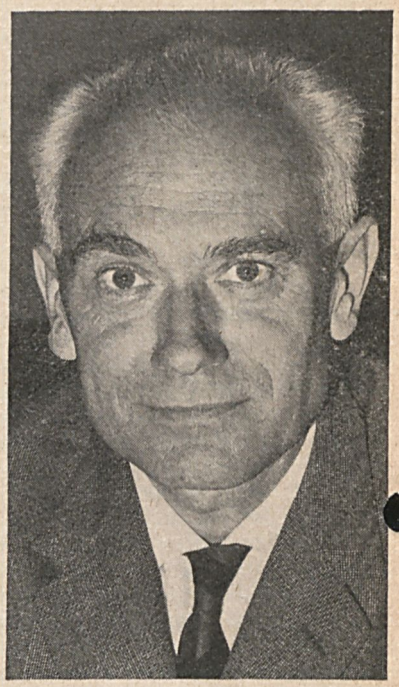
Zur Weiterverfolgung seines Planes schlug Prof. Piloty dem Senat die Bildung einer Kommission vor, bestehend aus je zwei Professoren der Fakultäten Mathematik/Physik und Elektrotechnik. Nachdem die Studentenvertreter im Senat nicht nur ihre Bedenken gegen die Ausbildung von Fachidioten vorgebracht, sondern auch eine Beteiligung an der geplanten Kommission gefordert hatten, vergrößerte der Senat den Ausschuß auf 5 Professoren, 1 Nichtordinarius, 2 Assistenten und 2 Studenten. Da den professoralen Senatsmitgliedern der Hinweis auf die politische Schlüsselstellung des Informatikers jedoch Anlaß gab zu der Vermutung, die Studenten wollten nur wieder die Kreise Prof. Pilotys stören, wurde schnell ein Unterausschuß des Informatikausschusses gebildet, der Vorgespräche führen, Daten sammeln und Berichte erstatten, das heißt die Weichen stellen soll. Ihm gehören an: die fünf Professoren.

Ein neuer Studiengang wird in kürzester Zeit geschaffen, ohne Vorbereitung und ohne die eventuell Betroffenen zu fragen. Ein Großinstitut nach den Plänen eines ehrgeizigen Ordinarius wird ohne großes Bedenken erwogen, wobei den Entscheidungsbefugten die nötigen Informationen vorenthalten werden. Vermeintliche Störer dieser Pläne werden durch die Schaffung eines Unterausschusses von den wichtigsten Vorentscheidungen ausgeschlossen. Diese Geheimhaltungs- und Separationspraktiken entsprechen den althergebrachten akademischen Sitten: Denn genau das verstehen die Ordinarien unter funktionsgerechten, sachlich motivierten Entscheidungen.

Ein netter älterer Herr

dds stellt den neuen Rektor vor

Das neue Amtsjahr begann gleich mit Ärger. Nachdem Kultusminister Schütte noch kurz zuvor den Hessischen Rektoren zugesichert hatte, er werde sie in einem vertraulichen Gespräch über den Hochschulgesetzentwurf informieren, bevor er ihn veröffentliche, gab er am 17. September überraschend der Presse die wichtigsten Punkte des Entwurfes bekannt. Die Rektoren, plötzlich in derselben mißlichen Lage wie die Studenten, reagierten, wie diese in solchen Situationen zu reagieren pflegen: heftig. In mehreren Presseerklärungen griffen sie



den Entwurf scharf an, ließen es an „Sachargumenten" und nobler Zurückhaltung fehlen, sagten ein geplantes Gespräch mit Schütte ab und verlangten, den Ministerpräsidenten zu sprechen. Man habe sich überfahren gefühlt, sei vor vollendete Tatsachen gestellt worden, erklärt der Rektor in einem Gespräch mit der darmstädter studentenzeitung. Der Ärger ist verständlich — hatte man doch vorher sich selbst gute Chancen ausgerechnet, die Studenten vor vollendete Tatsachen stellen zu können.

Da ist vor allem die paritätische Besetzung des Konzils (der Schütte-Entwurf sieht eine Zusammensetzung aus je

Prof. Dr.-Ing. Curt Brader

geb. 1. 11. 1915 in Hildesheim	
1921—1925	*Grundschule in Hildesheim*
1925—1936	*Oberrealschule in Hildesheim*
WS 36/37 — 40/41	*Studium in Braunschweig Flugzeugbau/Fachrichtung Flugmotorenbau*
1. 5. 41	*Diplomprüfung in Braunschweig*
1938—1941	*Hilfsassistent im Institut für Techn. Mechanik Braunschweig, Verwalter einer planmäßigen Assistentenstelle*
1940—1941	*zeitweise Funker und Kraftfahrer bei der Luftnachrichtentruppe*
1942—1943	*Leiter von Flugmotoren- und Triebwerksreparaturwerkstätten bei der Luftwaffe*
1944	*Techn. Leiter der Fliegertechnischen Betriebe des Fliegerhorstes Handorf bei Münster*
1944—1945	*Sachbearbeiter für Zellen- und Flugmotoren beim Chefingenieur des Luftflottenkommandos Reich*
WS 45/46	*Wissenschaftlicher Assistent im Institut für Techn. Mechanik in Braunschweig*
1951	*Fertigstellung der Dissertation und Doktorprüfung in Braunschweig. Eintritt in die Industrie: Zentrallaboratorium Siemens & Halske, Berlin*
1954	*nach München zu Siemens & Halske (Fernschreiberentwicklung Typ T 100)*
1963	*Ruf nach Darmstadt zur Gründung des Lehrstuhls Elektromechanische Konstruktionen (erstes Institut in Westdeutschland)*
ab WS 66/67 — Juli 68	*Dekan der Fakultät ET und Beauftragter der Fakultät für den Neubau der Fakultät ET*

40 Professoren, Assistenten und Studenten vor), die dem Rektor Sorge macht. Er sieht bei dieser Regelung die — „theoretische" — Möglichkeit, daß böse Studenten die Hochschule lahmlegten. Das Konzil tage zwei-, dreimal im Jahr. „Es kann aber laufend einberufen werden, d. h. die Studenten blockieren die gesamte Arbeitskraft dieses Konzils." Daß eventuell die Professoren diese Möglichkeit der Blockade gegenüber den Studenten ausnutzten, tut der Rektor mit der Bemerkung ab, daß sie dazu ja keine Veranlassung hätten.

Drittelparität: dagegen hat der Rektor einen ganzen sackvoll Argumente. Zum Beispiel, daß man sie deswegen nicht annehmen könnte, weil sonst die Studenten für ihr radikales Gebaren, mit dem sie diese gefordert hätten, „belohnt würden". Für diejenigen, die auf ein solches Niveau der Beweisführung nicht herabzusteigen vermögen, hält er ein anderes Argument parat. Mit der Drittelparität im satzungsgebenden Konzil „ist von vornherein einmal die Marschroute festgelegt und man kann nichts mehr daran ändern". „Daran" — damit meint er wohl die den Professoren nicht genehmen Vorschläge. Abhilfe würde seiner Meinung nach eine Staffel 40/20/20/20 (Ordinarien/Nichtordinarien/Assistenten/Studenten) schaffen, denn schließlich müsse es in diesem Gremium bei Abstimmungen klare Mehrheiten geben.

Überdies würde sich die Industrie aus der Hochschule zurückziehen, wenn den Forderungen der Studentenschaft nachgegeben würde. Gelder und Forschungsaufgaben, die die Arbeit der TH praxisnah gestalteten, blieben dann aus, mögliche Bewerber für Lehrstühle würden durch die unattraktiven Bedingungen vergrämt. Den Gedanken, daß die Industrie die Hochschulen nur deswegen nicht attraktiv fände, weil die Hochschullehrer sie als nicht mehr attraktiv für die Industrie hinstellten, lehnt der Rektor ab. Er glaubt nicht, daß die Hochschullehrer sie nur als Alibi für die eigene Reformunwilligkeit benutzten. Man wisse in der Wirtschaft sehr genau, was sich an den Hochschulen tue. Oft genug bekäme er zu hören: „Was sich bei euch wieder tut, ist völlig unverständlich." Rektor Brader erklärt es ihnen dann.

Für den erwarteten Andrang von Erstsemestern hat sich die Hochschule so gut es geht, gerüstet. Mit kurz- und langfristigen Verwaltungsmaßnahmen versucht der Rektor die Folgen der verfehlten Kulturpolitik zu lindern. An politische Maßnahmen, Vorlesungsstreiks oder Demonstrationen, ist allerdings nicht gedacht. Die Situation der Hochschulen sei in Wiesbaden bekannt, aber: „Wo soll denn der arme Finanzminister das Geld herbekommen?" Vielleicht daher, woher er jetzt, nachdem die Karre in den Dreck gefahren ist, die Zuschüsse für das Anmieten von Kinosälen usw. bekommt. „Ihre jugendliche Begeisterung in allen Ehren, ich habe früher genauso gedacht. . ."

Ein alter, abgeklärter Professor demonstriert nicht, das überläßt er den rüden Bauern und den flegelhaften Studenten. Obwohl er natürlich die Idee, die öffentliche Meinung im Interesse der Hochschulen gegen die Politiker zu mobilisieren, gar nicht schlecht findet: „Diesen Gedankengang sollten Sie einmal mit den Politikern diskutieren."

Wie er zum Problem aller Hochschulgremien der Öffentlichkeit stehe? Der Rektor holt weit aus: Pläne und Vorschläge entstünden in kleinstem Kreise; zwei, drei Leute setzten sich zusammen, entwickelten und ordneten ihre Gedanken, die sie dann ausgereift dem beschlußfassenden Gremium vorlegten, wo andere Gruppen, auf die gleiche Art vorbereitet, mit ihnen darüber diskutierten. Man könne aus rein menschlichen Gründen heraus nicht von Anfang an die Öffentlichkeit hinzuziehen, sondern „erst ab einem gewissen Zeitpunkt. Das hängt davon ab, ob man gerade ein neues Problem bespricht oder nicht." Also beispielsweise jede zweite Senatssitzung öffentlich abhalten? „Sicherlich, das ist eine Frage." Rektor Brader bedauert, daß keine soziologischen und psychologischen Untersuchungen über diesen Fragenkomplex existieren. So weiß er nur als Rezept: „Man sollte in den Kommissionen diese Frage diskutieren." Und falls die Kommissionen erst dann beschlössen, öffentlich zu tagen, wenn alles entschieden sei? „Das wäre ja ein bißchen spät." Ei ja.

*

Er ist ein netter Mensch, der neue Rektor; es plaudert sich angenehm mit ihm. Nun werden Meinungsverschiedenheiten an der Hochschule heutzutage nicht mehr bei einem Glase Rotwein ausgetragen, sondern vor belagerten Sitzungssälen. Da wird auch Rektor Brader nicht umhin können, ein klares hochschulpolitisches Konzept zu entwickeln — sonst könnte er sich bald in einer Situation wiederfinden, wo er die Politik seines Vorgängers Schultz und des Amtskollegen Rüegg vertreten muß, aber nicht kann.

fari/ff

H. Bockhorn

In Zukunft nicht mehr „Magnifizenz"

Der Godesbergausschuß kümmert dahin

Den Beschluß des Großen Senats vom 15. 2. 1968 hatte man, damals noch zu Recht, als einmalig und richtungsweisend für die ganze Bundesrepublik bezeichnen können: Der Große Senat hatte mit diesem Beschluß einen beinahe drittelparitätisch besetzten Ausschuß eingesetzt, der die bestehende Satzung neu fassen sollte. Dieser Ausschuß war notwendig geworden und auf Vorschläge aus den Reihen der Studenten entstanden, nachdem sich immer weitere Kreise der Studentenschaft durch Inhalt und Zustandekommen der Satzung übervorteilt sahen.

Die Arbeitsgrundlage des Ausschusses war ein programmatisches Papier der Studentenschaft zur Hochschulreform, in dem als Prinzipien grundsätzliche Kontrolle und Mitbestimmung des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses an der Hochschule enthalten waren. Allerdings bekam der Ausschuß, vielleicht um die anstehenden Reformen nicht zu weite Kreise ziehen zu lassen, die Godesberger Rektorenerklärung vom 6. Januar 1968 als Leitlinie mit auf den Weg. Trotzdem machte man sich mit dem freudigen Bekenntnis zur Hochschulreform an die Arbeit.

Der Beginn der Arbeit im Godesbergausschuß wies jedoch dieses freudige Bekenntnis als leer aus. Während er nach außen hin als Manifest von Liberalität dienen sollte, verlängerte und verfestigte er die bestehenden Zustände: Der Godesbergausschuß tagte von Anfang an nicht öffentlich. Die Mehrheit der im Ausschuß vertretenen Professoren hatte an der bestehenden Satzung mitgearbeitet und begann nun die Reform an ihrem eigenen Werk. Schließlich schien der Vorsitz des Rektors und die Ablehnung eines wechselnden Vorsitzes in diesem Reformausschuß eine natürliche Sache — denn so steht es in der bestehenden Satzung.

Auch am Inhalt der Arbeit des Godesbergausschusses lassen sich diese Tendenzen feststellen. In sechs Sitzungen befaßte sich der Ausschuß mit dem Themenkreis Neustrukturierung der Fakultäten. Das Ergebnis dieser Diskussionen stellt fest — am Beispiel der Autonomie der lehrenden wissenschaftlichen Assistenten — daß Professoren eben doch besondere Rechte einzuräumen sind. Darüber hinaus versäumt man, den Bezug zur allgemeinpolitischen Situation an den Hochschulen herzustellen, und man vergißt, daß nicht nur die politischen Hochschulgruppen die Öffentlichkeit akademischer Selbstverwaltungsgremien und studentische Mitbestimmung in ihnen fordern oder daß die Neustrukturierung von Fakultäten und die Öffentlichkeit bereits in mehreren Fällen beispielhaft gelöst worden ist.

Weiterhin wurden grundlegende Probleme, soweit sie überhaupt andiskutiert wurden, nicht objektiviert, sondern personalisiert. Die Diskussion über direkte Öffentlichkeit des Ausschusses beispielsweise wurde mit der Argumentation beendet, es sei „unzumutbar, sich mit einer Lautsprecherübertragung der Diskussion ohne genaue Kenntnis eines solchen Verfahrens einverstanden zu erklären", oder eine Mikrofondebatte werde dazu führen, daß man gehindert sei, „Gedanken zu äußern, von denen man wisse, daß sie unfertig seien und möglicherweise durch den nächsten Sprecher widerlegt würden". (Erst nach massiver Kritik aus der Öffentlichkeit innerhalb eines Hearings konnte sich der Ausschuß dazu entschließen, unter direkter Öffentlichkeit zu tagen.)

Schließlich nahm die Reaktion auf Kultusminister Schüttes in mancher Hinsicht progressiven Neuentwurf des hessischen Hochschulgesetzes der Tätigkeit des Godesbergausschusses das letzte Moment reformerischen Charakters.

Dieser Entwurf war es dann auch, der den Godesbergausschuß seine erfolglose und in den Ergebnissen harmlose Arbeit umstrukturieren ließ. Während es zuvor den Anschein haben konnte, daß man im speziellen Einzelfall — Neustrukturierung der Fakultäten — über grundsätzliche Veränderungen diskutierte, wobei allerdings jegliche Reformgedanken an den bestehenden Strukturen orientiert wurden, wird nunmehr die bestehende Satzung Punkt für Punkt durchgegangen, wobei Punkte, über die sich nach einiger Zeit der Diskussion keine Einigung erzielen läßt, unentschieden bleiben. Man teilt also ganz funktionalistisch nach reinen Effektivitätskriterien ein: Für die Ausschußarbeit bedeutsame, hochschulpolitisch jedoch unbedeutsame Punkte — bisher etwa der Titel Magnifizenz — werden in einer „Vorabrevision" diskutiert, in Punkten, die für die Ausschußarbeit unbedeutsam sind, hochschulpolitisch aber Bedeutung haben — etwa Drittelparität oder reale Formen der Mitbestimmung — stellt man lediglich die Uneinigkeit fest.

Ergebnisse dieser Arbeit werden etwa sein, daß der Rektor nicht mehr unbedingt mit dem Titel Magnifizenz angeredet werden muß, daß bei der Rektorwahl eine vorherige Nominierung der Kandidaten mit Aussprachegelegenheit möglich ist, daß die studentischen Vertreter im Senat Stellvertreter nominieren dürfen, daß die Zahl der Assistenten- und Studentenvertreter im Senat geringfügig erhöht wird, daß der Rektor nicht mehr alleinige Entscheidungsgewalt bei Kompetenzbeschlüssen des Senats hat.

Bedeutsamer jedoch als die unpolitische Art dieser Ergebnisse wird auf die Dauer ihr entpolitisierender und verschleiernder Charakter sein: Unter dem Anspruch, die Hochschulreform zu betreiben, befaßt sich der Ausschuß unter dem Baldachin akademischer Diskussionen mit Problemen, die eigentlich keine mehr sind. Daneben verweist man Konflikte vom Ort ihres Auftretens an den Godesbergausschuß und beruhigt die Unruhigen mit dem Hinweis auf eben diesen Godesbergausschuß. Der jedoch stellt seine Unfähigkeit fest, diese grundsätzlichen Konflikte zu lösen, und man wirft demjenigen, der solche verschleppten Konflikte zu lösen versucht, vor, er verzögere die Ausschußarbeit und führe endlose Formal- und Geschäftsordnungsdebatten, wobei man freilich übersieht, daß man mitunter auch aus der Geschäftsordnung eines Gremiums Schlüsse auf das Demokratieverständnis seiner Mitglieder ziehen kann.

So verheißungsvoll die Anfänge waren: Als Mittel zur Demokratisierung der Hochschule oder einer demokratischen Hochschule erweist sich der Godesbergausschuß als ungeeignet.

Papier- und Zeichenwaren
Spezialgeschäft für Hochschulbedarf **Karl Weiss**

Lauteschlägerstr. 6, direkt a. d. Hochschule, Telefon 73412
Durchgehend geöffnet von 8.00 - 18.00 Uhr

Hartmut Bauer

Wer einmal lügt

Streit um Presseerklärung

Am 17. September legte Kultusminister Schütte vor Pressevertretern einen Entwurf zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes vor. Vom Frankfurter Rektor Rüegg zusammengerufen, verwahrte sich die Hessische Rektorenkonferenz (HRK) in zwei ebenso scharfen wie plumpen Stellungnahmen (siehe nebenstehenden Wortlaut) gegen den Kultusminister. Die HRK lehnte ein vorgesehenes Gespräch mit Schütte ab, dem sie das Mißtrauen ausgesprochen hatte (als Grund wird ausdrücklich die im Schütte-Entwurf vorgesehene Drittelparität im Konzil genannt), und bat Ministerpräsident Zinn um eine Aussprache.

Rektor Brader, nomineller Vorsitzender der HRK, ließ am Morgen des 20. September durchblicken, die Presse habe darüber falsch berichtet; außerdem habe er, als Kultusminister Schütte ihn angerufen habe, ein erneut angebotenes Gespräch abgelehnt.

Am Nachmittag tagte der Godesberg-Ausschuß zum ersten Mal öffentlich. So konnten die Zuhörer Zeugen eines Disputs zwischen den Ausschußmitgliedern Schultz und Cobler werden, in dessen Verlauf Exmagnifizenz Konrektor Prof. Schultz die Wahrheit nicht allzu eng faßte. Cobler kannte zu diesem Zeitpunkt nur die (richtigen) Presseberichte, da der genaue Wortlaut der HRK-Kommentare von Rektor Brader erst einige Tage später verbreitet wurde. Im folgenden geben wir einen Auszug aus der Kontroverse.

Cobler: „Ich glaube, mit der — wie schon in der Zeitung stand — etwas seltamen Reaktion, sich einfach zurückzuziehen, kommen wir nicht weiter und geben dem Kultusminister die Chance, das zu tun, was er will ..."

Schultz: „... Wenn Sie dem Rektor den Vorwurf machen, er stelle sich in die Schmollecke, dann lesen Sie gefälligst erst einmal, was er wirklich getan hat. Er hat sich gegen das Vorgehen des Kultusministers, das in der Tat fragwürdig ist, verwahrt und hat sich an den Ministerpräsidenten gewandt und dort um die notwendige Besprechung gebeten. Also wenn wir schon darüber reden, dann bitte objektiv und zutreffend."

Kein Wort von der Drittelparitäts-Motivation, kein Wort von dem Minister ausgesprochenen Mißtrauen, kein Hinweis auf die Schärfe der HRK-Stellungnahmen: So versteht Prof. Schultz Objektivität. Daß Cobler den genauen Wortlaut nicht kannte, nutzte Prof. Schultz mit unlauteren Informationen weidlich aus.

Cobler gab jedoch nicht sofort klein bei — er kennt ja Prof. Schultz — und erwiderte:

„... Sie baten mich, Herr Prof. Schultz, mal ab und zu in die Presse zu gucken. Ich habe das heute morgen getan. Der Grund, daß die Rektoren es abgelehnt haben, mit Herrn Schütte zu sprechen, ist nicht der, daß er die Form verletzt hat. Da gebe ich Ihnen völlig recht, ich finde das genauso erschreckend wie die Professoren, als plötzlich dieser Entwurf in der Presse stand. Den Grund dafür, daß Sie sich nicht mit ihm an einen Tisch setzen wollen, können Sie allerdings in der Presse nachlesen. Der ist der, daß sie keine Basis erkennen können. Die Basis ist aber nicht, daß Herr Schütte die Form verletzt hat, sondern daß einfach das, was Herr Schütte in seinem Gesetz formuliert hat, nach Meinung der Rektoren keine Diskussionsgrundlage ist."

Zynisch spielte Prof. Schultz noch einmal Coblers Informationsnachteil aus, als er in verletzendem Ton behauptete:

„Herr Cobler, Sie pflegen Presseverlautbarungen recht einseitig zu lesen, und Sie haben durchaus den Zugang zu den Originalschreiben, Sie brauchen nur beim Rektor anzurufen."

Dieser Streit war ein geeignetes Anschauungsbeispiel dafür, warum die Studenten die Forderung nach Öffentlichkeit aller Hochschulgremien stellen müssen. Denn es spricht nichts dafür, daß Prof. Schultz beispielsweise sich etwas mehr Zurückhaltung im Verbreiten von verfälschten Informationen auferlegt, wenn er mit seinen Ordinarien-Kollegen hinter verschlossenen Türen die studentischen Vertreter sozusagen schutzlos vor sich hat.

Der Streit zwischen den Rektoren und dem Kultusminister wurde am 27. September von Ministerpräsident Zinn wieder auf ein angemessenes Niveau gebracht: Zinn hatte zu der erbetenen Aussprache nicht nur die Rektoren, sondern demonstrativ auch den Kultusminister sowie dessen Staatssekretärin und die Leiterin der Hochschulabteilung im Kultusministerium hinzugezogen.

Seitdem backen die ach so forsch gestarteten Rektoren wieder kleinere Brötchen. Daß es den Rektoren bei ihrem Mißtrauensantrag gegen Schütte sehr wohl um den Inhalt des Gesetzentwurfes ging, bewies die Tatsache, daß sie trotz Mißtrauen und laut verkündeter Gesprächsverweigerung mit dem Minister verhandelten, wie ein Bericht des Darmstädter Echos vom 2. Oktober zeigt:

„... Zur Frage des Verhältnisses Kultusminister-Rektoren berichtete Prof. Dr. Brader mit Genugtuung, der Minister habe der TH beispielsweise ihre Bitte um Anhörung in der Frage, wie die Ingenieurschulen in den Hochschulbereich einzugliedern seien, erfüllt."

---

18. 9. 1968:

Mit Bestürzung haben die Rektoren der hessischen Hochschulen heute aus der Zeitung von einem Referentenentwurf für ein neues Hessisches Hochschulgesetz erfahren, den Kultusminister Schütte auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben hat.

Weder die bisherigen Zusicherungen des Kultusministers gegenüber einzelnen Rektoren noch der Verlauf der vom Ministerpräsidenten nach Schlangenbad einberufenen Klausurtagung konnten im geringsten vermuten lassen, daß der Kultusminister den Entwurf von 4 Frankfurter Professoren, die mit ihrer Ansicht im Lehrkörper weitgehend alleinstehen, zur Grundlage eines Hochschulgesetzes machen würde, das allen hessischen Hochschulen aufgezwungen werden soll.

Die in diesem Entwurf vorgesehene sogenannte Drittelparität im satzungsgebenden Konzil gefährdet die Funktionsfähigkeit der Hochschulen und muß als Belohnung für die rechtswidrigen Aktionen radikaler Studenten in Frankfurt und Marburg erscheinen. Als Folge der übereilten Presseerklärung des Kultusministers ist eine Verschärfung der Spannungen an den Hochschulen im Wintersemester zu erwarten.

Die Rektoren der Hessischen Hochschulen verwahren sich in aller Form gegen das Verhalten des Ministers und sprechen ihm ihr Mißtrauen aus.

19. 9. 1968

Unter Hinweis auf die Presseerklärung des Hessischen Kultusministers vom 17. 9. 1968 zum Hessischen Hochschulgesetz hat die Hessische Rektorenkonferenz Minister Schütte mitgeteilt, daß sie für das heute vorgesehenen Gespräch im Augenblick keine Basis erkenne und sich deshalb außerstande sehe, der Einladung des Kultusministers Folge zu leisten. Die hessischen Rektoren haben Ministerpräsident Zinn um eine möglichst umgehende Aussprache über die durch die Presseerklärung des Kultusministers geschaffene ernste Situation gebeten.

Brader Kötter Madelung Rüegg

Heiraten verboten!

Wolfgang Straub

Sittlich nicht gerechtfertigt

Kann der Student nach der Heirat noch auf staatliche Förderung hoffen?

„Familie und Ehe stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung." (Art. 6, Abs. 1 GG)

Die knapp zehn Prozent Verheirateten an den deutschen Hochschulen werden diesen Satz nur mit einem sauren Lächeln lesen; für sie gelten diese hehren Worte der Grundgesetzväter nicht. Derselbe Staat, der es nicht fertigbringt, sein Schul- und Bildungswesen so zu reformieren, daß der junge Akademiker mit spätestens 25 Jahren sein Studium abschließen kann, derselbe Staat weigert sich hartnäckig anzuerkennen, daß auch Studenten schutzwürdige Ehen schließen können. Dem Grundsatz treu: „Wer heiratet, ist selber schuld!", streicht er Kindergelder, Waisenrenten, Steuervergünstigungen und andere Erziehungsbeihilfen, sobald das in Ausbildung befindliche „Kind" nicht mehr „länger warten" will.

Im Falle der Waisenrente und Erziehungsbeihilfe etwa nach dem Bundesversorgungsgesetz bedeutet dies für den alleinstehenden Studenten, daß er nach seiner Heirat keinen Pfennig mehr erhält.

1,5% Waisen und Halbwaisen seien es nur, die von dieser Regelung betroffen seien, meint das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung — und da der „Gesetzgeber ein Recht auf negative Typisierung" habe, verstießen die Heiratswegfallklauseln nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3, Abs. 1 GG). Schließlich könne man dem Gesetzgeber nicht anlasten, wenn er einige Wenige benachteilige.

Vor allem, wenn er damit Geld spart.

Inzwischen sind mehrere Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Die Kläger stützen sich in erster Linie auf Artikel Sechs des Grundgesetzes und betonen, daß dieses Grundrecht nicht nur die bereits bestehenden Ehen schützt, sondern auch ein „Recht zur Eheschließung" enthält. Dieses „Recht zur Eheschließung" würde aber dadurch eingeengt, daß dem Waisen mit seiner Eheschließung erhebliche Nachteile „von Gesetzes wegen" entstehen. Betroffen sind hiervon nicht nur die bereits verheirateten, sondern auch die bisher unverheirateten Waisen; in Darmstadt immerhin 9,8% der Immatrikulierten.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht noch aus. Bisher ist jedenfalls Ehe nicht gleich Ehe, und bei Studenten ist ein besonderer Maßstab anzulegen. hw

Gebührenerlaß: 1=½ und ½+½=2

Bekanntlich erhalten hessische Studenten an hessischen Hochschulen Studiengebührenerlaß. Da allerdings ein Student laut Ausführungsbestimmungen nur ein halber Mensch ist und als solcher keinen Wohnsitz begründen kann, bekommt er, sofern er kein Bedürftigkeitsstipendium erhält und seine Eltern nicht in Hessen wohnen, auch wenn er selbst seinen ersten Wohnsitz in Hessen hat und er sich mit seinen Eltern überworfen hat, keinen Gebührenerlaß. Heiratet ein nichthessischer Student eine nicht-hessische Frau, und wählt er seinen Hauptwohnsitz in Hessen, so erhält er Gebührenerlaß — er ist ein ganzer Mensch geworden. Ist seine Frau ebenfalls an einer hessischen Hochschule immatrikuliert, so wird auch ihr Gebührenerlaß gewährt. Heiraten erweist sich hier als zweckmäßig, allerdings nur für nicht geförderte Studenten.

Honnefer Modell: 1+1≦2

Der ledige Student erhält bei einer Förderung nach dem Honnefer Modell im besten Fall 290,— DM. Die Höhe des Förderungsbetrages wird für den einzelnen aus dem Nettoeinkommen der Eltern und aus eventuell vorhandenem Vermögen errechnet. Für die Eltern wird ein pauschaler Jahresfreibetrag von 8 400,— DM (700,— DM monatlich), für nicht studierende Kinder der Unterhaltsverpflichteten ein Jahresfreibetrag von 2 640,— DM (220,— DM monatlich) angesetzt. Übersteigt das Nettoeinkommen die Freigrenze, so wird die Differenz zu 50% auf den Förderungsbetrag angerechnet.

Beide Eltern leben, Nettoeinkommen des Vaters im Monat 1500,—, kein Vermögen, ein Kind studiert, zwei unversorgte Kinder:

Freibetrag Eltern	*700,—*
2 Kinder (2×220,—)	*440,—*
Freigrenze	*1140,—*
Einkommen	*1500,—*
Differenz	*360,—*
Förderungsmeßbetrag	*290,—*
halbe Differenz	*180,—*
Förderungsbetrag	*110,—*

Heiratet der nach Honnef geförderte Student, so wird der Förderungsbetrag neu errechnet, indem das Nettoeinkommen und eventuell vorhandenes Vermögen des Ehegatten hinzugezogen werden. Für den Ehegatten wird ein Jahresfreibetrag von 5 400,— DM (450,— DM monatlich) angesetzt, der sich noch maximal um 1320,— DM jährlich erhöhen kann, wenn beide Eltern des geförderten Studenten ein Arbeitseinkommen haben. Diese Erhöhung des Jahresfreibetrags des Ehegatten mutet seltsam an, da bei größerem Arbeitsaufwand der Eltern bei gleichbleibendem Gesamteinkommen nicht deren Freibetrag, sondern der des Ehegatten aufgestuft wird.

Gleiches Beispiel wie oben, dazu Nettoeinkommen des Ehegatten 800,— DM, kein Vermögen, ein unversorgtes Kind.

Freibetrag des Ehegatten	*450,—*
1 Kind	*220,—*
Freigrenze	*670,—*
Einkommen	*800,—*
Differenz	*130,—*
Förderungsbetrag des Unverheirateten (obiges Beispiel)	*110,—*
halbe Differenz	*65,—*
Förderungsbetrag	*45,—*

Auch bei der für 1. 1. 1969 geplanten Erhöhung des Maximalförderungsbetrags von 290,— DM — Gerüchten zufolge auf 320,— DM — und der Freibeträge wird der ledige wie auch der verheiratete Student kaum nach seinem tatsächlichen Bedarf — nach neuesten Berechnungen 422,— DM monatlich — gefördert werden. Ein schwacher Trost dürfte es sein, daß auch die Freibeträge der Eltern entsprechend niedrig — zu niedrig — angesetzt sind.

Lastenausgleichsgesetz (LAG): 1+1≦2

Ausbildungshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz kann nur den unmittelbar Geschädigten oder deren Kindern gewährt werden. Als Schäden kommen nur Vertreibungs- oder Kriegssachschäden in Betracht. Nach dem LAG wird der Ausbildungsbedarf folgendermaßen berechnet:

1. die notwendigen Ausbildungskosten, dazu im besonderen: Schulgeld; Lernmaterial in ausreichendem Umfang; notwendige Arbeitsausrüstung; Fahrtkosten zum Ausbildungsort bzw. zur Ausbildungsstätte; Kosten der Heimfahrt; Taschengeld.

2. der Lebensunterhalt
   a) bei Unterbringung des Auszubildenden in der eigene Familie einen Betrag in Höhe des zweifachen des für ihn maßgebenden Regelsatzes.
   b) bei Unterbringung des Auszubildenden in einem Heim, Internat oder Pflegestelle die tatsächlichen Kosten der Unterbringung und der Verpflegung.

   c) bei freier Unterbringung des Auszubildenden außerhalb der Familie einen Betrag in Höhe des Regelsatzes eines Alleinstehenden (110,– DM) und des Regelsatzes eines gleichaltrigen Haushaltsangehörigen (86,– DM) sowie die einfache Miete.

Zur Berechnung des Förderungsbetrages nach dem LAG werden das Vermögen und Einkommen der Eltern, anderer Haushaltsangehöriger (Ehegatte, Stiefvater, Urgroßmutter) und des Auszubildenden herangezogen. Liegt zum Beispiel der Verdienst des Vaters oder des Ehegatten über der Bedürftigkeitsgrenze, so wird der übersteigende Betrag voll von der Ausbildungshilfe abgezogen.
Ausbildungshilfe wird für Personen gewährt, die nicht mehr volksschulpflichtig sind und das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. In besonderen Fällen kann Ausbildungshilfe auch über das 30. Lebensjahr hinaus gewährt werden.

Zur Deckung des Lebensbedarfs der Familie des Auszubildenden kann die Ausbildungsbeihilfe nicht gewährt werden. Dies bedeutet, daß bei Verheirateten die Bedürftigkeitsgrenze des Auszubildenden nicht angehoben werden darf.

Bundesversorgungsgesetz (BVG): 1+1=0 bis 2

Anspruch auf Erziehungsbeihilfe nach dem BVG haben alle Kriegswaisen und Kinder von Beschädigten, die nach dem BVG Rente oder Waisenhilfe erhalten und bei denen „ein Bedürfnis“ vorliegt. Erziehungsbeihilfe nach dem BVG kann nur unverheirateten Personen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres gewährt werden. Die Beihilfe wird bei Unterbrechung der Ausbildung durch Wehr- oder Ersatzdienst entsprechend über das 27. Lebensjahr hinaus gewährt. Erziehungsbeihilfen können auch gewährt werden, wenn an Stelle von Renten oder Waisenbeihilfen ein Härteausgleich nach § 89 BVG gewährt wird. Dies bedeutet für verheiratete Studenten, daß sie zuerst beim Versorgungsamt einen Antrag auf Härteausgleich stellen müssen und dann bei der Hauptfürsorgestelle einen Antrag für Erziehungsbeihilfe. Voraussetzung für die Erziehungsbeihilfe ist die Gewährung des Härteausgleichs. Für den Härteausgleich ist erforderlich, daß die Eheschließung „sittlich gerechtfertigt“ ist und daß eine Härte – im Normalfall dem „Bedürfnis“ entsprechend – vorliegt.
Der Gesetzgeber unterscheidet hier zwischen einer „sittlich gerechtfertigten“ und einer „sittlich nicht gerechtferigten“ bzw. „unsittlichen“ Eheschließung. Was man sich genau darunter vorstellen soll, bleibt der Einbildungskraft phantasiebegabterer Zeitgenossen überlassen.
Ein „Bedürfnis“ liegt vor, wenn Erziehungsbeihilfe von der Hauptfürsorgestelle unter Einbeziehung des Einkommens des Antragstellers und des Ehegatten und eventuell vorhandenem Vermögen errechnet wird.
Als Vermögen dürfen nicht angerechnet werden:

1) Vermögen, das aus öffentlichen Mitteln zum Aufbau oder zur Sicherung einer Lebensgrundlage oder zur Gründung eines Hausstandes gewährt wird.

2) Sonstiges Vermögen, soweit es zum Aufbau oder zur Sicherung eines angemessenen Lebensgrundlage oder zur Gründung eines angemessenen Hausstandes oder zur angemessenen Ergänzung des Hausrates alsbald verwendet werden wird.

3) Das Vermögen eines angemessenen Hausrates; dabei sind die bisherigen Lebensverhältnisse des Hilfesuchenden zu berücksichtigen.

4) Sonstiges Vermögen von Gegenständen, die zur Aufnahme oder Fortsetzung der Berufsausbildung oder der Erwerbstätigkeit unentbehrlich sind.

5) Vermögen von Erb- und Familienstücken, deren Veräußerung für den Hilfesuchenden oder seine Frau eine besondere Härte bedeuten würde.

6) Vermögen von Gegenständen, die zur Befriedigung geistiger, besonders wissenschaftlicher oder künstlerischer Bedürfnisse dienen und deren Besitz kein Luxus ist.

7) Vermögen eines kleineren Hausgrundstücks, besonders eines Familienheims, wenn der Hilfesuchende das Hausgrundstück allein oder zusammen mit Angehörigen, denen es nach seinem Tode weiter als Wohnung dienen soll, ganz oder teilweise bewohnt.

8) Vermögen kleinerer Barbeträge oder sonstiger Geldwerte, dabei ist eine besondere Notlage des Hilfesuchenden zu berücksichtigen. (In den Ausführungsbestimmungen wird unter einem kleineren Barbetrag mindestens 2000,— DM verstanden.)

Die Mutter oder der Vater sind gegenüber ihrem Kind ab Vollendung des 21. Lebensjahres nicht mehr „gesteigert unterhaltspflichtig", während die Ehefrau ihrem Gatten „gesteigert unterhaltspflichtig" ist. Dies bedeutet, daß der Mutter des Studenten nach der Heirat ein wesentlich höherer Freibetrag (Pauschbetrag vor der Heirat: 500,— DM und mehr) zugebilligt werden muß als der Ehefrau des Studenten. Im Normfall wird das Einkommen der Mutter nach der Heirat ihres Sohnes für die Erziehungsbeihilfe nicht mehr berücksichtigt, berücksichtigt wird hingegen das Einkommen der erwerbstätigen Ehefrau. Für den Ehepartner des Studierenden wird generell ein monatlicher Freibetrag von 500,— DM und für jedes unterhaltsberechtigte Kind des Studentenehepaares ein monatlicher Freibetrag von 100,— DM anerkannt. Verdient der Erwerbstätige mehr als den Gesamtfreibetrag, so wird der Mehrverdienst voll von der Erziehungsbeihilfe abgezogen.

1. Unverheirateter Student

Eltern leben beide, kein Vermögen, Nettoeinkommen 1100,— DM, ein Kinder unter 14 Jahren, ein Kind über 14 Jahren, Wohnungsmiete 250,— DM, ein Kind studiert auswärts.

Bücher pp.	*50,—*
Regelsatz für Alleinstehenden	*110,—*
Regelsatz für gleichaltrigen Haushaltsangehörigen	*86,—*
Miete für möbliertes Zimmer	*100,—*
Ausbildungsbedarf	*346,—*
Bedürftigkeitsprüfung:	
Regelsatz Vater	*110,—*
Regelsatz Mutter	*86,—*
Kind unter 14 Jahren	*80,—*
Kind über 14 Jahren	*96,—*
Regelsatz	*372,—*
Doppelter Regelsatz	*744,—*
Miete	*250,—*
Meßzahl für Eigenbedarf, Bedürftigkeitsgrenze	*994,—*
Einkommen	*1100,—*
Differenz: Zum Unterhalt des Studierenden heranzuziehen	*106,—*
Ausbildungsbedarf	*346,—*
Heranzuziehender Betrag	*106,—*
Ausbildungshilfe	*240,—*

2. Verheirateter Student

Gleiches Beispiel wie oben, dazu Nettoeinkommen des Ehegatten 600,— DM, kein Vermögen, ein noch nicht schulpflichtiges Kind des Studenten, Ehefrau wohnt in Frankfurt, Student wohnt und studiert in Darmstadt. Ausbildungsbeihilfe des unverheirateten Studenten 240,— DM (obiges Beispiel).

Bedürftigkeitsprüfung

Regelsatz Ehefrau (Satz des Haushaltsvorstandes)	*110,—*
1 nicht schulpflichtiges Kind	*52,—*
	162,—
Doppelter Regelsatz	*324,—*
Miete	*110,—*
Meßzahl für Eigenbedarf, Bedürftigkeitsgrenze	*434,—*
Einkommen des Ehegatten	*600,—*
Differenz: Zum Unterhalt des Studierenden heranzuziehen	*166,—*
Ausbildungsbeihilfe des unverheirateten Studenten	*240,—*
Heranzuziehender Betrag	*166,—*
Ausbildungshilfe	*74,—*

Berechnungsbeispiel für Mietzuschuß

Der Antragsteller ist an der TH Darmstadt immatrikuliert und wohnt in Darmstadt für 80,— DM, die Ehefrau wohnt mit einem Kind in Frankfurt für 300,— DM.

Anteilige Miete des Studenten für Familienwohnung (1/3 von 300)	*100,—*
Pauschbetrag für Zimmer in Darmstadt	*100,—*
Gesamter Mietzuschuß	*200,—*

Die Miete ist für den alleinwohnenden Studenten pauschaliert (100,— DM monatlich — für Darmstadt — inclusiv Heizung und Fahrtkosten am Ausbildungsort), nicht aber für die Familie des Studenten. Der alleinwohnende Student erhält diesen Pauschalmietzuschuß ohne Nachweis der tatsächlichen Kosten. Wohnt er mit Frau oder Mutter zusammen, so erhält er zusätzlich einen Zuschuß in Höhe seines Anteils der tatsächlichen Miete für die Familienwohnung.

Der in der Familie wohnende Student erhält nur seinen Mietanteil als Zuschuß, das wären im obigen Beispiel 100,— DM. Ist die Miete der Familienwohnung unangemessen hoch, wird der Student aufgefordert, sich nach einer billigeren Wohnung umzusehen.

Bei Nichtverheirateten wird die Waisengrundrente (Vollwaisen: 85,— DM, Halbwaisen: 45,— DM) nicht als Einkommen betrachtet. Der Härteausgleich, der bei Verheirateten anstelle der Waisenrente gewährt wird, wird dann als Einkommen von der Erziehungsbeihilfe abgezogen, wenn eine Anrechnung des Härteausgleichs (Vollwaisen: 110,— DM, Halbwaisen: 80,— DM) keine besondere Härte bedeutet.

Bei der Härteklausel ist sehr viel in das Ermessen der bearbeitenden Beamten gestellt, allerdings wird dieses Ermessen — laut mündlicher Versicherung — mit vernünftigen und großzügigen Maßstäben gehandhabt.

Offene Stellen für offene Fragen:

A) Studiengebührenerlaß: Sekretariat für studentische Angelegenheiten, TH Hauptgebäude

B) Förderung nach dem Honnefer Modell: Studentenwerk Darmstadt, Förderung, Mensa, Westflügel

C) Ausbildungsbeihilfe nach LAG: Ausgleichsamt Darmstadt, Havelstraße 7

D) Erziehungsbeihlife nach BVG: Hauptfürsorgestelle Darmstadt, Steubenplatz 16

Helmut Dreßler / Fritz Förster

Andere Maßstäbe als die Kirche

Gespräche mit Wohnraumverwalter Amend und Geschäftsführer Reißer vom Studentenwerk

Der Vorstand des Studentenwerks sah sich in letzter Zeit dem Druck meuternder Studenten ausgesetzt. Die Bewohner seiner Studentenheime protestierten gegen diejenigen Paragraphen der Hausordnungen, „die über das unmittelbare Interesse des Studentenwerkes Darmstadt an der Wahrung seines Eigentums hinausgehen". Besonderer Angriffspunkt: der Besuchszeitparagraph, der Besucher zwischen 23.00 Uhr und 9.00 Uhr aus den Heimen verdammt.

dds: Im Wintersemester 67/68 waren an der TH Darmstadt 5061 Studenten eingeschrieben. Davon waren über zehn Prozent verheiratet. Was tut das Studentenwerk für diese Leute?

Studentenwerk: Spezielle Bauprojekte zur Unterbringung von verheirateten Studenten werden vom Studentenwerk zur Zeit nicht bearbeitet. Das Problem ist uns aber seit längerer Zeit bekannt. Wie Sie sicher wissen, sind verheiratete Studenten — die genaue Zahl ist mir im Augenblick nicht bekannt — in Wohnheimen des Studentenwerks untergebracht, soweit die örtlichen Verhältnisse das zulassen. Wir sehen im Augenblick unsere dringlichste Aufgabe darin, für die Masse der Studenten mehr Wohnraum zu schaffen, und wollen uns noch nicht auf spezielle Gruppenprobleme innerhalb der Studentenschaft konzentrieren, weil diese leichter zu lösen sind, wenn das große Problem gelöst ist.

dds: Immerhin sind es zehn Prozent. Welcher Umfang an Nebeneinrichtungen ist für Studentenehepaare notwendig?

StuWe: Für ein Ehepaar sollte man zumindest eine völlig selbständige, abgeschlossene Wohnung fordern können, mit eigener Kochgelegenheit, Waschgelegenheit, Dusch- und Sanitäreinrichtung. Keines unserer Heime — allenfalls das in der Alexanderstraße — ist mit diesen Dingen ausgerüstet, weil sie nicht mit diesem Ziel konzipiert wurden.

dds: Das Deutsche Studentenwerk hat noch 1958 die Ansicht vertreten, daß man mit der Bereitstellung von Wohnheimen für Verheiratete einen Anreiz zur Frühehe schaffen würde.

StuWe: Das halten wir für eine Albernheit. Leider gibt es immer noch die Einstellung: erst mal was geleistet haben, erst mal gesicherte Finanzen haben... Ich glaube nicht, daß alleine das Vorhandensein einer Wohnung für einen Mann und eine Frau die Veranlassung sein könnte zu heiraten.

Das Wohnheim, in dem Junggesellen männlichen und weiblichen Geschlechts zusammenwohnen, bietet von der Gebäudekonzeption her kein Problem, weil die Bedürfnisse eines weiblichen Studenten und eines männlichen sich nicht nennenswert unterscheiden...

dds: Gerade bei den Bedürfnissen besteht ein Unterschied.

StuWe: ... anders steht es, aus den vorhin genannten Gründen, mit einer Familie. — Wenn wir unsere Projekte realisiert haben und die Einzelstudenten untergebracht haben, ergibt sich aus den vorhandenen Bauten der geradezu ideale Weg, Doppelzimmer, die uns ja ein Last sind, aber nicht aufgegeben werden können, Zug um Zug Ehepaaren zur Verfügung zu stellen.

dds: Sie sagten, Studentinnen in einem Wohnheim unterzubringen, bereite keine Schwierigkeiten. Man findet dort nur keine.

StuWe: Wir sind wiederum beim Minoritätsproblem. Ich muß gestehen, daß man bislang der Sache einfach nicht nachgegangen ist. Sie hat nicht auf den Nägeln gebrannt, und so hat man die Form des „eingeschlechtlichen" Wohnheims beibehalten. Einer studentischen Intiative im Studentenwerksvorstand ist es zu verdanken, daß wir auf die wachsende Zahl von Studentinnen aufmerksam gemacht wurden. Wir haben also beschlossen, in einem Flügel des noch nicht fertiggestellten Neubaus in der Nieder-Ramstädter Straße mit seiner Fertigstellung weibliche Studenten aufzunehmen.

dds: Man hat bislang keine Studentinnen aufgenommen, weil man sozusagen nicht daran gedacht hatte...

StuWe: ... und weil die Nachfrage fehlte!

dds: Fehlte die Nachfrage nicht vielleicht deswegen, weil die Studentinnen wußten, daß sie nicht aufgenommen würden?

StuWe: Das mag sein. Andererseits müssen wir davon ausgehen, daß Bedürfnisse der Studentenschaft an uns herangetragen werden; werden sie das nicht, erfinden wir nicht aus Funktionärsdenken heraus Probleme. Ich weiß bis heute noch nicht, ob es Studentinnen gibt, die in Studentenwohnheimen wohnen wollen!

dds: Die gibt es. Nur hat das Studentenwerk bislang alles getan, um den Gedanken, man könne dort einziehen, gar nicht erst aufkommen zu lassen.

StuWe: Seit 1962 haben wir versucht, ein Haus in der Fichtestraße, das in Landeseigentum steht, in unsere Hand zu bekommen. Dieses Haus schien der Größe und Bauweise nach speziell für die Unterbringung von Studentinnen geeignet zu sein.

dds: Zu gemischten Wohnheimen könnten Sie sich nicht entschließen?

StuWe: Wir treten damit in ein neues Gebiet ein, in dem wir noch keine Erfahrung haben.

dds: Sie nicht, aber andere Länder, andere Städte. Die Erfahrungen sind außerordentlich gute.

StuWe: Nun, was ist in anderen Städten los? Man ist darauf angewiesen, die recht subjektiven Berichte der einen oder anderen Seite entgegenzunehmen.

dds: Was die subjektiv gefärbten Berichte angeht: während eines Praktikums in Jugoslawien habe ich in einem gemischten Wohnheim gelebt — es gab keine Schwierigkeiten. Dort hatte man sogar gemeinsame Waschräume und Toiletten. Es ist am Anfang vielleicht etwas verblüffend, wenn man sich plötzlich mit einer leichtbekleideten Dame — selbst leicht bekleidet — vor einem Waschbecken wiederfindet, aber gewöhnt sich auch daran.

StuWe: Solange es nur der Reinlichkeit dient...

dds: Eben. Ich glaube auch nicht, daß es so sehr praktische Gründe sind, die für sie ausschlaggebend sind, als vielmehr ideologische, moralische.

StuWe: Wenn Sie mich nun darauf ansprechen, so möchte ich zuvörderst feststellen, daß das Studentenwerk, eine öffentlich-rechtliche Anstalt, seiner Konstruktion, Herkunft und Aufgabenstellung nach nicht prädestiniert ist, Avantgarde bei der Entwicklung neuer Ideologien oder Gesellschaftsformen zu sein.

dds: Neuer Praktiken!

StuWe: Neuer Praktiken? Wenn diese sich auf betriebswirtschaftliche Erfahrungen stützen...

dds: ... sind Sie sehr progressiv.

StuWe: ... haben wir ein gutes Alibi, nicht rückständig zu sein. Ein gemäßigter Konservatismus in diesen Grenzfragen neuer Formen des Zusammenlebens wird nicht bestritten.

dds: Sie werden also, wenn wir einmal zur Hausordnung der Wohnheime kommen, den Besucherparagraphen nicht ändern?

StuWe: Das hatten wir bereits dem Koordinierungsausschuß der Heimräte gegenüber erklärt und hoffentlich auch ausreichend begründet. Ich als Geschäftsführer sehe mich außerstande, in meiner

„Ich bestehe darauf, mit meiner Mieze schlafen zu können, wenn es mir paßt, und nicht, wenn es dem Reißer paßt!“

Zuständigkeit diesen Hausordungsparagraphen zu ändern.

dds: Warum gibt es diesen Besuchszeitparagraphen? Sie haben selbst einmal zugegeben, daß Ruhe und Ordnung im Wohnheim schon durch andere Paragraphen der Hausordnung gesichert sind.

StuWe: Seit der Zeit nach dem Kriege, da man daranging, Studentenwohnheime zu bauen, gab es eine sogenannte öffentliche Meinung darüber, was man unter einem ordentlich geführten Haus zu verstehen habe. Unter diesen Gesichtspunkten haben wir in Darmstadt versucht, eine mittlere Linie zwischen extrem moralisierenden Hausordnungen, die Einfluß auf die Verhaltensweise des Einzelnen nehmen wollen, und Wohnheimen, in denen es keine solche Ordnung gab und die auch nicht zum besten beleumundet waren, einzuschlagen. Während wir einerseits glauben, daß uns als Studentenwerk das Verhalten und die moralischen Maßstäbe des einzelnen Studenten nichts angehen und wir in dieser Hinsicht keinen Einfluß auf ihn zu nehmen haben, heben wir andererseits mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung auf gewisse Ordnungsgrundsätze ab.

dds: Darf ich dazu aus dem Hochschulführer 67/68 zitieren: „In Angelegenheiten, die die Wahrung von Sitte und Anstand betreffen, hat der Wohnheimbeauftragte gegenüber Heimbewohnern und Hausverwaltern Weisungsbefugnis.“

StuWe: Das ist eine Regelung, die sich aus ganz konkreten Vorgängen ergab. So rief einmal unter der Angabe, er sei der Wohnheimbeauftragte, ein Mann bei einem örtlichen Hausverwalter an und forderte diesen auf, in einem Zimmer nachzusehen, ob das Fräulein Sowieso dort anwesend sei. Worauf der Hausverwalter sich weigerte, jetzt in der Nacht aus dem Bett zu steigen und dort nachzuschauen. Am nächsten Tage stellte sich dann heraus, daß der Wohnheimbeauftragte nicht der Anrufer gewesen war. Nun ergab sich die Frage: wenn er es gewesen wäre, wie wären dann die disziplinären Verhältnisse innerhalb des Studentenwerks gewesen? Im Zweifelsfall muß der Wohnheimbeauftragte, als akademische Instanz, in gewissen, ihn betreffenden Bereichen über Weisungsbefugnis gegenüber nachgeordnetem Personal verfügen.

dds: Dann hat also das betriebswirtschaftlich geführte Unternehmen Studentenwerk eine moralische Aufgabe?

StuWe: Nein. Die studentische Selbstverwaltung, den Wohnheimbeauftragten et cetera können wir nicht als Teile der Hauptverwaltung ansehen.

dds: Sie gestehen also irgendwelchen Instanzen die Möglichkeit zu, moralische Urteile zu fällen? Der Wohnheimbeauftragte kann dem Einzelnen vorschreiben, was er machen darf?

StuWe: Das ist ein glattes Mißverständnis.

dds: Darf ich noch ein zweites hinzufügen, das dies unterstreichen würde? In der Hausordnung steht: Tagsüber hat sich der Mieter auf den Gängen in einer der Besuchszeit angemessenen Bekleidung aufzuhalten. Das läuft alles darauf hinaus, daß man ihn erzieht, daß man ihn nicht für alt genug hält, über sich selbst und seine Lebensweise zu entscheiden. Solche Angelegenheiten können die Studenten unter sich abmachen.

StuWe: Woher geben Sie mir die Sicherheit, daß wir uns auf irgendwelche Ordnungsvorstellungen in den Heimen verlassen können? Wenn diese sich als nicht so recht entwickelt zeigen, wie kann sich das Studentenwerk gegen den Vorwurf wehren, es würde eine schluderige Verwaltung führen?

dds: Sicherheiten wird man Ihnen nie geben können. Wenn Sie das wollen, gibt es solche Regelungen wie diese: Sie sorgen mit der Heimselbstverwaltung für eine „demokratische Atmosphäre“, schreiben Sie im Hochschulführer. Weiter unten schreiben Sie aber auch: „Das Studentenwerk anerkennt so gewählte Flur- und Heimsprecher als Repräsentanten der Heimbewohnerschaft, wenn keine gewichtigen Gründe dem entgegenstehen.“ Das ist die Haltung, die sagt: demokratische Abstimmung, ja — aber nur solange es gut geht.

StuWe: So legen Sie das aus! Was ist denn ein gewichtiger Grund? Ein gewichtiger Grund ist beispielsweise die Wahl eines Heimrates, ohne daß zu den entsprechenden Versammlungen und Diskussionen eingeladen worden ist und hernach kein Protokoll darüber verfaßt und ausgehängt worden ist.

dds: Dafür hätte man schreiben können: „... wenn er nicht gegen die Wahl- oder Geschäftsordnung verstoßen hat.“ Diese Formulierung aber kann man ohne weiteres so interpretieren: Wenn persönliche Vorbehalte von seiten des Studentenwerks gegen den Mann bestehen, so kann dieser Mann nicht anerkannt werden.

StuWe: Und wenn Sie es so interpretieren, was ist denn dann passiert?

dds: Dann ist die „demokratische Atmosphäre“ flöten.

StuWe: Sie können allenfalls sagen, die demokratische Atmosphäre wäre flöten, wenn allein aus Abneigung gegen eine Person das Studentenwerk in selbstherrlicher Autorität sagte: Den will ich nicht haben.

dds: Beim Einzug in das Wohnheim Nieder-Ramstädter Straße wurden einige Leute, anläßlich des Streites um die Unterbringung der Kranichsteiner Musiker, hier vorgeladen und mit nicht ganz üblichen Umgansformen behandelt.

StuWe: Die Umgangsformen beider Seiten waren verschärft. In diesem Falle handelte es sich um eine Aufforderung dieser Leute zu einem Verhalten, das das Studentenwerk — wenn sich die Aufforderung durchgesetzt hätte — in die mißliche Lage gebracht hätte, einen geschlossenen Vertrag mit der Stadt Darmstadt nicht halten zu können.

dds: Diese Leute vertraten einen rechtlich vertretbaren Standpunkt. Es kann also durchaus der Fall auftreten, daß das Studentenwerk in einer „mißlichen“ Lage sich „gezwungen“ sieht, einige Leute hinauszuwerfen.

StuWe: Darf das Studentenwerk Ihrer Meinung nach keinen Versuch, insbesondere keinen tauglichen Versuch machen, sich aus einer mißlichen Lage, die

es nicht selbst zu vertreten hat, zu befreien?

dds: Der Zweck heiligt selbstverständlich die Mittel. Wir wollen diese Angelegenheit aber hier nicht weiter verfolgen...

StuWe: ... zumal sie damals in epischer Breite betrieben wurde. Abschließend kann man sagen, es stellte sich Einigkeit zwischen Studenten und Studentenwerk her. Die demokratische Atmosphäre wurde nicht begraben.

dds: Zur demokratischen Atmosphäre gehört es, daß man nicht bevormundet wird. Gerade das aber tut die Hausordnung. Studenten, erwachsene Menschen, sollten selbst entscheiden können, mit welchem Besucher sie ihr Zimmer teilen.

StuWe: Ich kenne diesen Satz, den ein Student mit großem Beifall in einem Wohnheim gesagt hat: „Ich bestehe darauf, mit meiner Mieze schlafen zu können, wenn es mir paßt und nicht, wenn es dem Reißer paßt!" Das ist eine prächtige Formulierung; da sagen selbst die, die gar keine Freundin haben: Das ist auch wahr. Das Studentenwerk interessiert sich gar nicht dafür, wer mit wem schläft!

dds: Sie interessieren sich nur dafür, weil die öffentliche Meinung Moralvorstellungen hat, die sie nicht durchbrechen können. Oder wollen.

StuWe: Dürfen.

dds: Wer zwingt Sie dazu?

StuWe: Man braucht nicht immer unter dem Gesichtspunkt zu handeln, ob einem jemand an den Kragen kann oder nicht. Auf wirtschaftlichem Gebiet handeln wir so, dazu sind wir auch gebaut, aber auf anderem Gebiet ist das schwierig. Die öffentliche Meinung wird von Leuten vertreten, die auch die öffentlichen Mittel vergeben.

dds: Steht in den Richtlinien der Ministerien, die die Gelder vergeben, daß keine gemischten Wohnheime gebaut werden sollten?

StuWe: Nein. Ich glaube aber nicht, daß das aus Gründen eines fortschrittlichen gesellschaftlichen Standortbewußtseins fehlt, sondern weil das nicht das Problem der Ministerien ist.

dds: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie zu befürchten, wenn Sie gegen die öffentliche Meinung verstoßen?

StuWe: Vor dem Hintergrund der heutzutage in der Öffentlichkeit betriebenen gesellschaftspolitischen Initiativen stellte es eine Demonstration des Studentenwerks dar, eine bisher in der Substanz nicht angefochtene Regelung für 800 Studenten aufzugeben. Die Anstalt exponierte sich damit in einer Weise gesellschaftspolitisch, die ihr nicht zusteht. Die Anstalt ist kein politisches Instrument!

dds: Sie sagen, Sie hätten keine Moral zu vertreten, aber Sie vertreten sie doch, indem Sie die allgemeine Moralvorstellungen übernehmen. Sie sträuben sich nicht, weil Sie Angst vor der öffentlichen Meinung haben — auf wirtschaftlichem Gebiet haben Sie sich um die öffentliche Meinung einen Dreck gekümmert, und wohl mit gutem Erfolg. Sie könnten auf dem Gebiet von Anstand, Sitte, Moral genauso vorpreschen, wenn Sie persönlich es wollten.

StuWe: Ich darf diese Anstalt nicht als Instrument zur Durchsetzung meiner persönlichen Meinung benutzen.

dds: Sie würden ja nicht gegen den Willen der Betroffenen Ihre Meinung vorbringen, wenn Sie die Hausordnung ändern würden.

StuWe: Sie gehen einfach davon aus, daß jemand, der in wirtschaftlicher oder verwaltungsorganisatorischer Hinsicht progressiv ist, das schlechterdings in jeder anderen Hinsicht auch ist. Sie können nicht erwarten, daß jemand, der sich um ein modernes Rechnungswesen bemüht, unbedingt auch modernste Vorstellungen von dem, was öffentliche Meinung ist, haben muß.

dds: Das befürchteten wir.

StuWe: Wir werden im Wohnheimbereich nie eine Lösung treffen können, die zehn Jahre gültig ist. Wir werden immer in der Verhandlung bleiben müssen und uns anpassen. Sie müssen gestatten, daß wir das mit einem gewissen vorsichtigen, abwägenden Zögern tun.

dds: Wie ungefähr die katholische Kirche.

StuWe: Der Kirche steht es zu, in Äonen solche Entwicklungen durchzumachen — wir würden uns auf einen kürzeren Zeitmaßstab einstellen.

In kürzeren Maßstäben als Geschäftsführer Reißer dachten die Mitglieder des Studentenwerksvorstandes. Am 24. Oktober, kurz vor Redaktionsschluß, beschloß der Vorstand mit einer Enthaltung, den Besuchszeitparagraphen — vorläufig — ersatzlos zu streichen.

Achten Sie auf Reihe Hanser

Poesie und Politik, Erzählung und Essay, Fiktion und Dokumentation.
Erstveröffentlichungen oder wichtige Texte, die nicht mehr greifbar sind.
Aktuelle Texte, die über das kurzlebige Interesse hinaus für Literatur und Politik Bedeutung haben.

Band 1: **Elias Canetti, Die Stimmen von Marrakesch**
Band 2: **Régis Debray, Die Grenze/ Ein gewiefter Bursche**
Band 3: **Marx-Chronik, Daten zu Leben und Werk**
Band 4: **Dmitrij Lichatschow, Nach dem Formalismus**
Band 5: **Erich Fried, Zeitfragen** Gedichte
Band 6: **Max Stirner, Der Einzige und sein Eigentum und andere Schriften**
Band 7: **Reinhard Lettau, Feinde**
Band 8: **Tadeusz Rózewicz, Entblößung**
Band 9: **Richtlinien und Anschläge** Materialien zur Kritik der repressiven Gesellschaft
Band 10: **Stanislaw Jerzy Lec, Letzte unfrisierte Gedanken** Aphorismen
Band 11: **Günter Kunert, Die Beerdigung findet in aller Stille statt**
Band 12: **Kritik - von wem, für wen, wie?** Eine Selbstdarstellung der Kritik

Jeder Band 5.80 DM
(Band 3 und 6: 7.80 DM)

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 27, Kolbergerstraße 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Lexikon

Lebenshilfe möchte die darmstädter studentenzeitung mit diesem Lexikon den Erstsemestern an unserer TH geben. Sie greift aus der Fülle der fremdartigen Vokabeln, die dem Neuling die Ohren klingen machen, die wesentlichsten heraus und erläutert diese — immer in dem Bewußtsein, daß diese Erläuterungen es nicht an Schönheit und Klarheit mit denen der professionellen Hochschulpolitiker (Seite 16) aufnehmen können.

Drittelparität

Die Betonung liegt auf „Parität". Drittelparität bedeutet nicht, daß in sämtlichen Gremien der Hochschule die Studenten ein Drittel der Mitglieder stellen wollten. Drittelparität bedeutet: in sämtlichen Gremien, die für die gesamte Hochschule sprechen und entscheiden, sind alle Interessengruppen paritätisch vertreten. (Der Zusatz „Drittel" rührt lediglich von der bisherigen Gliederung Ordinarien/Nichthabilitierte/Studenten her.) Die Selbstverwaltung der einzelnen Gruppen bleibt den Gruppen überlassen. Die Zusammensetzung der Senatskommissionen richtet sich nach ihren Aufgaben.
Gegner der Drittelparität kritisieren den dahinterstehenden Proporzgedanken, der allen Gruppen gleiches Recht einräumt. Sie schlagen stattdessen eine sachgerechte Lösung vor, die den Ordinarien einen Anteil von genau 40% zugesteht.

Fakultät

Die Gliederung der TH Darmstadt in sieben Fakultäten ist heute mehr historisch, weniger sachlich begründet. Die Satzung läßt denn auch eine Definition der Fakultät vermissen und begnügt sich mit Tautologien: „Die weitere Fakultät besteht aus allen an ihr tätigen Hochschullehrern."
Mitglieder der engeren Fakultät sind: Lehrstuhlinhaber, Abteilungsvorsteher, Vertreter der wissenschaftlichen Räte und Professoren, der außerplanmäßigen Professoren und der Nichtordinarien, ein Assistent, zwei Fachschaftsvertreter. Leiter der Fakultät ist der auf zwei Jahre gewählte Dekan.
Die Fakultät hat das Promotions- und Habilitationsrecht, erläßt Studien- und Diplomprüfungsordnungen, bildet einen ständigen Ausschuß für Studien- und Prüfungsangelegenheiten, dem es „obliegt, sich den Problemen der Studienreform zu widmen", sowie eine Diplomhauptprüfungskommission.

Senat

Mitglieder des „kleinen" Senats sind die Direktoriumsmitglieder, die Dekane, der Kanzler, ein Assistent und je zwei Vertreter der Nichtordinarien und der Studenten. Der Senat ist das entscheidende Organ der Hochschule: er bereitet die Sitzungen des Großen Senats vor, entscheidet über Errichtung, Aufhebung, Umwandlung oder Verlegung von Lehrstühlen, über Berufungsvorschläge, wählt die Hochschullehrer in den Verwaltungsrat, erläßt die Habilitations-, Promotions- und Diplom-Prüfungsordnung, berät und begutachtet Bauprogramme und Entwicklungspläne und begutachtet alle auf Grund der Hochschulsatzung zu erlassenden Geschäftsordnungen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. „Im Interesse einer vertrauensvollen und reibungslosen Zusammenarbeit" können Nichthabilitierte und Studentenschaftsvertreter von einzelnen Tagesordnungspunkten ausgeschlossen werden.
Für besondere Aufgaben kann der Senat ständige Senatsausschüsse bilden. Deren Zusammensetzung bestimmt der Senat.

Etikette

Schon bei den Menschenaffen läßt sich eine nuancierte, den Umgang zwischen ranghöheren und -niederen Tieren regelnde Grußordnung beobachten.
So bestimmt die Hochschulsatzung: Dem Rektor gebührt die Anrede „Magnifizenz", die Konrektoren führen die Anrede „Prorektor". Den Versuch, den Dekanen die Anrede „Spektabilität" gebühren zu lassen, kommentierte dazumalen Prof. Schmieden, einem on-dit zufolge, mit dem Vorschlag, die TH nach Darmstadts Schwänke-Dichter „Niebergall-Universität" zu benennen.
Am 16. Juli dieses Jahres beschloß das Studentenparlament „in der Befürchtung, daß sonst jeder Zerstörung des inneren Ordnungsgefüges unserer Hochschule Tür und Tor geöffnet werden könnte" (principiis obsta): Dem AStA-Vorsitzenden gebührt die Anrede „Superfizenz" (Übertuer). Ob die Fachschaftsleiter die Bezeichnung „Mirabilität" (Wunderlichkeit) führen sollten, wollte man noch prüfen. Der Senat nahm es mit einem Anflug von Selbstironie „mit großer Befriedigung" zur Kenntnis.

Sachargument

Mit dem Zusatz „Sach-" gekennzeichnete Dinge gehen dem Studenten gemeiniglich ab. Er weiß in Diskussionen immer nur mit Argumenten zu kommen, und Argumente allein, muß er sich von Professorenseite belehren lassen, können einen Professor nicht überzeugen. Sachargumente müssen es sein.
Ein gewöhnliches Argument wird unter Umständen zum Sachargument, wenn man es mit einer Drohung — etwa, die Türklinken des Rektorats mit Senf einzuschmieren — verbinden kann.
Sachverstand läßt sich nicht synthetisch herstellen, weder durch Druck- noch durch Temperaturänderungen. Er entsteht im Augenblick der geglückten Habilitation und bewirkt, daß ein Professor der Chemie etwa über Hochschulfinanzen entscheiden kann, ein Student der Betriebswirtschaft aber nicht. Letzterer ist auch noch viel zu jung.

Öffentlichkeit

„Die Zugänglichkeit von Veranstaltungen oder Wahrnehmbarkeit von Vorgängen für einen unbegrenzten Kreis von Personen, auch dieser Kreis selbst. Der Anteil weiterer Kreise an den für das öffentliche Leben entscheidenden Vorgängen, mitwirkend oder beobachtend, ist

ABC

das Kennzeichen einer freiheitlichen Staatsverfassung" (Großer Brockhaus, 1955).
Die Bemerkung einiger Professoren: wenn sich die studentische Forderung nach Öffentlichkeit aller Akte der Hochschule durchsetzen würde, würden die Professoren eben alle wichtigen Entscheidungen in privaten Zirkeln fällen — sollte man nicht als Argument betrachten. Es ist verständlich, daß sich jeder an Vorschriften und Satzungen nur solange hält, wie es ihm von Vorteil erscheint.

Wahlen

Die Wahl eines Dekans oder Rektors verlief bislang folgendermaßen: alle Stimmberechtigten erhielten einen Stimmzettel, füllten ihn, ohne daß zuvor ein Kandidat nominiert worden wäre, aus — und siehe, die Auszählung ergab, daß zufällig zwei Drittel der Wähler für einunddenselben Kollegen gestimmt hatten. Genauere Beobachtungen ergaben, daß es sich hierbei nicht um ein parapsychologisches Phänomen handelte, sondern um Mauschelei. Bei der diesjährigen Rektorwahl setzten deshalb Studenten und Assistenten gegen den Willen der sich hinter der Geschäftsordnung verschanzenden Professoren durch, daß vor der Wahl eine Kandidatenliste erstellt wurde und eine Befragung stattfand. Das Argument der Professoren: dies sei doch alles nicht nötig, da man sich untereinander kenne, unterstrich ein Kollege sinnfällig, indem er vor der Wahl Prof. Grzimek aus dem Sitzungssaal zu expedieren versuchte. Er hatte ihn für einen studentischen Eindringling gehalten.

Großer Senat

Wenn alle Lehrstuhlinhaber, Abteilungsvorsteher, die Nichtordinarienvertreter, die den Fakultäten und dem Senat angehören, und der Kanzler zusammenkommen, um Direktoriumsmitglieder zu wählen, die Satzung zu ändern oder über grundlegende Fragen der Hochschule oder des Hochschulwesens zu beraten, so nennt man dieses einen Großen Senat. Der Große Senat vertritt die gesamte Hochschule; deswegen gehören ihm noch acht Assistenten und 16 Studenten an. Er tritt mindestens einmal im Semester zusammen. Weil zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung mindestens 25 Antragsteller nötig sind und Studenten und Assistenten somit nie gegen den Willen der Professoren eine Sitzung einberufen könnten, hat Konrektor Schultz ein großes Ehrenwort gegeben, die fehlende 25. Stimme qua Person zu liefern. Zu einer Erhöhung der studentisch-assistentischen Beteiligung um ein Mitglied konnte er sich hingegen nicht entschließen, da sonst das Gremium zu groß und arbeitsunfähig geworden wäre.
Seitdem im letzten Sommer studentische Gruppen drohten, die Türen des Sitzungssaals auszuhängen, tagt der Große Senat öffentlich. (Siehe auch unter „Sachargument".)

Qua

Unwort aus dem Lateinischen. Von Funktionären des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) aufgebracht, verhuntzdeutscht es mittlerweile den gesamten Dialog an der Hochschule. Bedeutung: „kraft...", „weil er/sie/es... hat/ist/besitzt".
Übliche Redewendung: „qua Amt". Unübliche Redewendung: „qua Ungeeignetheit" (Azzola). Wir üben: Der Rektor redet qua Amt überall hinein. Ich bin qua Straßenbahn zuspätgekommen. Schwierige Fragen soll man nicht qua Knie brechen.

Hochschulgesetz

Das „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen" vom Mai 66 steckt den Rahmen ab, innerhalb dessen sich die Hochschulen als autonom betrachten können. Darin werden Aufgaben und rechtliche Stellung der Hochschulen, Pflichten und Befugnisse der Verwaltungsorgane und Fakultäten, Rechtsstellung von Lehrkörper, Assistentenschaft und Studenten und die studentische Selbst- und Mitverwaltung festgelegt. Über den Umfang der Mitbestimmung wird darin nichts gesagt — es könnte besipielsweise auch ein Student Rektor werden.
Alle Satzungen der Hochschulen haben sich an den Bestimmungen des HHG zu orientieren.

Godesberg-Ausschuß

Kommissionen, bestehend aus fünf Professoren, fünf Assistenten, fünf Studenten, zwei Nichtordinarien und einem Personalratsmitglied — mit dem Auftrag, Modalitäten für die folgenden, vom AStA formulierten Forderungen zu finden: Öffentlichkeit aller Akte der Hochschule, Minderheitenschutz in beschlußfassenden Gremien, paritätische Besetzung des Großen Senats im Sinne der qualitativen Repräsentanz, Beseitigung der Disziplinarordnung. Der Godesberg-Ausschuß sollte spätestens bis zum Beginn des WS 68/69 beschlußreife Empfehlungen vorlegen.

Direktorium

Das Direktorium besteht aus dem Rektor und zwei Konrektoren, die alle drei vom Großen Senat aus dem Kreis der im Amt befindlichen ordentlichen Professoren mit absoluter Mehrheit gewählt werden. Der Rektor repräsentiert die Hochschule; er führt den Vorsitz in den meisten Hochschulorganen. Nach einjähriger Amtszeit wird der Rektor zum Konrektor, wenn er nicht für ein weiteres Jahr wiedergewählt wird. Die Konrektoren werden auf drei Jahre gewählt.

Hätten Sie es gewußt?

Konrektor Schultz sagt einiges zur Lage

Am 7. Oktober sendete der Hessische Rundfunk im 2. Programm ein Gespräch über den Referenten-Entwurf zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes, an dem neben Kultusminister Schütte Rektor Rüegg und Prof. v. Friedeburg aus Frankfurt sowie Konrektor Schultz aus Darmstadt teilnahmen; die Gesprächsleitung hatte Prof. Kadelbach vom Hessischen Rundfunk.
Über die im Entwurf vorgesehene Drittelparität im Konzil — dem entspricht heute der Große Senat — gab es zunächst eine heftige Kontroverse zwischen Friedeburg und Rüegg, der die Drittelparität wegen ihrer SDS-Abstammung strikt ablehnte, ehe sich Prof. Schultz einschaltete. Im folgenden werden die Äußerungen von Schultz wörtlich wiedergegeben.

Schultz: Mir scheint ein Gesichtspunkt bei der ganzen Frage in der Diskussion der letzten Monate, ja vielleicht schon der letzten Semester, zu sehr in den Hintergrund gerückt zu sein. Einmal, Herr von Friedeburg, wenn man schon irgendwelche Gruppen bildet und die verhältnismäßig beteiligt, dann ist natürlich sehr zu fragen, ob man mit der Dreiergruppierung das Richtige getroffen hat. Man könnte also ebensogut, wenn Sie an die sehr differenzierten Verhältnisse bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern und auch bei den Hochschullehrern denken, zu einer Fünfer- oder gar Sechsergruppierung kommen.

Schütte: Na, zwölf! Zwölf, vierzehn, sechzehn — wie Sie wollen.

Schultz: Nein, meine Herren. Meine Herren, ich könnte ohne Schwierigkeiten die fünf sehr schnell aufzählen —

Rüegg: Ja, weil sie im Gesetz stehen.

Schultz: — sogar in Anlehnung an den Entwurf selbst, ganz richtig. Das ist das eine. Das andere aber: Ich sehe noch nicht recht, weshalb der Proporz, ob nun im Drittel, Viertel oder Sechstel, weshalb der nun wirklich als fundiertes Kriterium der Zusammensetzung von Hochschulorganen gelten kann. Wir, Herr von Friedeburg, motivieren das damit, daß es um hochschulpolitische Willensbildung geht.
Nun, auch hochschulpolitische Willensbildung — politisch in dem Sinn, daß es in Entwicklung auf Zukunft hingerichtet ist — fundiert sich in der Hochschule, meine ich, nicht aus den gleichen Erwägungen wie im allgemeinpolitischen Raum — denn niemand hat, weder die Professoren noch die Studenten, vom Volk gewählt, dort politische Willensbildung zu vollbringen —

Schütte: Die Professoren auch nicht.

Schultz: — Herr Minister, ich habe gesagt, weder die Studenten noch die Professoren. Auch nicht die wissenschaftlichen Mitarbeiter, um jeden Vorwurf auszuschalten. Sondern fundiert ist dieses Element politischen Wollens letztlich doch nur wieder aus dem Gegenstand der Verfassung dieser Leute, aller drei. Und es läßt sich, glaube ich, doch nicht verkennen, daß der Proporz — wie immer Sie ihn motivieren und wie immer Sie ihn bemessen — letztlich der Ausdruck der Zuteilung von bestimmten Machtquoten ist.
Und ich habe die Sorge, daß ein Schritt des Gesetzgebers, der die Zuteilung und den Gebrauch von Macht in der Hochschule in dieser Weise zum legitimen Element der hochschulpolitischen Willensbildung erhebt, daß er eine Gefahr heraufbeschwört, die wir wohl alle nicht wollen: nämlich die der extremen Politisierung der Hochschule — dasselbe Verfahren, das im allgemeinpolitischen Raum völlig legitim ist. Keine Partei wird je darauf verzichten, mehr Macht zu erwerben, wenn sie mal ein bestimmtes Quantum hat, das ist ganz sicher. Ich glaube, das braucht man nicht weiter auszuführen.

Schütte: Das trifft für die bisherigen Organe der Universität auch zu!

Schultz: Herr Minister, ich glaube nicht, daß die bisherigen Organe der Universität irgendwo die Ausübung von Macht als legitimes Element —

Schütte: Na ja, aber doch Kompetenzen, Kompetenzen!

Schultz: — der Willensbildung verstanden haben. Nein, auch nicht die Kompetenzen, sondern es ist das Zusammenordnen, das Koordinieren sachlich motivierter, in der Sache fundierter Einheiten. Und eigentlich ist gegenüber früher — ich laufe in Gefahr, mich als Reaktionär zu decouvrieren, obwohl ich glaube, keiner zu sein — gegenüber früher lediglich eines deutlich geworden, und das habe ich seit eh und je vertreten und vertrete es heute noch ganz entschieden, daß es nicht ausreicht, allein die fachbezogenen Einheiten zusammenzutun, sondern daß da hinzukommen muß, aber nicht ersetzen das andere, sondern als additives Element, die Repräsentanz der Personengruppen in der Hochschule; daß sich ein Gremium der Hochschule zusammensetzen müßte aus den Repräsentanten der Facheinheiten, die es ja gibt, egal ob sie Haushaltsstellen sind oder nicht, plus Repräsentanten der Personengruppen; und dort zur Vertretung jener Perspektive, die nicht spezifisch fachlich, sondern in der Berufstätigkeit dieser Personen an der Hochschule legitimiert ist.
Ich weiß sehr wohl, daß das etwas komplizierte Zusammenhänge sind, aber ich fürchte, ich mußte es genau an dieser Stelle einmal sagen.

Maschinenbauer proben die Öffentlichkeit

Ein reiches Echo haben in den Zeitungen, besonders in den Monaten März und April, leider nur die Anträge zu politischen Fragen, die auf der 20. o.MV. des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) gestellt wurden, gefunden, obwohl gerade die Beschlüsse zu Hochschul-, Studien- und Bildungsfragen bei weitem den größeren Umfang hatten und eine mindest ebenso große Relevanz besitzen. Die Forderung des VDS nach Öffentlichkeit der Prüfungen soll hier aufgegriffen werden, weil Professor Wiegand, Inhaber des Lehrstuhls für Werkstoffkunde, diese Anregung gewissermaßen als Versuch verwirklicht hat.
„Das System der heutigen Prüfungen an den Hochschulen verstärkt das Autoritätsverhältnis zwischen Prüfenden und Studenten" — so steht in der Beschlußsammlung des VDS vom März 1968 geschrieben, — „indem es den Prüfern — in der Regel Professoren — die Möglichkeit gibt, in Examensprüfungen relativ unabhängig und ohne öffentliche Kontrolle über Prüfungsbewertung und damit Berufswege und -möglichkeiten der Studenten zu entscheiden. Diese Art von Prüfungen läßt einen breiten Spielraum für irrationale Entscheidungen der Prüfer."
Vier Vorschläge zur institutionellen Veränderung der Prüfungsbedingungen hält der

Verband für geeignet, sachgerechte Entscheidungen zu gewährleisten:

1. die prinzipielle hochschul-interne Öffentlichkeit aller Prüfungen,
2. freie Wahl der Prüfer aus dem Kreis der Lehrenden,
3. die schriftliche Begründung der Bewertung und ihre Veröffentlichung gemeinsam mit der Arbeit zur allgemeinen Kontrolle,
4. Einspruchsmöglichkeit des Kandidaten und der Beisitzer gegen Durchführung und Bewertung der Prüfung.

Dieser Ruf des VDS nach Öffentlichkeit der Prüfungen war längst verhallt, noch hatte sich nicht der fortschrittlich denkende Flügel der Westdeutschen Rektorenkonferenz durchgesetzt, als Professor Wiegand im Verlauf des MB-Stammtisches vom 4. Juli erklärte, daß er die Absicht habe, versuchsweise seine Prüfung in Anwesenheit von Zuhörern abzuhalten.

In einer daraufhin in den Sommersemesterferien stattfindenden Besprechung wurde folgende Form der Öffentlichkeit festgelegt: 1. Vier von der Fachschaft MB ausgewählte Fachschaftsvertreter wohnen den Prüfungen bei. 2. Nur Studenten, die das Vordiplom abgelegt haben und sich bei Prof. Wiegand prüfen lassen wollen oder bereits geprüft wurden, können die Prüfung beobachten. 3. Die Fachschaft legt eine Warteliste aus für den Fall, daß die Interessentenzahl die Raumkapazität übersteigt. 4. Der Prüfling kann gegen einzelne, der unter 2. genannten Studenten Einspruch erheben.

Diese Form der Öffentlichkeit deckte sich im wesentlichen mit den Vorstellungen des VDS, denn die Forderung nach hochschulinterner Öffentlichkeit ist erfüllt. Die freie Wahl des Prüfers ermöglicht das Pflichtprogramm des Studiums nur bedingt, weil nur wenige Lehrstühle an unserer Hochschule doppelt besetzt sind.

Die schriftliche Begründung der Bewertung liefern die Kandidaten selbst in einem an den mündlichen Teil der Prüfung sich anschließenden ½-stündigen schriftlichen Exkurs. Sicherlich sind viele Studenten dankbar, daß diese Ergebnisse nicht, wie vom VDS gefordert, veröffentlicht werden.

Nach ihrer Meinung über die Anwesenheit von Zuhörern in der Prüfung befragt, wurden aus dem Kreis der Kandidaten nur wenige Gegenstimmen laut. Die Befürworter des Experimentes dachten in ganz ähnlicher Richtung wie der Initiator, der den Sinn in einem möglichen Ansteigen der allgemeinen Prüfungsleistungen sieht, weil die hauptsächlichen Ursachen für Nervosität, nämlich die Ungewißheit über Vorbereitungsmethode und Prüfungsmodus entfallen. Außerdem wird vermutlich der Wirkungsgrad der Vorlesung angehoben, weil derjenige, der einmal einer Prüfung beigewohnt hat, sozusagen mit anderen Augen in das neue Semester geht.

In einer an das nach Meinung der Fachschaft gelungene Experiment anschließenden Besprechung schlug Prof. Wiegand weitere Änderungen vor, die den mündlichen, öffentlichen Teil der Prüfung vom schriftlichen trennen sollen. Jeder Prüfling soll einen 10-minütigen Seminarvortrag in freier Rede mit anschließender Diskussion über ein selbstgewähltes Thema vor Hochschulangehörigen halten, was 50% der Prüfung darstellt. Der schriftliche Teil wird nach Semesterende in einer Klausur geprüft.

Erst durch die Einführung des Seminars wird die Öffentlichkeit sinnvoll, weil in der Diskussion jeder die Möglichkeit hat, durch Fragen auf das Geschehen einzuwirken. Außerdem wird dem Studenten — bisher im MB einmalig — die Gelegenheit geboten, vor Publikum über ein Problem zu sprechen, dessen Sachverhalt er sich durch Literaturstudium erarbeitet hat.

G. Acker

Ein alter Hut für die Fakultät Kultur- und Staatswissenschaft

Öffentliche Prüfungen

Professor Wiegand (MB) hat ein „Experiment" gewagt: Er ließ versuchsweise einen eng begrenzten Kreis von Zuhörern zu seinen mündlichen Hauptexamensprüfungen zu. Er hätte sich den Versuch sparen und sofort und ohne Einschränkung die Öffentlichkeit zu seinen Prüfungen einlassen können, wenn er sich vorher etwas informiert hätte. Sozusagen seit Menschengedenken gilt in den meisten Prüfungen der Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften der Öffentlichkeitsgrundsatz. Dort darf jeder zuhören, ausgenommen diejenigen, die sich in demselben Abschnitt für die betreffende Prüfung angemeldet haben.

Das hat seinen guten Grund. Ein anständiger Prüfer erklärt seinen Kandidaten, was sie falsch geantwortet haben und hilft ihnen auf den richtigen Weg, wenn sie schief liegen. Prüflinge und Zuhörer lernen daraus. Da es kaum möglich ist, in jeder Prüfung vollkommen verschiedene Themen zu behandeln, hätten die nachfolgenden Kandidaten erhebliche Vorteile gegenüber den vorhergehenden, wenn sie als Zuhörer bei deren Prüfung hätten sein können.

Daß sich der Prüfer von einem oder zwei Assistenten während des Prüfungsgesprächs bei der Stellung von Fragen und der Interpretation der Antworten unterstützen läßt, ist an dieser Fakultät übrigens ebenso selbstverständlich wie ein Prüfungsprotokoll und eben die Öffentlichkeit.

Das „Experiment" von Professor Wiegand zeigt deutlich, wie es mit den Kenntnissen unserer Professoren über die Arbeitsweise ihrer Kollegen steht. Wenigstens von einem Maschinenbauer dürfte man erwarten, daß er über Prüfungsgepflogenheiten der Kultur- und Staatswissenschaftler Bescheid weiß, da ja beide Fakultäten durch die Ausbildung der Wirtschaftsingenieure besonders eng miteinander verbunden sind. Wie hieß es bei der Wahl des Rektors? „Wir kennen uns alle, wir brauchen keine Kandidatenvorstellung."

Wenn wir schon bei Prüfungen sind, wollen wir auf das unmenschliche Verfahren hinweisen, das Professor Oppelt (ET) sich ausgedacht hat. Vier Kandidaten werden in einen Raum gesperrt, dann wird einer nach dem anderen in das Prüfungszimmer geführt und geprüft. Jedem werden dieselben Fragen gestellt. Die Kandidaten werden eingeschlossen, damit die bereits Geprüften nicht erzählen können, was gefragt wurde. Der letzte Prüfling kann also warten, bis über eine Stunde lang. Er hat ja Zeit. Jedenfalls braucht sich Professor Oppelt nicht soviele Fragen auszudenken. Wenn Einzelprüfungen — ohne Zeugen natürlich — den Kandidaten schon erheblich belasten, einen Kandidaten ohne Not warten zu lassen, ist sadistisch.

kf

Hans Weidner

Viel Aufgaben, weniger Macht, kaum Mut

Presse in Deutschland

Die Massenmedien sind Instrumente, die nicht politisch neutral bedient werden *können,* und wenn sie mit unpolitischen Absichten bedient würden, dann bestünde eben darin ihre politische Wirkung. Wir haben hier eines der typischen Beispiele vor uns, daß Quantität in Qualität umschlägt, ein Vorgang, der von der Mikrowelt der Atomphysik bis zur Makrowirkung der Atomwaffen ein bestimmendes Kennzeichen unserer Epoche ist. Die Publizistik arbeitet mit einem Vervielfältigsfaktor, der die Wirkung *unter allen Umständen* politisiert, und *deshalb* übt sie eine politische Funktion aus.

Erich Kuby

Oft steht zwischen Schloß und Marktplatz eine so dichte Nebelwand, eine so hohe Mauer, daß das Volk, dessen Auge nicht hindurchdringen kann, von dem, was der Herrscher tut, oder von den Beweggründen seiner Taten und Entschlüsse genausoviel weiß, wie von den Ereignissen in Indien, kein Wunder, wenn die Welt voll falscher Meinungen ist.

Francesco Guiccardini

Die zweite Verfassungspflicht der Presse ist die Kontrolle und Kritik. Die Presse muß schreiben können, was sie will, damit gewisse Leute nicht tun können, was sie wollen (Terrenoire). Wenn Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen nicht ständig bohren würden, um Mißstände und Rechtsbrüche aufzustöbern und an das Tageslicht zu befördern, dann wären die Bürger entmachtet.

Viele parlamentarische Anfragen, Untersuchungsausschüsse, Straf- und Disziplinarverfahren kommen überhaupt nur zustande, weil Journalisten ohne Weisung, ohne eingehende Dienstvorschriften und ohne Wahlrücksichten die „Vorermittlungen" leisten und deren Ergebnisse öffentlich behandeln, so daß selbst für allzu zögernde oder rücksichtsvolle Vorgesetzte, Parlamentarier oder Staatsanwälte die Sache nicht mehr mit dem Mantel wechselseitiger „Nächstenliebe" zugedeckt werden kann.

Karl-Hermann Flach

Nicht politische Meinungsbildung oder öffentliche Kritik seien die Hauptaufgabe der Presse, sondern Hilfe für den Menschen bei der Bewältigung des Lebens, hat der Sprecher der Bundesregierung, Conrad Ahlers, kürzlich behauptet. Kaum ein Journalist hat dem widersprochen. Somit blieb den Beziehungen zwischen Obrigkeit und Presse ein neuer Tiefstand erspart, der deutschen Presse nicht. Sie scheint es zufrieden zu sein.

Noch 1963 hatte man es von gleicher Stelle anders gehört: „Der Staat ... überträgt der Presse die Aufgabe der Kritik eben an diesem Staat, gibt ihr Macht und Möglichkeiten, Nachrichten zu beschaffen, zu vermitteln und sie gleichzeitig mit der Vermittlung zu kritisieren" (Karl-Günther v. Hase, damals Chef des Bundespresseamtes). Das war etwa ein Jahr nach dem für die deutsche Presse so denkwürdigen Tag, an dem Bundeskanzler Adenauer und Bundesverteidigungsminister Strauß fürchteten, den stellvertretenden Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel", Conrad Ahlers, nicht mehr „aus Tanger heraus" holen zu können.

Nun ist offensichtlich, daß die Aufgabe einer freien Presse nicht hauptsächlich aus „Hilfe bei der Bewältigung des Lebens" besteht und die deutsche Presse auch nicht dieser Ansicht ist, sonst ständen Rubriken wie „Fragen Sie Frau Irene" und „Lebensberater Dr. Brand antwortet" höher im Ansehen und auf den ersten Seiten. Aufgaben sind vielmehr immer noch Information und Kritik und die daraus resultierende Meinungsbildung. In einem Staatswesen, in dem die Bürger nicht direkt an der Regierungsgewalt teilhaben, sondern diese Gewalt an bestimmte Personen delegieren, indem sie wählen, muß die Tätigkeit dieser Personen in höchstem Maße öffentlich kontrollierbar sein, um eine rationale Entscheidung der Bürger zu gewährleisten, die in gewissen Zeitabständen die Machtausübenden ablösen oder bestätigen können. Dieses Öffentlichmachen ist eine der Aufgaben der Presse. Zugleich übt die Presse selbst aber auch schon eine Kontrolle aus, indem sie die Nachrichten, die sie abdruckt, vergleicht, kommentiert und Widersprüche aufzeigt. So kann sie versuchen, die machtausübenden Politiker zu rationalem Handeln zu zwingen.

Dadurch, daß in der Presse die Interessenskonflikte der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verbände ausgetragen werden, trägt sie zur Transparenz des politischen Geschehens bei. Das gilt ebenso für andere Bereiche, die Wirtschaft beispielsweise oder die Kultur. Mißstände und Fehlleistungen, an sich nur wenigen bekannt, können mit Hilfe der Technik überall publik gemacht werden, eine Kontrollmöglichkeit, deren Existenz allein in den meisten Fällen schon ausreicht, das Schlimmste zu verhindern. Klagte Aristoteles noch: „Am ehesten glauben diejenigen ungestraft freveln zu können, die zu reden wissen und Tatmenschen sind und schon manchen Strauß bestanden haben, viele Anhänger und viel Geld haben", so weiß der Jurist und Experte für Presserecht Martin Löffler schon ein Gegenmittel – die Presse: „Ohne einen scharfäugigen Wächter, der Mißstände des öffentlichen Lebens aufspürt, liefe die Demokratie Gefahr, der Korruption oder der Verführung durch Scharlatane zu erliegen."

Der Konjunktiv ist nicht ganz berechtigt, ein Rundblick in der Flora des deutschen Pressewaldes läßt Zweifel aufkommen, ob der Wächter nicht eine neue Brille braucht oder gar mit den Dieben fraternisiert.

Die im Grundgesetz und in den Pressegesetzen der Länder garantierte Pressefreiheit ist vielerei Anfechtungen ausgesetzt. Bevor auf diese eingegangen wird, sei noch eines vorausgeschickt: Verleger und Journalisten sind zur Wahrnehmung der Pressefreiheit verpflichtet, da zwar jeder Bürger mit diesem Grundrecht ausgestattet ist, aber nicht selbst Gebrauch davon machen kann. „Es ist kein bloßes Individualrecht wie etwa das Recht auf Freizügigkeit oder Berufswahl, dessen Wahrnehmung dem Belieben des Einzelnen anheimgestellt bleibt. Das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit ist in Wirklichkeit ein dem Staatsganzen dienendes Fundamentalrecht, dessen Existenz und Ausübung für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierend ist" meint Löffler.

Die Presse sollte also ihrem Verfassungsauftrag gemäß den Herrschenden und Machtausübenden aller Klassen kritisch gegenüberstehen, über ihre Tätigkeit berichten und die Hintergründe ih-

serie

res Handelns beleuchten. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein Interessenwiderspruch, denn nicht jeder sieht gern das, was er tut, in der Öffentlichkeit ausgebreitet und kritisiert.

Aber nicht nur aus dieser Frontstellung zwischen „Tätern", wie Kuby die Machtausübenden nennt, und „Merkern", den Journalisten, resultieren herrschaftliche Eingriffsversuche in die Berichterstattung der Presse, sondern auch aus einer Fehleinschätzung von Aufgaben und Wirkung der Presse ganz allgemein. Noch immer scheint in vielen Köpfen herumzuspuken, was ein Dr. Ludwig Heyde, zu jener Zeit Professor an der Universität Kiel, im Jahre 1943 als Aufgaben der Presse beschrieb:

- **Vertiefung des Glaubens an Deutschland und seinen Führer**
- **Verknüpfung des Volksgenossen zum gemeinsamen Erleben der Zeitereignisse**
- **Erziehung zu den Erfordernissen des Gemeinschafts-Ethos**
- **Verstandliche Aufklärung über den Sinn von (bevorstehenden oder getroffenen) Maßnahmen und Anordnungen der Staatsführung.**

Vor diesem Hintergrund muß man den eingangs erwähnten Ausspruch Ahlers' sehen, dessen Vorgesetzter sich immerhin offiziell „Bundespressechef" nennt, es aber glücklicherweise nicht ist. Auch Konrad Adenauer, der das Bewußtsein Nachkriegsdeutschlands mehr geprägt hat als Heuss, Erhard, Kiesinger und Lübke zusammen, nahm der Presse übel, daß sie ihrer Pflicht nachkam: „... und das finde ich einfach gemein. Und zweitens, meine Damen und Herren, verdient er an der allgemeinen Hetze auch gegen die Koalitionsparteien..." (während der Spiegelaffäre; gemeint war Rudolf Augstein). Da allgemeine Hetze, die nicht gegen die Koalitionsparteien, sondern gegen deren Opposition oder gar „feindliches Ausland" gerichtet war, durchaus geduldet oder gar selbst veranstaltet wurde, kann das Verwerfliche dieses Tuns nicht in der „Hetze" an sich gelegen haben, sondern nur darin, daß sie sich gegen die Regierung wandte.

Das Verhältnis der Herrschenden zur Kritik ist in Deutschland gestört, allein die Einteilung in „positive" und „negative" Kritik spricht Bände. Ist Kritik, kritische Betrachtung, ganz gleich, ob sie Abhilfe weiß oder nicht, nicht immer positiv? Schließlich deckt sie Widersprüche und Fehler auf, die der Kritisierte, will man ihm Redlichkeit unterstellen, nur übersehen haben kann. Der Journalist muß kritisieren, er muß die Nachricht auf Inhalt und Auswirkungen untersuchen, sie sichtbar in den Zusammenhang stellen, aus dem sie hervorging und die Hintergründe beleuchten; wie sollte sonst eine Meinungsbildung möglich sein? „Was ihm (dem Publizisten) aber nicht erlaubt ist und was ihn unglaubwürdig macht, ist ein stummes Hinweggehen über diese und andere Widersprüche. Er handelt nicht, sondern stellt fest und bedenkt das Festgestellte. Wenn ihm das nicht genug ist, muß er in das Lager der Täter übergehen, die sich auf den Zwang des Faktischen herausreden können, wenn ihre eigenen Rechnungen nicht aufgehen," schreibt Kuby.

Kritik wird also nicht gern gesehen, die Aufgaben der Presse gerade auf diesem Gebiet verkannt und der Kritiker verketzert. Dem Journalisten wird dadurch ein Teil seiner Aufgabe genommen, man nimmt ihn nicht mehr ernst, prüft nicht seine Argumente, steckt den Kopf in den Sand und die Zeitung in den Papierkorb, sobald man eine auch nur etwas unbequeme Kritik entdeckt. Auch die darmstädter studentenzeitung ist davon nicht verschont geblieben, Abbestellungen, offensichtlich aus diesen oder ähnlichen Gründen, sind an der Semesterordnung. Einmal wurde dabei geäußert, die dds sei „nicht das, was ich mir unter einer Studentenzeitung vorstelle". Nun, eine Studentenzeitung ist eine Zeitung, die von Studenten vorwiegend für Studenten gemacht wird und über Themen berichtet und schreibt, die Studenten interessieren.

Nachdem im vorletzten Heft beschrieben worden war, wie Herr Röhm seinen Arbeitern den Notstand auszutreiben gedachte, erkundigte sich eine Beauftragte der Firma telefonisch in der Redaktion, ob die Verfasser „überhaupt Studenten" seien und was sie denn studierten. Herr Röhm schmollte und wollte das von der Industrie und Handelskammer zusammen mit Fakultät und Fachschaft K. u. St. veranstaltete „IHK-Gespräch" platzen lassen. Man ist wohl auch kritische Berichterstattung nicht mehr gewohnt, seit die Lokalpresse sich darauf beschränkt, Pressemitteilungen nachzudrucken.

Solcherart übertrieben empfindliche Reaktionen haben allerdings ihre Wurzeln auch in einer Überschätzung der Macht der Presse; diese ist jedoch beschränkt. Es sei an die Wahl Hitlers, de Gaulles, die Wiederwahlen Adenauers und Roosevelts erinnert; alle erfolgten gegen die Meinung der Mehrheit der Presse. Auch F. J. Strauß ist schließlich wieder Minister geworden.

Gewiß, einige Blätter sind manchmal nicht wählerisch in Stil und Ton, das resultiert in den meisten Fällen aber daraus, daß auf sachliche Argumente nicht mehr eingegangen wird. Paradebeispiel hierfür ist die leidige „Teegeschichte" des letzten Semesters, mit der erst in der Fakultät M/Ph eine Diskussion über Studienreformfragen in Gang gebracht werden konnte, nachdem vorher eine sachliche Kritik (sogar „positiv", nämlich mit Lösungsvorschlägen) kein Echo gefunden hatte. **wird fortgesetzt**

Röhm

feuilleton

Ausflug ins Engagement

Schauspielstudio und politisches Theater

Das Schauspielstudio an der TH Darmstadt kann auf ein ereignisreiches Sommersemester zurückblicken. Die Reisen zu Festspielen nach Zürich, Heidelberg, Erlangen und Istanbul konfrontierten die Schauspieler mit einer Wirklichkeit, der sie sich in Darmstadt nur am Rande bewußt geworden waren: Selten wurde ihre Arbeit stärker in Frage gestellt als durch die verstärkte politische Aktivität der Studenten.

Die Studentenschaft fand in den Studententheatern bereitwillige Fürsprecher für eine neue Gesellschaftsordnung. Diese wußten aber oft nicht, wie die Forderung nach stärkerem politischen Engagement und reiner Agitation zu erfüllen war — zumal Mao- und Marcuse-Jünger wenig Verständnis für die Kunst des Schauspiels zeigten (der Zweck heiligt die Mittel).

Das Schauspielstudio fand sich plötzlich in einem Zustand permanenter Diskussion, um nicht den Anschluß zu verpassen. Versuchte es sich beim Gastspiel in Zürich noch mit dem surrealistischen Stück „Die Euter des Teiresias" von Guillaume Apollinaire, so wollte es mit „Victor oder Die Kinder an der Macht" von Roger Vitrac den Sprung zum politisch engagierten Theater wagen. Der Versuch mißglückte. Komödiantische Effekte der Inszenierung „entgifteten" die politischen Bisse; Freude am Spiel und politische Agitation stießen aufeinander, so daß eine Entscheidung für oder gegen das politische Theater nicht fallen konnte. Gefiel der „Victor" noch bei der Heidelberger Woche des politischen Theaters, so war dieses Stück bei den Erlanger Studententheatertagen heftigsten Angriffen ausgesetzt — die Aufführung mußte (wie manche andere) abgebrochen werden. Das Festival war nahe daran, sich selbst und das Studententheater von der Bühne zu fegen.

Die Ereignisse zum Internationalen Studentenfestival in Istanbul bildeten dann den makrabren Höhepunkt der Festspielzeit: Die türkische Regierung verbot kurzfristig dieses Treffen, da sie kommunistische Umtriebe befürchtete. Die Angst vor sozialistisch engagierten Studenten ließ die Regierung seit einem Jahr immer mehr zu faschistischen Polizeistaatmethoden greifen — die Studenten aus Darmstadt, Stuttgart und Nancy, die nicht mehr rechtzeitig die Absage erhalten hatten, bekamen das zu spüren, als sie trotzdem mit den türkischen Kommilitonen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zusammentreffen wollten.

So ist es kein Wunder, daß das Darmstädter Schauspielstudio unter der Leitung von Werner Klein im Augenblick genug hat von politischer Auseinandersetzung, besonders, da nur die wenigsten der schauspielenden Studenten sich wirklich politisch engagieren wollen. Es zeigte sich, daß kein Weg zwischen begründeter politischer Aussage und einer ansprechenden Ästhetik gefunden werden konnte.

Das Schauspielstudio hat seinen Ausflug in die politische Diskussion — kaum begonnen — schon beendet und wird in diesem Semester mit Einaktern von Obaldia, Rühm, Giuliani und Beckett wieder das Publikum ansprechen wollen, das „gerne ins Theater geht".

Tiefenthaler/eb

Streifen

Ausstellung im Underground

„Streifen", das ist nicht, was Sie gleich denken, so mit Polizei, das ist eine echte Kunstausstellung, mit der Gerhard Trommer, Maler der jungen Avantgarde, Jahrgang 1941) im Underground vom 1. November ab sein Werk vorstellt. Gerhard Trommer, der bereits an Ausstellungen in Hannover, Braunschweig, Stuttgart, Berlin, München beteiligt war, tritt nun in Darmstadt mit einer eigenen Ausstellung an die Öffentlichkeit.

Der Op-Art eng verbunden, setzt der Künstler, ausgehend von der linearen geometrischen Grundeinheit, dem Streifen, seine Bilder seriell zu Farbstreifensequenzen zusammen. Thema der Kompositionen ist deshalb nicht die geometrische Form in der Darstellung, sondern die Wechselbeziehung der Farben untereinander, der Farbstreifen, Streifengruppen, ihren optischen Mischungen, simultanen Beeinflussungen durch Anordnung, Zuordnung, Vibration und Machart im Gesamtzusammenhang. Während der Deutsch-Amerikaner Josef Albers, in der geometrischen Form des Quadrats die Wechselwirkung eng benachbarter Farbwerte untersucht, benutzt Trommer ein System von sieben Farben. „Es besteht aus zwei Hell-Dunkel-Polaritäten: der unbunten Polarität Weiß-Schwarz und der bunten Polarität Gelb-Blau. Dazwischen liegen Farbtypen, die weder hell noch dunkel sind: Rot, Grün, Grau. Bei tausend Farbeinheiten ergibt sich eine freie Rekombination von 2 mal 10^{18} Möglichkeiten. Was davon Bild wird, ist sensibler und systematischer Codierung unterworfen." Kombinationen einzelner Farbeinheiten wirken als optische Signale mehr oder minder stark auf das Auge. Gelb-Rot-Gelb, Grün-Rot-Grau oder Gelb-Schwarz z. B. werden als Farbstreifengruppen durch ihre besondere Aggressivität als dominante Gruppen akzeptiert. Serielle Farbstreifensequenzen lösen über die visuelle Wahrnehmung Empfindung aus. „Die Empfindung ist um so stärker, je mehr der Blick der Aggressivität durch Farbstreifen überlassen wird. Die Empfindung ist um so schwächer, je stärker willkürlich mit dem visuellen Vermögen auf die vorliegende Streifensequenz Einfluß genommen wird." In der Chiffre definierter, systematischer Farbstreifengruppierungen findet das Gehirn sein Hintertürchen. „Aus dem Sichtbaren und Empfindbaren ergibt sich das Denkbare."

In dem Maße, wie die verschlüsselten Informationen im Baukasten Farbstreifen durch ihre Zuordnungen Empfindungen mitzuteilen vermögen, werden sie codierte visuelle Aggression. Hier dürfte der Ansatzpunkt liegen, von dem aus die Bilder Gerhard Trommers dem Betrachter zugänglich werden.

Volker Weißgerber

Helmut Dreßler

Protesthörige

Vorurteile über Vietnambesinger und ihr Publikum

Man lächelt heute über ältere Wandervögel, Leute, die übriggeblieben sind aus einer Zeit, da sich unkonventiell frische Jungs und Mädels der Plüschvorstellungen ihrer alten Herren und Damen entledigten, in die Natur zogen und dort nach gemeinsamem Suchen mit Gleichgesinnten irgendetwas Wahres finden wollten, etwas ursprünglich Menschliches, etwas, das den unangreifbaren Gesetzmäßigkeiten des guten Familienlebens ein Ideal entgegenstellen sollte — Die Geschichte lehrt, daß solches Streben später gern benutzt worden ist, ersehnten Idealen einen volkhaften, unerbittlichen Zug zu verleihen. Die berechtigte Unzufriedenheit war zuerst ins Romantische verklärt worden und nahm dann Attribute edlen, strengen Menschentums an, und sie ließ sich zuletzt derartig mißbrauchen, daß viele Eigentümer der Unzufriedenheit der neuen, echten deutschen Gesinnung zujubelten.

Der Bürgerlichkeit ihrer Umgebung entflohen, erfanden die Wandervögel damals eine Art schwärmerischen Protests, der zwar ohne spürbare Auswirkung auf die Objekte der Kritik, Eltern und Erzieher, blieb, der den Wandervögeln aber das Gefühl freiheitlicher Individualität verschaffte, und sie waren's ganz zufrieden.

„Schwärmerischer Protest" ist das Stichwort gegen ähnliche Motivationen, wie sie gerade schön im Schwange sind. Eine Menge Jugendlicher ist heute dabei, eigene Lücken in der Seele mit kulturellem Protest zu füllen, einen „eigenen Ausdruck" zu finden für Gefühle, die jeden treffen, der die Wirklichkeiten seines Lebensbereichs mit erlernten und selbstgefertigten Idealvorstellungen vergleicht.

Dieser „eigene Ausdruck" (schwärmerischen Protests) bricht sich Bahn in einer Flut von aus seichter Seele und beschränktem Verstand stammenden Liedchen — Protestsongs — welche aufzurütteln vorgeben und Aktion sind und die Zukunft im Lied, Pardon im Song, vorwegnehmen.

Und den wenigen, die da unkonventionell singen, lauscht eine Schar Protesthöriger, die den eigenen Ausdruck schon von anderen erfunden sehen, hören, und die nun nur noch zustimmen können und mitsummen und Parolen wiederholen — eine Zuhörergemeinde im Konzertsaal.

Dabei sind die meisten Texte banal bis einfältig und sind nicht zu gebrauchen, den Teil der Wirklichkeit, den sie besingen, passend wiederzuspiegeln. Oberflächlich, aus gefühlter Kritik entstanden, können solche Liedchen nur recht einfache, unkomplizierte Empfindungen des Aufruhrs ausdrücken oder in unpassenden Worten einige schlimme Tatsachen andeuten, weil es unmöglich ist, Haß und Entsetzen v o r z u s i n g e n, also ursprüngliche Gefühle eigenen Elends in selbstkonzipierten Texten aufzubereiten und anderen Leuten solches darzubringen. Wer angesichts entsetzlicher Ereignisse bereit ist, vielleicht scharf darauf ist, Texte zu Songs zu machen, benutzt die Situation und beutet sie aus als willkommenen Anlaß fürs Schwelgen in Empörungen. Dann soll so ein Opus aufgeführt werden, es kommen Besucher, Protestpublikum, in den Konzertsaal, mag der sich auch als Underground-Keller verstellen, zahlen Eintritt, nehmen Platz, räkeln sich auf ihren Kisten, warten, bis quasi der Vorhang weicht und die Vorstellung beginnt.

Die Affekte, also das Entsetzen, das manchen manchmal packt, sind in „unkonventionelle" Formen eingebettet, und die werden während der Vorstellung umhegt und gepflegt. Die Gemeinde der Protester — gar bei Songfestivals — hat sich eingefunden und übt nun selbstgenügsam den Dienst mit der elektronisch verstärkten Klampfe — Orgel würde auch passen, natürlich irgend eine ganz schicke, moderne Art von Orgel.

Wer die Diskrepanz zwischen den Förmchen des Protests hier und fernen Schrecken nicht verspürt, ein Unbehagen, das nun songend, geradezu erbaulich dargereicht wird, wem dieses sinnlose Gebärden nicht wie Kitsch (Protestkitsch) erscheint, dem sind sämtliche Vorstellungen über reale Zusammenhänge in den verschiedenen Gesellschaftsformen dieser Zeit abhanden gekommen, der lebt ohne Seitenblick auf die Wirklichkeit, die sich eben überhaupt nicht mit solchem Protestschwelgen bewältigen läßt.

Welche Menge an verwertbarer Empörung werden so abgeführt, ausgelebt und damit vernichtet. Und das ist der Grund, warum die Protestsong-Bewegung auch von jenen gern geduldet wird, denen ein Teil des Protests gilt. Die an und für sich schon wirkungslose Protest-Song-Mode steht unter der Kontrolle von Leuten, die daran verdienen können, die außerdem Angst haben vor tatsächlichen sozialen Veränderungen. Die gesteuerte Protesterei soll sich als „Ausdruck der Ohnmacht" mit eigenem Freimut in die bestehende Ordnung einfügen, und das tut sie auch.

Als Gruppentherapie für unsere jugendlichen Unzufriedenen sind Protestsong-Veranstaltungen glänzend geeignet. Man geht hinterher aufgerührt, — schon die Musik war eine Wucht — empört und beruhigt nach Hause oder ein' Trinken, denn die Ohnmachts-Komplexe sind abreagiert.

Maschinengewehrgeratter in Noten zu setzen und es per Schlagzeug täuschend echt und verPoPt nachzuvollziehen, ist ebenso abgeschmackt und wirkungslos wie das Verweilen in anarchistisch sozialkritischer Pose. Bei den eigentlichen Akteuren kann man's hinnehmen. Wer wollte wagen, sie in ihrem Selbstverständnis zu stören. Aber junge Leute, die sich von jenen dann Theater — wirklichkeitsgetreues — vorspielen lassen und nun ebenfalls anarchistisch träumen, sind nichts Anderes als in die gerade ablaufende Zeit übersetzte Wandervögel. Und es ist sicher: Sie werden keine Revolution machen, da kann man ganz beruhigt sein. Irgendwann werden sie das Ganze einmal leid, als vorübergehende Erscheinungsform eigener Unsicherheit, und sie werden mit der passiven Protestsingerei auch die ernsthaften Grund-

Falk Rieß

Ein duftes Fest?

Lieder und Politik bei den Essener Songtagen

lagen ihres Protests vergessen und werden zurückkehren in den Schoß des pluralistischen Ganzen, dem sie einst entschlüpft waren. Durch die institutionalisierte Protest-Bewegung wird die berechtigte Unzufriedenheit umfunktioniert in ein Spiel mit gemischten Gesängen. Und wer nur derartige Spielchen als den zarten Ausdruck seiner Persönlichkeit kennt, vor dem werden die „Großen" nur ganz kurzzeitig eine Andeutung von Furcht haben, denn nichts untergräbt ihr

ideologisches Fundament, sie werden sich an das jugendliche Engagement gewöhnen und Protest-Song-Konzerte besuchen und beim Nachmittagskaffee darüber Gespräche führen; „haben dann sogar einen echten Anarchisten gesehen — der sah vielleicht aus — und die Haare; bißchen verrückt sind se ja, aber im Grunde genommen irgendwie ehrlich — nee, nischt für mich — klar bin ich auch gegen Kapitalismus und so — und die Amis in Vietnam, die machen ganz schön' Mist — aber man muß ja nicht gleich soo — wenigstens anständig rumlaufen kann man doch wenigstens."
Und da beginnt dann wieder der Kampf der Protesthörigen gegen Vorurteil und Diskriminierung: „Wir ziehen uns an wie wir wollen, uns macht keiner Vorschriften. Von wegen!" — Und dann werden sie gelegentlich nicht zum Friseur gehen und gelegentlch unkonventionelle Kleidungsstücke im Kaufhof von der Stange oder in der nächsten PoP-Boutique kaufen, denn ohne Zweifel: Den Kampf um das eigene Erscheinungsbild haben die jungen Menschen von heute schon gewonnen.

Die Internationalen Essener Song-Tage Ende September wurden als das größte Folk-, Protest- und Pop-Fest zumindest in Deutschland angekündigt. In der Tat brachten sie eine ungewöhnlich reichhaltige Dokumentation der modernen Strömungen auf dem Gebiet der diskriminierend so genannten „U-Musik", der Unterhaltungsmusik. Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger waren die Vorträge und Diskussionen, die den theoretischen Unterbau für die Veranstaltungen liefern sollten, jedoch unter bedauerlich geringer Beteiligung der Festivalbesucher stattfanden.

Theorie: Vom Protest zum Underground

Musik ist eine kulturelle Äußerung des Menschen; insofern hat sie eine gesellschaftliche Funktion. Sogenannte Protestlieder sind eine Musikform, die die gesellschaftliche Funktion der Musik mit Hilfe des gesungenen Wortes zur Veränderung gesellschaftlicher und politischer Zustände ausnutzen möchte. Es haben sich zwei grundsätzlich voneinander verschiedene Arten von Protestsongs entwickelt:

das Zusammenhalte-Lied. So sollen Lieder bezeichnet werden, die möglicherweise primär unpolitisch waren, sich im Laufe der Zeit aber durch häufiges gemeinsames Singen bei politischen Aktionen als stark gemeinschaftsbildend erwiesen haben (We shall overcome, Internationale). Sie haben Bekenntnischarakter, dienen zur Erzeugung von „Wir-Gefühlen"; es fehlt ihnen zwar die rationale Botschaft, sie können aber politisch wirksam werden, zum Beispiel beim Ostermarsch oder bei freedom marches. Für sie genügen traditionelle musikalische Formen.

das Angriffs-Lied. Es wird im Text ein politischer Angriff gegen eine Haltung, eine Person oder eine Handlung geführt. Ebenso kann eine konkrete politische Utopie Gegenstand dieses (eigentlichen) Protestliedes sein. Zu fordern ist jedoch stets konkreter und aktueller Bezug sowie eine musikalische Form, die die Gefahr des Gegensatzes zwischen musikalischer Ordnung und politischer Intention vermindert.

Das Zusammenhalte-Lied soll helfen, eine repressive Situation besser zu ertragen; das Angriffs-Lied soll dazu beitragen, diese Situation zu ändern. Die Rolle des Zusammenhalte-Liedes braucht nicht weiter betrachtet zu werden, es hat in Europa vorerst nur geringe Bedeutung und ist außerdem politisch unproblematisch. Das rationale Kampflied jedoch kann eine politische Bedeutung nur dann erhalten, wenn es gewisse Forderungen erfüllt, um gewisse negative Folgen zu vermeiden.

* Das Protest-Lied muß sich an eine identifizierbare Adresse wenden. Es ist sinnlos, wenn sich niemand getroffen fühlt.
* Es muß die Menge der gezielt Protestierenden vergrößern, sonst bleibt der Protestsänger in einer Hofnarrenrolle.
* Der Angesungene muß die reale Möglichkeit haben, an den angegriffenen Zuständen etwas zu ändern. Ansonsten ergibt sich nur eine verwaschene Solidarisierung unter den Zuhörern.
* Es müssen nicht nur Ziele, sondern auch Wege zum Ziel aufgezeigt werden. Damit muß der Gefahr begegnet werden, daß Protestlieder nur Alibi-Charakter und Ventilfunktion haben.
* Das Protest-Lied muß konkrete Aktionen emotional vorbereiten. Andernfalls verläßt der Zuhörer die Veranstaltung unbefriedigt, und seine Bereitschaft, etwas zu tun, verpufft.

Aus diesen Forderungen ergeben sich natürlich große Schwierigkeiten betreffs der musikalischen Form. Amerikanische Protestsänger verwenden oft traditionelle Stile unreflektiert (Dylan, Seeger) und verfallen damit der Gefahr der Affirmation. Europäische Sänger setzen zwar musikalische Stilmittel gezielt ein, verwenden Zitate und Dissonanzen, so daß ein „Wohlfühlen" des Zuhörers vermieden wird, jedoch wird von einem konsumgierigen Publikum fast alles goutiert und als künstlerisch hochstehend absorbiert.

Ein zweiter Bereich neben dem Protest-Song, der zwar nicht in erster Linie politisch, aber kulturell progressiv und deshalb bedeutungsvoll für die gesellschaftliche Entwicklung ist, wird mit einem Modewort bezeichnet: der Underground. Musikalisch versteht man unter Under-

ground Beat- und Pop-Musik; die musikalischen Quellen liegen im amerikanischen Blues, dem Rhythm and Blues und der Folklore. Diese Materialien werden nicht bewahrend-regressiv, sondern als Bausteine und Ausgangsbasis verwendet. Nun darf man Underground nicht isoliert nur musikalisch sehen; neben der Entwicklung neuer ästhetischer Normen stehen neue moralische Maßstäbe, neue Formen des Zusammenlebens und eigene Kleidungsgewohnheiten. Politisch relevant sind solche Untergruppen der Gesellschaft insofern, als gewisse Normen (zum Beispiel sexuelle) der Subkulturen in die Gesamtgesellschaft übernommen werden. Andererseits besteht die Gefahr, daß die Subkultur in die Gesellschaft integriert wird, indem beispielsweise Underground-Musik zum Konsumartikel degradiert wird. Doch gerade das ermutigt neue Gruppen, noch unverdaubarer Musik zu machen, noch ungewöhnlicher sich zu kleiden und zu leben. Amerikanische Underground-Gruppen haben musikalische Collage-Techniken entwickelt, bei denen Text, Musik und Geräusche zu einer Einheit verschmolzen werden. Die Gesellschaft ist vorerst nicht bereit, diese künstlerische Progressivität zu tolerieren; Rundfunk und Fernsehen ignorieren solche Entwicklungen aus Angst, diese Musik könnte auch gesellschaftliche Veränderungen provozieren und einleiten. So wie in der Underground-Musik Spontaneität und Organisation sich nicht ausschließen, sondern ergänzen, könnte man sich einmal über eine Einheit von Anarchismus und Sozialismus Gedanken machen.

Folk: Fast Fehlanzeige

Wie erwartet, spielte die Folklore in Essen nur eine untergeordnete Rolle. Ein paar unverzagte Folkniks trafen sich zu mitternächtlicher Stunde mit Colin Wilkie und Shirley Hart zu einer intimen Mitsinge. Ansonsten gab es eingestreut Zigeunerjazz, irische Volkslieder, Five-string-banjo-Gezupfe und Lieder zur Gitarre. Den weitaus stärksten Eindruck hinterließ der Engländer Alexis Korner, der das englische Blues-Revival eingeleitet hat und mit überzeugendem bluesfeeling zum Teil neue Texte vortrug. Leider war aus finanziellen Gründen seine Band nicht mit eingeladen worden, so daß Korner seinen Pianisten auf eigene Kosten nachkommen lassen mußte. Am letzten Abend präsentierten sie dann ein Blues-Programm, das man Weißen nie zugetraut hätte.

Protest: Die Suche nach der Form

In Essen waren eine Menge in- und ausländische sogenannte Protestsänger versammelt. All die Gefahren, die die Form des gesungenen Unbehagens an Gesellschaft und Politik birgt, wurden hier offensichtlich. Julie Felix zum Beispiel kam in einem violetten Hosenanzug und gleichfarbigem Umhang auf die Bühne geflattert und zog fürs Fernsehen eine Show ab. Die Wirkung ihrer kritischen Texte wurde vollständig neutralisiert.
Bezeichnend ist die Entwicklung der deutschen Protest-Professionals. Degenhardt und Hüsch, vor wenigen Monaten noch Spökenkieker und Spaßmacher, bringen inzwischen nur noch politisch direkte Texte, die die Veränderung des Systems propagieren, ohne künstlerische Überhöhungen und Metaphern. Die musikalische Form allerdings scheint zumindest bei Degenhardt noch hinterherzuhinken, die Wandergitarre ist halt kein klassenkämpferisches Instrument. Hüschs stakkatoartige Sprechform ist da schon eher geeignet, Aufmerksamkeit und Aufnahmebereitschaft zu erzeugen; auch Süverkrüps Gitarrenbegleitung ist weniger einlullend.
Das „Angebot" an Protest erstreckte sich weiter über erschreckend aktuelle Heinelieder, perfekt vorgetragen von Ulli und Frederik, bis hin zu den vier Conrads, linken Gewerkschaftssängern aus dem Ruhrgebiet, die wegen ihrer schlechten Reime und ihrer musikalischen Einfachheit von den Experten belächelt wurden, in ihrer konkreten politischen Wirksamkeit jedoch nicht unterschätzt werden dürfen.
Die beiden von der Form her konsequentesten Protestsänger waren für mich der Hippie und LSD-Prophet David Peel von der Lower East Side aus New York und der dreifache Doktor Rolf Schwendter aus Wien. Beide haben eine ausgesprochen häßliche Singstimme und verhindern durch die Art der Begleitung (Peel schlägt primitive Rhythmen auf der Gitarre, Schwendter benutzt eine Kindertrommel), daß der Zuhörer sich an der Darbietung berauscht. Das Publikum reagiert allergisch. Häßlichkeit und Primitivität sind wohl die einzigen Stilmittel, die selbst ein auf hemmungslosen Konsum eingeschworenes Publikum auf die Dauer nicht erträgt. Dadurch treten die Texte in der Wirkung stärker hervor.
Stark vermißt wurde übrigens die angekündigte Black-Power-Band; von ihr hatte man sich so etwas wie eine neue Dimension des Protestes versprochen.

Pop: Zwischen Rock'n Roll und Free Jazz

Popmusik, das ist: Beat und Jazz und Folk und psychedelic und Soul und und und. Bekannte und unbekannte Gruppen aus Deutschland, England, Holland, Schweden, der Tschechoslowakei, der Schweiz und den USA kamen in großer Zahl nach Essen und wurden in Mammutveranstaltungen präsentiert. Besonderer Glanzpunkt aus der Jazz-Ecke war die englische Sängerin Julie Driscoll mit dem Brian Auger-Trio. Temperamentvoll, ausdrucksstark, explodierend: Julie Driscoll; wild, eigenständig, effektvoll: Brian Auger auf der Orgel. Eine großartige Show, ein Erlebnis für jeden, für den Musik nicht bei Mendelssohn-Bartholdy aufhört.
Bei den deutschen Gruppen zeigte sich deutlich, wie zwei Musiker, von grundverschiedenen Traditionen herkommend, zu ähnlichen Ergebnissen gelangen können. Ehemalige Jazz-Gruppen wie die Peter Brötzmanns und Gunter Hampels „Time is now" können im gleichen Programm auftreten wie die Ex-Beater Tangerine Dream und Guru Guru Grove, oberflächliche Zuhörer werden sie leicht der gleichen Stirichtung zurechnen. Am konsequentesten in der Schaffung von Anti-Musik scheinen jedoch die Peter Brötzmann-Gruppe und die Münchner Kommune Amon Düül, obwohl Grundgedanke und musikalische Form extrem verschieden sind. Peter Brötzmann gibt acht Leuten je ein Instrument und läßt sie damit machen, was sie wollen. Manchmal wollen auch ein paar zusammenspielen, da kommt für kurze Zeit ein wenig Organisation zustande; ansonsten ist diese Musik Symbol für die Selbstfreiung des Individuums. Takt, Rhythmus — unbekannt. Musik wird systematisch in Einzelbestandteile zerlegt, zerschlagen, zerhackt.
Das Gegenteil ist bei Amon Düül der Fall: Ihre Musik ist Ausdruck ihrer Lebensform, der engen Gemeinschaft. Rhythmen werden aneinandergereiht, Melodie ist völlig eliminiert. Die Gruppe wächst zusammen zu einem stampfenden

Tier, die künstlerische Geschlossenheit ist frappierend. „Wir hassen Soli", sagt der Gitarrist der Gruppe. Auch diese Musik kann nicht konsumiert werden, Zuhörer und Kritiker tun sie als primitiv und unmusikalisch ab. Ja, sie ist „unmusikalisch", aber sie ist progressiv.
Höhepunkt der Song-Tage waren die Auftritte der beiden bekanntesten amerikanischen Underground-Gruppen, der Fugs und der Mothers of Invention. Die Fugs boten eine aggressive Porno-Polit-Show: Obszöne Verse zu harten Rock'n Roll-Rhythmen, politische Agitation durch kabarettartige Einlagen; Schilder und Plakate verkünden: In God we trust, fordern auf: America — love it, werben für das Buch: Mein Humph. Schließlich stellen die Fugs ihren eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl vor: ein lebendiges Schwein.
Nachdem man sich nach Frank Zappas erstem Auftritt gefragt hatte, wer eigentlich seine Platten gemacht hat, wurde man am nächsten Tag entschädigt: Die Verlesung eines Flugblattes gegen verhetzende Berichterstattung der Lokalpresse über das Festival gestaltete Zappa mit seinen Müttern zu einem musikalischen Total-Happening. Zufall und

Planung, Geräusch und Ton vermischen sich, vereinigen sich mit gesellschaftskritischen Texten gegen die plastic people zu einer Musikform, die mit dem Beat die Instrumente und mit den Kranichsteinern die Ideen gemeinsam hat, mithin gleichzeitig so populär und so progressiv ist, daß Rundfunk und Fernsehen sie ignorieren müssen.

Aus einer Pressekonferenz:
Frank Zappas musikalische Vorbilder sind Stravinsky, Penderecki, Boulez und Chuck Berry. Er versteht nicht, warum die Deutschen immer fragen, was er mit seinem Geld macht. „Es wird so viel dummes Zeug über Revolution geschwätzt."
„Wir treten fast überall auf, aber überall nur einmal", verrät grinsend Tuli Kupferberg, Mitbegründer der Fugs. Ed Sanders, der Texter, macht schnell einen schockierenden Satz: „Fuck the Queen of England with a pink homosexual porcupine assward in the street." — „For peace!" ergänzt Tuli. (porcupine heißt übrigens Stachelschwein)

Kritik: Ein duftes Fest — sonst nichts

Kritik ist eigentlich das einzige, was man von den Essener Song-Tagen in den Zeitungen lesen konnte, Kritik besonders am Veranstalter Rolf Ulrich Kaiser, der in maßloser Selbstüberschätzung alles alleine machen und jede Veranstaltung höchst persönlich „durchziehen" wollte („Das ist nur noch psychologisch zu erklären", meinte Mitveranstalter Tom Schroeder). Sachliche und verständnisvolle Kritik war bisher selten, ist aber notwendig.

Sechs Punkte wurden von einer Gruppe progressiver Festivalbesucher um Rolf Schwendter, Hanns-Dieter Hüsch und Erasmus Schöfer erarbeitet und — im (zu) kleinen Kreis — diskutiert und verabschiedet.

* Ein solches (politisches) Festival muß politisch vorbereitet werden. Konzertsäle sind nicht der rechte Ort, Massen gegen Unterdrückung, Krieg und Kapitalismus zu mobilisieren. In Zusammenarbeit mit örtlichen politischen Gruppen müssen die Darbietungen auf Marktplätzen, in Fabriken und Gewerkschaftshäusern stattfinden.
* Die Analyse muß nicht nur vorangehen, sie muß die Veranstaltungen permanent begleiten. In Workshops muß dem Publikum Gelegenheit gegeben werden, mit den Künstlern über ihre Intentionen zu diskutieren. Kurzreferate musiktheoretischen, soziologischen und psychologischen Inhalts müssen Zusammenhänge aufzeigen und das Verständnis vorbereiten.
* Veranstalter und Veranstaltungen müssen jederzeit Kritik und Selbstkritik unterworfen werden. Eine grundsätzliche Diskussion über die Konzeption darf nicht „wegen Zeitmangels" abgelehnt werden. Ein Forum für die Kritik könnte eine täglich erscheinende Festivalzeitung sein.
* Die Essener Song-Tage waren durch undifferenzierte Programmgestaltung gekennzeichnet. Die einzelnen Konzerte waren zumeist ein ungenießbarer Brei, in dem grundverschiedene Stile unverantwortlich vermischt wurden. Protestlieder wurden durch Popmusik-Darbietungen in der gleichen Veranstaltung harmonisiert.
* Aufkommender Protest des Publikums gegen Darbietungen darf nicht durch Aufdrehen der Verstärker unterdrückt werden; solche Konflikte müssen fair ausgetragen werden.
* Durch die Vor-Finanzierung des Festivals durch die Stadt Essen entstanden immanente Widersprüche (Establishment unterstützt Underground). Diese Widersprüche müssen vorher erkannt und so weit wie möglich vermieden werden. Ebenso muß die Rolle der Massenmedien überdacht werden; Fernsehen, Rundfunk und Presse störten zwar Künstler (beim Spielen) wie Publikum (beim Zusehen), die Berichterstattung war jedoch — wie gewohnt — subjektiv, einseitig und diskriminierend.

Den Zweck, möglichst viel authentisches Material über Folklore, Protest und Pop-Musik zu bieten, hat das Essener Festival, zumindest was den letzten Bereich angeht, sehr gut erfüllt; die Funktion jedoch, die diese Musik in unserer Gesellschaft hat, ihre politische Dimension also, hat es nicht deutlich zu machen vermocht.

Wolfgang Straub

Menschen im Gespräch

Eine Komödie, berichtet und zusammengestellt auf Grund von Tatsachen, Unterstellungen und Entstellungen

Die Personen:
Der Ansprecher (Engel)
Das Podium: Nr. 1 (Agnoli), Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4, Nr. 5 (Abendroth), Nr. 6, Nr. 7 (Heer), Nr. 8, Nr. 9 (Schwidetzky), Nr. 10 und Leiter (Krämer-Badoni), Nr. 11, Nr. 12, Nr. 13, Nr. 14, Nr. 15, Nr. 16, Nr. 17, Nr. 18, Nr. 19, Nr. 20
Herr „Grundsatz" (die fünf Grundsätze des Darmstädter Gesprächs)
Der Zuschauer
Der „Störenfried" (Quast)
Der Schlußsprecher (Sabais)
Die „Revolutionäre"
Statisten im Sinne des Wortes
Ort: Eine Mensa

Nach der Begrüßung.

Der Ansprecher: Es war vor 18 Jahren und es war eines der erregendsten. Heute haben wir uns hier zum gleichen Zweck und — welch Wagnis — zum gleichen Thema zusammengefunden.
Es geht beim diesjährigen Gespräch auch um die demokratische Ordnung und die Freiheit des Menschen. Im Osten geht die Jugend für die Freiheit auf die Straße, demonstriert für die Freiheit, diskutiert für die Freiheit, doch hier im Westen wollen die jungen Akademiker unsere freiheitliche demokratische Ordnung zerstören, zeigen eine antiparlamentarische, antidemokratische, intolerante und rechthaberische Gesinnung. Man muß diesem Revoluzzertum entgegentreten, unser demokratischer Rechtsstaat muß sich die notwendige Autorität verschaffen. Aber die Freiheit, unsere Freiheit, wird eines Tages überall in der Welt durchbrechen.

Einige Statisten: Oh ja, recht hat er.

Herr „Grundsatz": Die Gespräche sind kein Schauplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen. Sie wollen nicht die Aufgaben politischer Parlamente übernehmen. Greifen sie jedoch ein politisches Thema auf, soll der Geist der Politik und die Politik des Geistes zur Debatte stehen.

Später.

Nr. 9: Der MENSCH ist mit dem Affen verwandt. Die Entwicklung des MENSCHEN aber ist ein einmaliges Ereignis. Der HOMO SAPIENS ist ein Hirn- und Handspezialist geworden. Zusammengefaßt sieht das so aus: Der MENSCH ist der Primat mit einem hohen Anteil erlernter Verhaltensmerkmale, besonders geprägt durch die Sprache. Kurz gesagt: Es ist der Affe, der spricht.

Einige Statisten: Interessant, interessant. Nach einer Diskussion, einem Referat, einer Diskussion, dem Mittagessen.

Nr. 5: Marxismus ... Evolution ... wissenschaftliches Zeitalter ... Produktivkräfte ... Produktionskräfte ... Extension ... Terminologie ... Technologie der industriellen Gesellschaft ... Basis der Formen ... Labyrinth der Relativsätze ... Reproduktion ... Analyse des Verhältnisses ... partikularisierte Produktionsverhältnisse des Spätkapitalismus ... den adäquaten Typ der Gesellschaft ... Problem praktischer ... gesellschaftlicher ... ist ... der ... das war ... ein ... im ... aber ... ist ...

Herr „Grundsatz": Die Gespräche sollen dem unaufhörlichen Dialog von These und Antithese einen möglichst großen Spielraum bieten. Sie sollen vom Allgemeinen ins Besondere gehen, um aus dem Besonderen neue Schlüsse auf das Allgemeine zu ermöglichen.

Nr. 10 und Leiter: Ich höre Nr. 5 schon seit 33 Jahren mit Vergnügen zu, wenn auch ergebnislos.

In der Diskussion.

Nr. 1: Wir werden dafür sorgen, daß unsere Tempel fallen, daß die Reihen der Linken gesäubert ...

Einige Statisten klatschen Beifall, lachen.

Nr. 1: Kollege 7, Sie wollten dafür sorgen, daß Ihre Tempel fallen. Wie wäre es, wenn man St. Peter zum Parkhaus umbenennen würde.

Einige Statisten (die gleichen, die vorher geklascht hatten, empört): Ohhhhh! (bekommen rote Köpfe, schauen sich nach Gleichgesinnten um) Unverschämtheit, Unver....

Herr „Grundsatz": Die Gespräche sind keine Fachgespräche. Sie werden für ihr Publikum und für die Öffentlichkeit geführt. Sie stellen nicht Personen gegeneinander, sondern Gedanken.

Später.

Der „Störenfried": Die Veranstaltung ist nicht effektiv.

Allgemeiner Beifall.

Der „Störenfried": Nr. 10 und Leiter ...

Allgemeiner Beifall.

Der „Störenfried": Nr. 5 ...

Allgemeiner Beifall.

Der „Störenfried": Nr. 1 ...

Allgemeiner Beifall.

Der „Störenfried": Die Diskussion ...

Allgemeiner Beifall.

Der „Störenfried": Ich hätte einen Vorschlag.

Beifall recht spärlich. Erste Mißfallensäußerungen.

Nr. 10 und Leiter: Sie wollen nur die Veranstaltung sprengen.

Einige Statisten (empört): So etwas.

Der „Störenfried": Ich fordere, daß über meinen Vorschlag abgestimmt wird.

Offene Empörung im Saal.

Einige Statisten (mit roten Köpfen): Unerhört diese jungen Leute.

Nr. 10 und Leiter: Ich habe Sie lange genug reden lassen. Jetzt genügt es aber. Sie wollen die Veranstaltung sprengen.

Herr „Grundsatz": Die Gespräche streben nicht nach Entscheidung oder Lösungen. Sie dienen der Aussprache und Verständigung. Sie genügen ihrem Zweck, wenn durch sie ein neuer Gedanke, eine fruchtbare Erkenntnis oder eine richtigere Ansicht der Dinge sich mitteilen und erproben kann.

Erste Auflösungserscheinungen der Veranstaltung. Einige Empörte beginnen abzuwandern.

Die Veranstaltung wird nicht gesprengt, die Komödie wäre sonst zu rasch zu Ende.

Später.

Nr. 10 und Leiter (zum Zuschauer): Recht haben Sie, aber morgen wird es genauso.
Ja, das habe ich auch immer gesagt, das habe ich schon dem Schlußsprecher gesagt. Aber Sie wissen ja.
Ja natürlich, das habe ich mir auch schon gedacht, das müßte man von vornherein ganz anders machen. Nein, dies geht wirklich nicht, das ist zu viel, aber wer sieht das schon ein. Ja da müßte manches verändert werden. An mir liegt es, wie gesagt, nicht. Und das mit Nr. 5, das war schon viel, aber was soll man da machen. Ja ich weiß, und er hat es mir auch versprochen, aber ...

Nach einer Nacht, einem Tag, einer Nacht, einem Morgen.

Der Schlußsprecher: Es ist zu Ende. Lassen wir uns nicht entmutigen!

Herr „Grundsatz": Die Gespräche sind ein internationales Forum für das ganze Land. Die Stadt hat diese Einrichtung in Besinnung auf ihre kulturelle Tradition geschaffen, um der öffentlichen Debatte europäischer Lebensfragen einen unabhängigen Ort zu geben.

Die „Revolutionäre" sind nicht in Erscheinung getreten.

Bahnhof

Die Deutsche Bundesbahn, Deutschlands größtes Reiseunternehmen, hat vor ungefähr einem Jahr ein neues Patent auf den Markt gebracht: den D-Zug-Zuschlag, der nur am Kauftag gültig ist und nur am Kauftag zurückerstattet werden kann. Nach der Erfindung dieses neuen Systems fehlte bedauerlicherweise eine breite Information des Bahnpersonals, der Öffentlichkeit und der Reisenden; in einigen Zeitungen fand man, verschämt in eine Ecke gequetscht, eine kleine Notiz, an Bahnhöfen und in Zügen entdeckte man keine Anschläge. Hatte man die Notiz überlesen, oder war sie in der abonnierten Zeitung nicht gedruckt worden, reiste man weiterhin in dem Glauben, der Schnellzugzuschlag gelte ein halbes Jahr.

Mit solcher Religion derjenigen des Fahrkartenkontrolleurs konfrontiert, gewann Otto sehr bald den Eindruck, daß dieser Zuschlag nur noch einen Tag gültig ist, daß er selbst ein mehr oder weniger notorischer Betrüger ist, gegen den ja die neuen Bestimmungen gerichtet sind. Otto bezahlte seine drei Mark für einen neuen Zuschlag und war still — Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

Otto ließ sich über die neuen Zuschlagsregelungen belehren, mußte allerdings bald in Erfahrung bringen, daß sich Schaffner je nach Dienstalter und Humor wie Bahnhöfe je nach Gebiet und Größe verschiedenen Ideologien unterworfen haben. Otto löste in Seebrugg eine Fahrkarte nach Heidelberg mit Zuschlag und kam dann — aus welchen Gründen auch immer — zwischen Seebrugg und Titisee auf die absurde Idee, in Freiburg den früheren Eilzug anstatt des Schnellzugs benutzen zu wollen. Er hatte in Titisee genügend Zeit den Zuschlag zurückzugeben. Otto hörte: „In Titisee geht das nicht, das können Sie nur in Freiburg machen", und außerdem schlugen Worte wie „Schriftlichen Antrag stellen", „Bearbeitungsgebühren" und „Zahlen und weniger (1,— DM) gezahlt bekommen" an sein Ohr. Otto hatte eine unschöne Bemerkung auf den Lippen.

In Heidelberg ging Otto an einen Fahrkartenschalter, tauschte seinen Schnellzugszuschlag gegen zwei Mark ein und erhielt auf die Frage, ob dieser Handel auch in Titisee gegangen wäre, die Antwort: „Selbstverständlich!". Otto hatte wieder einen bösen Gedanken.

Irgendwann später löste Otto im Hauptbahnhof Darmstadt, um sein Gepäck aufgeben zu können, eine Karte einen Tag vor der Fahrt und beantwortete die Frage „Mit Zuschlag?" nach einer Belehrung, daß der Zuschlag auch morgen, wenn er mit der Fahrkarte zusammen gelöst worden ist, Gültigkeit besitzt, mit Ja. Am nächsten Tag verpaßte Otto zufällig, weil die Straßenbahn Verspätung hatte, den Schnellzug und stellte fest, daß der nächste Zug in der gewünschten Richtung ein Eilzug war. Otto hatte noch eine Stunde Zeit und verfiel auf die sonderbare Idee — wie von ungefähr —, seinen Schnellzugzuschlag zurückzugeben. Leider war Otto vorher, um die roten Rücklichter des entschwindenden Zuges im morgendlichen Nebel verblassen zu sehen, durch die Sperre gegangen, und nun hatten Fahrkarte und Zuschlag ein Loch. „Der Zuschlag ist ungültig", erfuhr Otto bei seinem Wunsch nach klingender Münze und ging dann, Ärger gewohnt, zum Nachlöseschalter. Otto bekam — trotz Hauptreisezeit sehr freundlich und zuvorkommend — die Gültigkeit des Zuschlags bestätigt. Freundlichkeit steckt an, und Otto bewegte sich wieder guter Laune zu einem Schalter, um den Tausch perfekt zu machen. Dort ließ er sich dann belehren, daß der Zuschlag vom Tage vorher, also von gestern sei — welch ungeahnte Weisheit —, und daß er die Fahrkarte mit zurückgeben müsse. Otto trottete also wieder zum Nachlöseschalter, ließ sich die Gültigkeit der gelochten Fahrkarte bestätigen und kehrte wieder zum Ausgangspunkt zurück. Dort wurde er, was er beim vormaligen Besuch überhört hatte, davon in Kenntnis gesetzt, daß ja auf der Rückseite der nun gültigen Fahrkarte das Passagiergut vermerkt sei, und daß man Fahrkarten mit Gepäckvermerk nicht zurücknehmen könne. Er solle sich den Gepäckvermerk streichen lassen, indem er sich das Gepäck wieder aushändigen lasse. Das Gepäck befand sich natürlich irgendwo unterwegs, Otto hatte es ja aus diesem Grunde schon am Vortag aufgegeben, und war also nicht zurückzuholen. Ja dann ließe sich nichts machen: „Gehen Sie bitte ins Büro, dort soll man das machen, ich kann das nicht."

Otto wurde im Büro freundlichst empfangen, ein Herr hörte sich die Erzählung über seinen Leidensweg an, nahm die Sache, die Fahrkarte und den Zuschlag selbst in die Hand und ließ ihn in dem ehrlichen Glauben zurück, daß das Ganze halb so tragisch und kompliziert sei. Nach ungefähr einer Viertelstunde kam der vorher so freundliche Herr mit ernstem Gesicht, mit leidender und beleidigter Miene zurück: „Warum wollen Sie den Zuschlag eigentlich nicht mehr benutzen?" Otto wies wieder darauf hin, daß der nächste Zug ein zuschlagfreier Eilzug sei, und daß er, Otto, mit diesem zu fahren gedenke. Der Herr überlegte, nickte dann mit dem Kopf und fragte: „Aber Sie wollen doch fahren?" Otto war nahe dem Zusammenbruch, antwortete „Natürlich" und erklärte nochmals feierlich, daß er nur den Zuschlag zurückgeben wolle, allerdings auf dem Umweg über die Rückgabe der Fahrkarte bei gleichzeitiger Ausstellung einer neuen gleichlautenden, da die Rückgabe des Zuschlags ja offensichtlich nicht anders möglich sei. Bei der dann folgenden Belehrung, die der vorher so freundliche Herr sogar wiederholte, nachdem er die neu ausgestellte Fahrkarte und zwei Mark überreicht hatte, gewann Otto langsam und nur schwer begreifend den Eindruck, er wolle eigentlich nichts anderes, als die Fahrkarte am nächstbesten Schalter gegen den Kaufpreis umtauschen, was natürlich wegen des Gepäcks nicht geht, und auf diese Weise zwei Koffer in einen 300 km entfernten Ort billig befördert wissen. Niedergeschlagen, weil er so schnell und sicher durchschaut worden war, mit der Reue, die einem erkannten Betrüger zusteht, verließ er das Büro mit einem gewürgten „Danke und Auf Wiedersehn". ws

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung
Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule
Technisches Antiquariat
Darmstadt, Magdalenenstraße 19
Am Kraftwerk der TH

sport an der th

Handball

Die Handballmannschaft der THD belegte bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften im Feldhandball einen ausgezeichneten dritten Platz. Die Uni Heidelberg, die später mit einem 15:14-Erfolg Deutscher Meister über Köln wurde, verbaute der Mannschaft der TH Darmstadt den Einzug ins Finale. Beide Spiele wurden von der THD nur knapp verloren, in Heidelberg mit 14:16 und im Hochschulstadion mit 14:17. In Köln hätte es dann gegen die Uni Göttingen zum Spiel um den 3. und 4. Platz kommen sollen. Da die Göttinger wegen Mannschaftsschwierigkeiten nicht antreten konnten, wurden die Studenten der THD kampflos Dritter.

Leichtathletik

Bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften in Bonn holte sich die Darmstädter Studienreferendarin Elke Henze ihren zweiten Meistertitel im Hochsprung. Ab 1,56 m war sie allein im Wettbewerb, steigerte sich noch auf 1,59 m und verfehlte nur knapp 1,62 m. Zweiter wurde Gerald Miosga im Stabhochsprung. Er begann schon bei 3,70 m und steigerte sich bis auf 4,40 m. Ebenfalls Zweiter wurde Karl-Heinz Steinmetz im Diskuswerfen, der allerdings weit hinter dem überlegen siegenden Hein Direck Neu (58,44 m) aus Mainz zurücklag. Zum Höhepunkt der Meisterschaft wurde der 5000 m-Lauf. Lutz Philipp (THD) stellte sich Jürgen May (Uni Mainz) kameradschaftlich als Tempomacher zur Verfügung. Als May drei Runden vor Schluß davonstürmte, trabte Philipp locker durch und belegte hinter dem in ausgezeichneten 13:49,6 Minuten siegenden Jürgen May den zweiten Platz in 14:28,4 Min. Am zweiten Tag der Meisterschaften sicherte Lutz Philipp über 10 000 m den zweiten Titel für die TH Darmstadt. Prächtig in Schwung war auch wieder Helmut Lang von der THD, der im 100 m-Lauf lediglich den Mainzer Rudolph vorbeiziehen lassen mußte. Rudolph siegte in 10,5 sec vor Lang in 10,7 sec. Im Vorlauf war Lang bereits 10,6 sec gelaufen. Die 4x100 m-Staffel erzielte mit Dutoit, Lang, Müller und Hess 42,6 sec. Volkhard Weber wurde über 110 m Hürden 6. in 16,0 sec, Bernd Engelhard wurde 4. über 400 m Hürden in 54,4 sec, und Karl-Heinz Herzbach belegte mit 3:58,5 Minuten im 1500 m-Lauf den 5. Platz.

Fechten

Die Fechter der TH Darmstadt starteten in Aachen bei den Hochschulmeisterschaften mit einem starken Aufgebot. Trotzdem konnten sich lediglich Kluge und Daum die Teilnahme an der Endrunde erkämpfen. Kluge unterlag hier dem späteren Sieger und mehrfachen Exmeister Losert (Uni Freiburg), Daum verlor gegen Bethmann (Uni Hamburg).

Hochschulsportfest

Zu einer beeindruckenden Demonstration studentischen Breitensports wurde das diesjährige Hochschulsportfest, das das Institut für Leibesübungen und das Sportreferat der TH Darmstadt im Hochschulstadion veranstaltete. Im 110 m-Hürdenlauf siegte Werner Trzmiel in 13,9 sec. Den 3000 m-Lauf gewann May (7: 59,8 Minuten) mit fast 10 Sekunden Vorsprung vor Philipp. Im Schwimmen kraulte Klaus Schäfer vom DSW außer Konkurrenz 95,5 sec. Über 100 m-Brust siegte Erwin Nungesser in 1:19,0 min. Über 50 m-Brust der Studentinnen siegte Helga Adolph in 43,1 sec. Alter und neuer Darmstädter Hochschulmeister im Tennis ist Kurt Fürst durch ein 2:1 (6:8/6:1/6:1) über Christian Nickel. Im Handball unterlag die Mannschaft der TH Darmstadt einer südhessischen Bezirksauswahl mit 15:20. Im Volleyball besiegten die Dozentendamen etwas überraschend die Sportstudentinnen mit 2:0 (15:2/15:3). Reges Interesse und viel Beifall fanden die Darbietungen der Judoka, Turner und Karatekämpfer, die im Innenraum des Stadions Ausschnitte aus ihrem Trainingsprogramm vorführten. In Degenvergleichskämpfen besiegte die THD den TB Wiesbaden (12:4) und Eintracht Frankfurt (14:2). Zum Abschluß gab es noch einen Boxvergleichskampf zwischen der THD und der Uni Erlangen.

Karl-Heinz-Klöpfer

TH-Ruderer errangen Hochschulmeisterschaft

Seit Jahren schickt die Ruderriege der TH Darmstadt starke Mannschaften zu den Hochschulmeisterschaften nach Berlin. Nachdem es in den verschiedenen Bootsklassen bisher immer nur 2. und 3. Plätze gab, gewannen dieses Jahr erstmals die beiden Darmstädter Sportstudenten Joachim Wienstroer und Detlef Glätzer überlegen die Meisterschaft im Zweier ohne Steuermann. Nebenbei hatten sie auch den Doppelzweier gemeldet, und ohne ein spezielles Training in dieser Bootsgattung holten sie sich hier noch die Vizemeisterschaft. Auf der anschließenden „Großen Internationalen" in Berlin nahmen sie auf den 2000 Metern im Zweier ohne Steuermann dem gesamten Feld 23 sec. ab. Nach weiteren Siegen bei den DRV-Prüfungsregatten in Hannover und Schweinfurt geriet die Mannschaft leider in eine leichte Krise, wodurch es bei der Deutschen Meisterschaft nur zum 3. Platz langte. Damit war die Mexiko-Chance vergeben. hp

Wenn's um Sport geht,
immer zuerst zu . . . . .

sport hübner

Darmstadt · Ernst-Ludwig-Straße 11 · Ruf 70194

vermischtes

Menschen ohne Unterleib

Im letzten Wintersemester startete die Humanistische Studentenunion eine Flugblattaktion in Sachen Empfängnisverhütung. Wenig später schlossen sich einige Schüler und Studenten zur „Arbeitsgemeinschaft für sexuelle Aufklärung und Geburtenkontrolle“ (Sex-AG) zusammen, die es sich zur Aufgabe machte, sexuelle Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen.
„Unmögliche Tabubrecher“ verteilten kurz vor den Sommerferien in verschiedenen Darmstädter Schulen weitere Flugblätter über Empfängnisverhütung. Die Reaktion von Eltern und Lehrern war prompt und zornig — wo Argumente fehlen, da muß eben der Zorn herhalten. Eltern und Lehrer stellten insgesamt zehn Strafanzeigen, zu einer Diskussion mit den Übeltätern kamen bezeichnenderweise nur wenige.
In Leserbriefen an die Darmstädter Tageszeitungen entlarvten sich die Reaktionäre durch ihre unsachliche Argumentation:

> „Heute klären sie unsere Mädchen über den Gebrauch von Präservativen auf, morgen brennen umgestürzte Autos und übermorgen unsere Häuser.“ (Dr. Fritz Hübenett, Darmstädter Echo, 29. 7. 68)

Wie könnten sich bei einer solch herrlichen Gelegenheit die religiösen Moralisten enthalten, Vorurteile und Komplexe abzureagieren?

> „Im übrigen ist jeder außereheliche Geschlechtsverkehr gegen Gottes Gebot. Es ist eine der raffiniertesten Listen des Teufels in unserer Zeit, daß er diese Sünden mit vielerlei Begründungen bagatellisieren und gesellschaftsfähig machen will. Wer hier mithilft, wird seinen Lohn empfangen. Gott läßt seiner nicht spotten!“ (Hans Köhler, Darmstädter Tagblatt, 26. 7. 68)

Diesen Vorurteilen setzte die Sex-AG Tatsachen und Argumente entgegen.
70% aller erstgeborenen ehelichen Kinder sind vorehelich gezeugt. Empfängnisverhütung würde viele Mußehen verhindern und eine bessere Partnerwahl ermöglichen. (Prof. Harmsen/Hamburg)
— Man schätzt, daß auf jede Geburt zwei bis drei Abtreibungen kommen. (Prof. Döring/München)
„Totale Triebunterdrückung produziert genau jene Untertanenhaltung, die ein Gesellschaftssystem braucht, das auf Herrschaft einiger und Beherrschung vieler gegründet ist.“ (Kentler, Für eine Revision der Sexualpädagogik)
Studenten stellten das Erziehungsmonopol der Eltern und Lehrer in Frage. Diese reagierten so, als habe man an ihrer Existenz gerüttelt. Worauf kommt es den Eltern denn eigentlich an? Daß ihre Machtposition erhalten bleibt oder daß ihre Kinder vorurteilsfrei über Empfängnisverhütung aufgeklärt werden? Daß ihre Söhne und Töchter in ausweglose Situationen und Gewissenskonflikte geraten oder daß es erst gar nicht so weit kommt? dh

Hohe Schule der Polizei

Die von den Bild- und Filmdokumenten über den 2. Juni 1967 bekannte, zurückhaltende Überlegenheit zwingt die Berliner Polizei, auch ihre Pferde gegen die Geräusche von Schüssen unempfindlich zu machen. Nach dieser Gewöhnungsarbeit dürfen Roß und Reiter raus zum Dienst am Studenten. Ein Bildstreifen der Wochenschau „ufa dabei“ über die Dressur der Berliner Polizeipferde war mit diesem Originaltext unterlegt:
Grazil tänzeln sie hinter dem Wasserwerfer der Polizei, erprobt im Gedränge mit Studenten und roten Plakaten. UFA - DABEI fragte: Was machen Berlins Polizeipferde in den Semesterferien?
Eine Handvoll Hiwis spielt Demonstration. Müde flattert der Berliner Bär auf ihren Fahnen. Hier, in einem Gehege in Berlin-Spandau, ersetzt das Wappentier der Stadt die Köpfe Ho Tschi Minhs und Che Guevaras. Die Polizei spricht von „Gewöhnungsarbeit“.
83 Pferde teilen das Los der Berliner Ordnungshüter. Nach 12 Monaten gehen sie erstmals auf Streife. Doch erst nach 18 Monaten erhalten sie das Diplom der Hohen Schule: geländegängig und studentensicher. Hengste sind ungeeignet, denn trotz aller Dressur: eine Stute könnte sie aus der Ruhe bringen.
Erst wenn sie gegen Schüsse, gegen Motoren- und Straßengeräusche unempfindlich geworden sind und sich vor allem jene zurückhaltende Überlegenheit angeeignet haben, die die Berliner Polizei-Beamten im Einsatz auszeichnet, dann dürfen sie auf die Straße, dann dürfen sie raus zum Dienst am Studenten.
So haben Berlins Polizeipferde den Sommer gut genutzt. Stolz weht die Fahne über Roß und Reiter — man ist fit für den Semesterbeginn.

Gastfreundschaft

Zehn junge Wissenschaftler aus der UdSSR wurden vom Deutschen Akademischen Austauschdienst eingeladen, an deutschen Hochschulen zu arbeiten. Zehn Deutsche konnten im Austausch an Hochschulen der Sowjetunion gehen. Zwei der sowjetischen Gäste wurden am 1. Oktober in Darmstadt vom Institut für Regelungstechnik (Prof. Oppelt) erwartet. Für die Unterbringung der beiden Doktoren der Ingenieurwissenschaften sorgte, wie immer für ausländische Forschungsstipendiaten, das Akademische Auslandsamt der Technischen Hochschule. Es bestellte beim Studentenwerk zwei Zimmer im Appartementhaus Alexanderstraße; die Zimmer standen am Ersten des Monats zur Verfügung.
Doch wie wurden die Gäste empfangen? Ihre Ankunft verzögerte sich, sei es, daß Einreisevisa nicht rechtzeitig erteilt wurden, sei es, daß die Ausreisegenehmigungen zu spät vorlagen. Der erste kam immerhin schon am 2. Oktober nach Darmstadt. In seinem Zimmer fand er keine Bettwäsche vor. Ob dies in Deutschland nicht üblich ist? Der zweite kam

Die Bockshaut
ALT-DARMSTÄDTER WEIN- UND SPEISERESTAURANT - HOTEL
Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer
KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58
Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

Christa Oppel
Schreib- u. Übersetzungsbüro
Dissertationen
Diplomarbeiten
—
DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

erst am fünfzehnten an. Da war sein Zimmer anderweitig vergeben, obwohl das Auslandsamt, wie das Studentenwerk wissen müßte, durch Verzögerungen eintretende Mietausfälle immer ausgleicht. Um den zweiten Wissenschaftler doch noch unterzubringen, stellte man flugs noch ein Bett in das Zimmer des ersten. Die kommen ja aus demselben Land, da können sie auch zusammen schlafen. Der erste Eindruck, den ein Mensch von einem fremden Land hat, ist oft entscheidend für seine Einstellung. Das braucht aber die Subalternen der Wohnraumabteilung des Studentenwerks, die nicht einmal in der Lage sind, sich zu erkundigen, ob mit der Ankunft eines Gastes zu rechnen sei, nicht zu kümmern. kf

Leserbrief

Man könnte meinen, der Verfasser des Artikels „Grenzüberschreitungen" habe bei der Grenzüberschreitung seinen anderswo sicherlich wachen und kritischen Verstand bei den DDR-Zollbehörden feierlich abgegeben. Er spricht von der BRD als Land der unbegrenzten Notstandsmöglichkeiten und übersieht dabei geflissentlich, daß er ein System, das täglich den Notstand praktiziert, mit Lob überschüttet. Stacheldraht, Spanische Reiter, Minengürtel, Wachtürme etc. dienen nur dazu, DDR-Bürger vor aggressionswütigen Bundesrepublikanern zu schützen.

Er spielt darauf an, daß er in der BRD bei — vielleicht überspitzt — kritischen Meinungen des öfteren zu hören bekommt: „Er solle doch nach drüben verschwinden!" Und wie herrlich, als er drüben kritische Fragen stellt, bekommt er diesen Refrain — in umgekehrter Richtung — nicht zu hören. Mir will scheinen, daß diese Argumentation drüben nur deshalb nicht üblich ist, weil der Ausführung solcher Art gesonnener Pläne bisweilen der Tod durch einen gut gezielten Schuß entgegensteht.

Der Schreiber möge also bei der Auswahl von Klischeeübertragungen ebenso wie bei seiner Argumentation etwas sorgfältiger vorgehen, sonst könnte der Verdacht entstehen, er möchte den von ihm verpönten Verdummungseffekt bewußt selbst aktivieren.

Klaus Hänsel
Armin Dorow
Michael Weiand

296 III, 3. Miquels erste politische That. Verhältnisse Limburgs.

Außerordentliche Zeiten erfordern natürlich außerordentliche Mittel, und so bestieg denn am Morgen nach diesem Kriegsrate ein nicht unerheblicher Teil der in Heidelberg sich Studierens halber aufhaltenden Jugend, mit Schlägern und anderen den Gang der Weltgeschichte beschleunigenden Waffen versehen, den Bahnzug nach Frankfurt, um in der Paulskirche reine Wirtschaft zu machen und dort dem souveränen Volkswillen zum endlichen Durchbruche zu verhelfen. Der größte Tag der deutschen Geschichte, nach hinten und vorne besehen, war angebrochen und sollte sich heute vollenden. Leider war er unerträglich heiß. In Darmstadt wurden die Wagen, in denen die thatendurstigen — aber auch sonst sehr durstigen — Heidelberger Musensöhne ihrer weltgeschichtlichen Bestimmung entgegenfuhren, auf ein totes Gleis geschoben und fest verschlossen. Durch die damals elend kleinen Fenster hätte kein Kind entrinnen können. Der Frankfurter Zug fuhr ab, ohne die Wagen der Heidelberger mitzunehmen. Vermutlich war er zu schwer belastet gewesen und hatte sich geteilt — so dachten die Musensöhne. Aber nichts deutete auf ihre Weiterbeförderung. Vielmehr wurde, wie zum Hohne der durstigen Gefangenen, eine kleine Pyramide gefüllter Bierfässer vor ihnen aufgetürmt, leider aber nicht ein einziger Schoppen verzapft. Gleichzeitig fanden sich zu beiden Seiten der Wagen auf dem toten Strang auch ansehnliche Scharen der volksfeindlichen Soldateska von Hessen-Darmstadt ein, die sich obendrein an den Bier- und Zornesrufen der Musensöhne weidlich zu ergötzen schienen. Schließlich trat ein höherer Offizier oder Diplomat Darmhessens vor, eröffnete den Gefangenen kaltsinnig, ihr herrliches Vorhaben sei verraten, und schlug ihnen eine ehrenvolle Kapitulation vor: die aufgefahrenen Bierfässer sollten ihnen auf Gnade und Ungnade preisgegeben, das deutsche Parlament und die deutsche Einheit dagegen heute noch sich selbst überlassen werden, der Studio von Heidelberg dagegen, nach Stillung seines Durstes, männiglich zur Alma mater am Neckar zurückkehren. Der im Innern der Wagen abgehaltene Kriegsrat war kurz, erbaulich und einmütig. Die Thüren wurden geöffnet, die Fässer ausgetrunken, und dann die Heimfahrt auf Kosten des um die Ruhe Deutschlands so hochverdienten Darmhessens angetreten. „Glücklicherweise machte im Sommer 1848", erzählte Miquel dem Verfasser wörtlich, „ein kategorischer Befehl meines strengen und konservativen Vaters, nach Göttingen zu gehen, diesen politischen Stürmen ein Ende".

Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 162517 und 163309. Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30, Abonnement incl. Versand je Halbjahr DM 2,40 (Ausland DM 2,80).
Chefredakteur: Fritz Förster (ff) (verantwortlich); Verlagsleiter: Hans Weidner (wd); Redaktion: Helmut Dreßler (dr), Knut Feiert (fei), Falk Rieß (fari); ständige Mitarbeiter: Hartmut Bauer (pay), Gregor Bühler (bü), Holger Czapalla (cz), Jürgen Dohm (do), Dietrich Ebersbach (eb), Sigrun Gronau, Dietmar Henning (dh), Ulf Kauffmann (kf), Gabriele Lichtenheld (gabi), Wolfgang Straub (ws), Herbert Werkmann (hw). Chefs vom Dienst: Fritz Förster, Gabriele Lichtenheld.
Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt, Rheinstr. 67, Tel. 85543. Konto: Dresdner Bank Darmstadt, 31240. Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

neue bücher

„Weltfrieden und Revolution" — Neun politisch-theologische Analysen
Herausgegeben von Hans-Eckehardt Bahr
Rowohlt-Paperback 1968

Die in diesem Buch enthaltenen Analysen betrachten die Probleme des Friedens und der Revolution, in verschiedenen Weisen und von verschiedenen Seiten; sei es als ein politisches, sei es als ein theologisch-moralisches Problem. Die Ausführungen mögen oft ein bißchen zu theoretisch und weltfremd klingen, nichtsdestoweniger findet man im Buch viele wertvolle Gedanken und kritische Analysen. Die Verfasser versuchen, das wichtige Problem des Friedens und Weltfriedens zu erforschen, sie zeigen eindeutig, wie unlogisch das bestehende Weltsystem ist. In diesem Zusammenhang tritt die Frage der Revolution auf, da die unertragbaren Verhältnisse oft nur durch eine unfriedliche Gewaltlösung zu ändern sind.
Je nach dem individuellen Interesse kann man dem einen oder anderen Artikel mehr Aufmerksamkeit schenken. Für die politisch Interessierten ist das Buch bestimmt lesenswert. rb

Henry David Thoreau:
Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat
Diogenes Verlag, Zürich 1967,
119 S., DM 9,80

Um vorweg alle Bedenken staatstragender Leser zu zerstreuen, es handelt sich bei diesem Buch nicht um eine weitere sozialistische, destruktive, studentische Kritik, wie sie ein regierungstreues nützliches Glied der heutigen Gesellschaft allenthalben registrieren kann, vielmehr stammt der Text aus Amerika und wurde zwei Jahre vor dem Kommunistischen Manifest, nämlich 1846, geschrieben. Der Autor wurde in diesem Jahr auf der Straße verhaftet und ins Gefängnis geworfen, weil er sich sechs Jahre lang geweigert hatte, irgendwelche Steuern zu bezahlen, denn die Vereinigten Staaten hatten für ihn eine miserable, die Absichten freier Bürger mißachtende Regierung.
„Mich interessiert es nicht, wo mein Dollar hingeht, solange er (der Staat) nicht einen Mann und ein Gewehr kauft, um jemanden zu erschießen."
Völlig unheroisch leistet er dem Staat Widerstand, weil dieser seine Macht zu Unrecht und Krieg mißbraucht und zu wenig Energie auf das Wohl der Menschen verwendet. In seiner Schrift rechtfertigt er seinen Widerstand, den er als einzelner leistet und verfaßt ein Programm des Ungehorsams für den Fall, daß eine Regierung Recht und Menschenwürde nicht als Grundlagen ihres Handelns verwirklicht.
Sein humanistischer Eifer, seine unbekümmerte Menschlichkeit gegen alle eingespielten Ordnungen sind die Motive des gewaltlosen Widerstandes. Mit welchem scharfsichtigen und leidenschaftlichen Anspruch er den Leser konfrontiert, zeigt ein Satz wie: „Unter einer Regierung, die irgend jemanden unrechtmäßig einsperrt, ist das Gefängnis der angemessene Platz für einen gerechten Menschen." Diesen Gedanken haben alle Theoretiker des gewaltlosen Widerstands aufgenommen; die Schwäche der Schwachen bietet keinen Ansatz, sie für die Machen-

schaften der Diktatoren zu benutzen. Es hat 120 Jahre gedauert, bis dieses Buch in deutscher Sprache erschienen ist. Seit 120 Jahren wäre Deutschland ein bevorzugtes Land gewesen, Thoreaus Beispiel nachzuahmen. dr

Peter K. Raina:
„Die Krise der Intellektuellen/Die Rebellion für die Freiheit in Polen — Ein Modellfall"
Walter-Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau 1968 (Übersetzung aus dem Englischen)

Das Buch beschreibt verhältnismäßig genau die Ereignisse, die sich an der Universität Warschau in den Jahren 1961-67 abgespielt haben. Der Verfasser — ein Inder — lebte in dieser Zeit in Polen als Stipendiat der polnischen Regierung. Die Berichterstattung ist ausführlich, teilweise mit den für einen deutschen Leser fremden Namen überladen. Sie ist aber oft stark übertrieben; der Verfasser ist mit den Mitgliedern jener Gruppe an der Uni befreundet, die damals ihren Kampf gegen die Partei führte. Der Einfluß dieser Gruppe ist höchstens mit dem des radikalen Flügels des SDS an den deutschen Hochschulen vergleichbar. (Hier sollte man vielleicht hinzufügen, daß diese „jungen Marxisten" aus Warschau dem SDS ideologisch nahe stehen, obwohl sie weniger revolutionär sind.)
Die einseitige Schilderung der Tatsachen — das Buch wirkt wie ein Pamphlet gegen das Innenministerium — tritt besonders kraß hervor, wenn der Verfasser die politischen Verhältnisse in Polen vor und nach dem Oktober 1956 vergleicht, wobei er offensichtlich den physischen Terror vor Stalins Tod nicht kennt.
Auch die einzelnen politisch tätigen Personen sind im Buch nicht immer vollständig oder objektiv geschildert, das Bild ist schwarz-weiß gemalt. Einige, die als liberal bezeichnet werden, sind auch vor 1956 aktiv gewesen, und zwar streng orthodox. Die anderen waren damals kaltgestellt, der Verfasser verschweigt konsequent viele Tatsachen, die ihm nicht in sein Bild passen. Man darf ja annehmen, daß eine bestimmte Gruppe für ein strenges Regime plädiert, was man auch verschieden beurteilen kann. Die diesjährigen Ereignisse in der CSSR haben aber gezeigt, daß unbeschränkte politische Liberalisierung sehr gefährlich werden kann.
Das Buch ist nur lesenswert, wenn man die Meinungen einer politischen Gruppe in Polen kennenlernen will. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß man hier ein einigermaßen objektives Bild der komplizierten Wirklichkeit finden kann. rb

Ein praktischer Ratgeber für den studentischen Untermieter ist
Die Mietbroschüre *von Peter Gantzer Nr. 2 der Schriftenreihe der Studentenschaft; für DM —,25 im AStA*
Noch vorrätig ist Nr. 1 der Schriftenreihe der Studentenschaft
Durch Stipendien studieren
für DM —,80 in den Redaktionsräumen der „dds"

schallplatten

Music for Zen Meditation (and Other Joys)
Verve V 6–8634, DM 21,–.

Ein amerikanischer Jazzklarinettist und zwei Japaner mit Koto (Flöte) und Shakuhachi (Zither) spielen im japanischen Stil. Dem Anschein nach handelt es sich nicht um für Europäer verkitschte Musik, doch wird dies nur ein Kenner japanischer Musiktradition beurteilen können.
Das Erstaunlichste an dieser Platte, die nicht zum Zuhören bestimmt ist, ist ihre Wirkung. Der Hörer, der sich zunächst auf die Musik konzentriert, ihr intensiv zuhört, findet später seine Aufmerksamkeit unmerklich auf sich selbst gelenkt. Der Körper ist entspannt, die Gedanken weiten sich, die Umgebung wird nicht mehr registriert, lediglich als sehr angenehm empfunden. Nur zeitweilig dringen sehr schöne, wenngleich fremde Phrasen durch.
Nicht allein zum Meditieren verhilft die Platte, sie steigert auch die Konzentrationsfähigkeit bei der Arbeit. Selten lassen sich die Gedanken so leicht auf eine Aufgabe hinführen, wie es ist, wenn Music for Zen Medidation spielt, und selten sonst hat man so viele Ideen zum Thema. Da die Platte nur akustische Atmosphäre schafft, nicht aber zum Zuhören zwingt, kann man sie viele Stunden lang immer wieder ablaufen lassen, ohne daß sie langweilt.

Empfehlenswert für Prüfungsvorbereitungen (and other joys). kf

Pink Floyd: A Saucerful of Secrets
Columbia SMC 74 451, DM 19,–

Eine der besten, aber auch unbekanntesten Beatgruppen hat ihre zweite Langspielplatte veröffentlicht: Dem Pfeifer im Morgengrauen folgt die Tasse voll Geheimnisse. Schon die Plattenhülle mit farbigen UFOs und sprühenden Sternennebeln zeigt das Ziel der meisten musikalischen Trips der Platte, das Weltall. Psychedelische Töne und Effekte werden künstlich erzeugt, mit Instrumentenklängen vermischt, verzerrt, verhallt und montiert. Allerdings sind im längsten, frei improvisierten Stück die Orgeltöne am Schluß etwas hehr und feierlich, fast kitschig geraten; man fühlt sich wie in der Kirche. Andere Stücke sind mehr konventionell (wenn man darunter herkömmliche Instrumentierung, durchgehenden Rhythmus und mittlere Länge versteht), aber sie sind musikalisch so einfallsreich und erfindungsreich, daß man sie durchaus mit den besten Produkten der Beatles vergleichen kann. Es macht ungeheuren Spaß, den Pink Floyd zuzuhören, wie sie auf dem Kamm blasen oder mit Streichinstrumenten und Schlagwerken avantgardistische Klänge hervorbringen. Diese Musik ist nie langweilig, sondern häufig ausgesprochen lustig; also Unterhaltungsmusik im besten Sinne. Den richtigen Genuß hat man aber erst, wenn man mit Stereokopfhörern allen Späßen auf die Spur gekommen ist. Am meisten zu entdecken gibt es bei Corporal Clegg, einem würdigen Nachfolger von Sergeant Pepper.

Empfehlenswert nicht nur für Beatfans.

Jürgen Habermas

Sein Werk im Suhrkamp Verlag

Unter diesen modernen Soziologen — oder Philosophen, die Grenze ist da schwer zu ziehen — hat sich der Deutsche Jürgen Habermas als einer der begabtesten, profiliertesten, eigenwilligsten einen Namen gemacht. *Tages Anzeiger, Zürich*

Erkenntnis und Interesse
Theorie 2. Doppelband DM 15,—
I. Die Krise der Erkenntniskritik. II. Positivismus, Pragmatismus, Historismus. III. Kritik als Einheit von Erkenntnis und Interesse.

Technik und Wissenschaft als »Ideologie«
Erstausgabe. edition suhrkamp Band 287. DM 3,—
Inhalt: Arbeit und Interaktion, Technik und Wissenschaft als »Ideologie«, Technischer Fortschritt und soziale Lebenswelt, Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, Erkenntnis und Interesse.

Friedrich Nietzsche: Erkenntnistheoretische Schriften
Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Jürgen Habermas. Theorie 1. DM 8,—
„Die Geschichte der Auflösung der Erkenntnistheorie in Methodologie ist die Vorgeschichte des neueren Positivismus. Nietzsche hat ihr letztes Kapitel geschrieben. Als *Virtuose einer sich selbst verleugnenden Reflexion* hat er den Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse zugleich entfaltet und empirisch mißdeutet.“ Jürgen Habermas

Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Politische Schriften
Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Jürgen Habermas. Theorie 1. DM 8,—
„Die politischen Schiften Hegels haben in ihrer eigenen Dimension der zeitgeschichtlichen Aktualität keinen wirklichen Erfolg gehabt. An Hegels journalistischen Unternehmungen vollzieht sich die Ironie, daß sie für den Tag, an den sie adressiert waren, weniger Bedeutung gewinnen konnten, als sie für das philosophische System bis heute behalten haben.“
Jürgen Habermas

Antworten auf Herbert Marcuse
Erstausgabe. Herausgegeben von Jürgen Habermas.
Junge Autoren ehren mit ihren Beiträgen den gesellschaftskritischen Theoretiker zum 70. Geburtstag durch Disput, Replik und Analyse.

Bitte fordern Sie unser wissenschaftliches Gesamtverzeichnis an.

Suhrkamp Verlag

6 Frankfurt am Main · Postfach 2446

Einem „on dit" zufolge . . .

. . . hat Prof. Mehmel seinen Sitz in der Senatskommission für Nebentätigkeiten aufgegeben, weil er vor lauter Nebentätigkeiten nicht mehr zum Sitzen kommt.

*

. . . arbeitet ein Professor an dieser TH an dem Problem, wohin das Licht geht, wenn man es ausmacht.

*

. . . begründete Dekan Prof. Ziegler seine Unterschrift unter das Marburger Manifest vor einem Fachschaftsvertreter damit, daß er auf diese Weise nicht mehr habe Rektor werden können.

*

. . . meint Prof. Scherzer, daß sich Mädchen dementsprechend benehmen sollten.

*

. . . geht in Darmstadt nur eines seiner Zeit voraus: das Glockenspiel im Schloßturm.

tratsch

Den provinziellen Drang, in die Natur zu fliehen, wenn Fakultätssitzungen nahen, verspürte die Professorenschaft in letzter Zeit immer häufiger.
Die Professoren der Fakultät BI zog es in den Schwarzwald. Nicht ganz so weit wollten die ET-Professoren gehen; sie wählten den nahen Odenwald, wo sie in Neunkirchen die nächste Fukultätssitzung „programmierten". Daß am ersten Wochenende im Oktober keiner der Rädelsführer von den etablierten TH-Professoren in Darmstadt zu erreichen war, ist allerdings noch nicht bestätigt.
Wie jedermann weiß, werden die wirklichen Entscheidungen hier, in Darmstadt, in den Hochschulgremien getroffen: mit qualifizierten Argumenten, sachlich motiviert und nie unter Ausnutzung der professoralen Abstimmungsstärke. Und hinter verschlossenen Türen.

Über Dinge beraten, über die sie nur durch eine Indiskretion Bescheid wußten, mußten die studentischen Vertreter in der Senatssitzung vom 7. Oktober. In einem kurzen Schreiben hatte Prof. Piloty dem Senat seinen Plan vorgetragen, an der TH ein Institut für Informatik einzurichten. Die zwei Anlagen, die eigentliche Beratungsgrundlage, hatte man den Studenten — versehentlich — nicht zugeschickt. In der Senatsvorbesprechung darauf aufmerksam gemacht, versprach Rektor Brader, das Versäumnis nachzuholen. Die Papiere trafen dann auch prompt beim AStA ein — zwei Tage nach der Beratung.

Ende September verteilte Rektor Brader Kopien mit dem Wortlaut der Stellungnahmen der Hessischen Rektorenkonferenz zum Entwurf zur Novellierung des Hochschulgesetzes. Dem mit dem Datum vom 20. September versehenen Papier fügte der Rektor eine hektografierte Erklärung bei, in der die „Nichtordinarien der vier wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen" namenlos und unvollständigen Datums den Schütte-Entwurf ebenfalls ablehnen.
Einen Kommentar des Assistenten, der eine etwas andere Meinung vertritt, zu vervielfältigen und ebenfalls zu verteilen (obwohl ihm das Assistentenpapier rechtzeitig vorgelegt worden war), vergaß Rektor Brader.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Konkrete Prüfungsfragen" kam im Senat die bemerkenswerte Tatsache zur Sprache, daß Nichthabilitierte zwar Prüfungen für das Hauptdiplom, nicht aber Vorexamina abhalten dürfen. Begründung: „Das ist eben so." Prüfer im Vorexamen ist der Chef. Die Professoren schätzen sich und ihre Assistenten richtig ein.

Über die verschiedenen Arten, den numerus clausus in der Fakultät Chemie zu verwirklichen, berieten die Fachschaftsvertreter mit Ex-Spektabilität Hafner. Nach langem Überlegen hatte Prof. Hafner das Ei des Kolumbus gefunden: psychologische Tests als Auswahlkriterium. Die Fachschaft stimmte dem unter der Bedingung zu, daß auch die Professoren getestet werden sollten. Prof. Hafner kündete darauf an, er wolle sich ein anderes Kriterium ausdenken.

Betrifft: SPRINGER-VERLAG

Der wissenschaftliche Springer-Verlag Berlin-Heidelberg-New York macht uns darauf aufmerksam, daß die in Heft Nr. 94 der darmstädter studentenzeitung abgedruckte Überschrift „Springer ist doch Springer" Anlaß zu Mißverständnissen biete. Er befürchtet, daß damit die Vorstellung bestärkt würde, zwischen dem Axel Springer-Konzern und dem Springer-Verlag Berlin-Heidelberg-New York beständen irgendwelche Beziehungen. Dies ist selbstverständlich nicht der Fall.

kalender

6. 11. **Filmkreis:** „Das Messer im Wasser" (R. Polanski, 1961)

8. 11. **Schloßkeller:** Hans Imhoff, Frankfurt: „Vorsicht, Imhoff weiß zu viel!" (Demonstrationstechniken)
Filmkreis-Sonderveranstaltung: Gregory J. Markopoulos (New American Cinema) zeigt seinen Film „The Illiac Passion" (1966) mit Einführung und anschl. Diskussion, ET-Saal, 20 Uhr

1 . 11. **Filmkreis:** „Fahrenheit 451" (F. Truffaut, 1966)

14. 11. **Stadthalle** (Kammermusikreihe): Andor Foldes, Klavier: Beethoven-Abend, 19.45 Uhr
ESG: Prof. Gamm: „Thesen zur Hochschuldidaktik", Schloß, 20 Uhr
Schloßkeller: Pinguins Einmann-Show: „Die Kunst zu blödeln" (Wiederholung), 20 Uhr
Schloßkeller: Jam-Session (Instrument mitbringen!)

21. 11. **Schloßkeller:** Joachim Kahl, Lesung: „Das Elend des Christentums oder Plädoyer für eine Humanität ohne Gott" mit Diskussion, 20 Uhr

23. 11. **Schloßkeller:** Ausstellungseröffnung Walter Barten, Amsterdam

27. 11. **Filmkreis:** „Der zweite Atem" (J.-P. Melville, 1966)

30. 11./1. 12. **ESG:** Wochenendtagung in Arnoldshain/Ts.: „Psychoanalyse und christlicher Glaube"

4. 12. **Filmkreis:** Ein Begisseur des Jungen Deutschen Films stellt sich vor

5. 12. **Stadthalle** (Kammermusikreihe): Danzig-Quintett, Amsterdam: Bläser-Kammermusik, 19.45 Uhr
ESG: Prof. Marsch: „Technische Welt und christliche Ethik", 20 Uhr

Die Mittwochvorstellungen des **Filmkreises** finden im Wilhelm-Köhler-Saal um 16.00, 18,30 und 21.00 Uhr statt, wenn nicht anders bekanntgegeben.

LABORTECHNIK DARMSTADT
Fachgeschäft für Laboratoriumsbedarf
Apparate und Geräte für Wissenschaft und Technik
Glasbläserei
Darmstadt
Lauteschlägerstraße 3 · Telefon 71030

»REISEBÜRO DARMSTADT«
LUISENPLATZ 1
TEL: 70321 TEL: 77282
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 TEL: 06251/2291

DB
DRESDNER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
FILIALE DARMSTADT
61 Darmstadt Rheinstraße 14 Telefon 26771
Zweigstelle Ludwigsplatz, Telefon 24484
Zweigstelle Schloßgartenplatz, Telefon 70958
Zweigstelle im divi Einkaufsmagazin, Telefon 84519
Zweigstelle Eberstadt, Oberstraße 1, Telefon 790422
Über 100 Jahre Hausbank der Darmstädter

behaglich warm und sooo bequem
hat man's mit der modernen
Elektro-Speicher-Heizung
Die Aufladung der Geräte erfolgt mit verbilligtem Strom nachts und auch am Tage. Die Wärme wird im Kern gespeichert und je nach Bedarf entnommen. Das alles geschieht vollkommen automatisch.
heag
HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG

WIPRO 68/69 IST DA!
mit zünftigen Skireisen
preiswerten Sammelfahrten
und Flügen
internationalen Wochenprogrammen
Studienreisen
USA-PROGRAMMEN
Fordern Sie bitte das neue Programmheft an bei
Deutscher Studenten-Reisedienst
Auslandsstelle
des Deutschen Bundesstudentenringes
53 Bonn, Dietkirchenstraße 30
oder bei
STUDENTENREISEN DARMSTADT
Alexanderstraße 22
kurz gesagt: Studenten reisen mit Studenten